



Politische Berichte

Nummer 21 / 11. Jahrgang

12. Oktober 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Proteste in den Gefängnissen
* Österreich: Wahlsieg der Rechten * Zivildienst
verkürzt, soziale Dienste eingeschränkt * Ober-
bürgermeister-Wahlen Freiburg: Achtungserfolg für
Linke * Verfolgung der Roma und Sinti

Irak: Gefahr militärischer Eskalation

USA und UdSSR schließen Einsatz unter UNO-Kommando nicht aus

Die USA erklären, daß sie bereit seien, ihren militärischen Einsatz gegenüber dem Irak zu steigern. Sowohl die Regierung der USA als auch der UdSSR schließen inzwischen einen Angriff gegen den Irak unter UNO-Kommando nicht mehr aus. Vorerst jedoch soll die Einhaltung der Blockade

die Hauptaufgabe der Truppen sein. An dieser Aufgabe beteiligen sich auch die Bundeswehrtruppen im Mittelmeer — sie „unterstützen“ die türkische Marine dabei, einen polnischen Frachter zurückzuschicken, der in Belgien Natriumcyanid für den Irak geladen hatte.

Der westeuropäische und US-amerikanische Truppenaufmarsch am Golf wird Mitte Oktober zunächst abgeschlossen sein. Am 2. Oktober hatte US-Präsident Bush vor der UN-Vollversammlung nochmals bekräftigt, daß die USA auch den direkten Einsatz ihrer Truppen nicht ausschließen, aber dafür eine möglichst breite internationale Unterstützung suchen. Er erhielt für seine Rede die Unterstützung fast aller anwesenden UNO-Mitgliedstaaten. Die frühere UNO-Botschafterin der USA, Kirkpatrick, erläuterte in einem Zeitungsartikel die Möglichkeiten, einen militärischen Einsatz der USA auf Grundlage des Artikels 42 der UN-Charta durchzuführen — auf Grundlage dieses Artikels war Anfang der fünfziger Jahre das Eingreifen der USA in Südkorea gebilligt worden.

Die offiziellen Äußerungen der sowje-

tischen Regierung lassen vermuten, daß auch die Sowjetunion gegen eine solche Beschlußfassung nicht vorgehen, sondern sie mittragen würde. Am 2. Oktober erklärte der sowjetische Außenminister Schewardnadse in einem Fernseh-interview in den USA, die Sowjetunion werde sich einer Beteiligung an einem militärischen Einsatz der UNO gegen den Irak nicht verschließen. Das heißt, sie würde sich auch beteiligen, wenn nicht der Einsatz von sogenannten „Friedenstruppen“, sondern der direkte Einsatz von kämpfender Truppe vorgesehen ist. Solche Einsätze hatte die Sowjetunion seit Ende der fünfziger Jahre in der UNO immer durch ihr Veto im Sicherheitsrat verhindert.

Es hat zunehmend den Anschein, als hätten sich US-Präsident Bush und der sowjetische Ministerpräsident Gorbatschow bei ihrem Treffen im September

auch darauf geeinigt, eine Gesamtlösung der Probleme im Nahen Osten aus ihrer Sicht zu betreiben. US-Präsident Bush, der eine Verknüpfung der Palästina-Frage mit der irakischen Aggression gegen Kuwait Ende August noch strikt abgelehnt hatte, erklärte in seiner Rede in der UNO am 2. Oktober, daß nach einem bedingungslosen Rückzug des Irak „neue Chancen bestehen werden für die permanente Schlichtung der irakisch-kuwaitischen Differenzen, für die Bildung neuer Vereinbarungen zwischen den Golfstaaten zur Gewährleistung der Stabilität und für die Beilegung des Konflikts zwischen den Arabern und Israel“ (1). Präsident Gorbatschow hatte bereits beim Treffen mit Bush die Einberufung einer Nahost-Konferenz gefordert, die sich sowohl mit der Aggression des Iraks befassen wie auch mit dem Palästina-Problem. Einen ähnlichen Vorschlag hatte der französische Staatspräsident Mitterrand Ende September vor der UNO vorgetragen, die EPZ-Konferenz der EG-Außenminister hat diesen Vorschlag am 7. Oktober in seinen Grundzügen übernommen. Damit besteht eine sehr weitgehende Einigkeit auch der imperialistischen Staaten über die mit dem Großeinsatz von Truppen verbundenen kurz- und langfristigen Absichten, die mit Sicherheit umfassen, daß sich die imperialistischen Mächte auch langfristig wieder mit Truppen in der Golfregion und im Nahen Osten festsetzen können und so den Zugriff auf die Ölfelder verbinden können mit der Kontrolle der ganzen Region.

Das zielt direkt auf die Vernichtung der antiimperialistischen Kräfte in Kurdistan und in Palästina. Bush hat in seiner UNO-Rede zum Irak erstmals auch die Kurden erwähnt — als vor den Angriffen des Irak zu schützende Gruppe. Die Türkei soll — neben Jordanien und Ägypten — von den für alle drei Länder insgesamt vorgesehenen knapp 3 Mrd. DM etwa die Hälfte erhalten — als „Ausgleich“ für die Verluste wegen der Sanktionen gegen den Irak.

Dies wird die Kriegskasse der türkischen Regierung weiter füllen, die in der Hauptsache den Kampf gegen die kurdischen Befreiungskämpfer der PKK führt.

(1) Neue Zürcher Zeitung, 4.10.1990. Weitere Quellen: Newsweek v. 8. Oktober 1990, Wall Street Journal v. 3., 4., 5. 10. — (uld)



Die SPD fordert die Erhöhung der Renten und Sozialzuschläge in den neuen Bundesländern der ehemaligen DDR um 10 Prozent ab dem 1. Dezember 1990. Kleinrenten wurden durch die Zuschläge bislang bis zu 495 Mark ergänzt, dieser Betrag soll auf 545 Mark angehoben werden. Arbeitsminister Blum (CDU) lehnte am 7.10. diesen Vorschlag ab; erst im „Frühjahr '91“ solle eine Erhöhung erfolgen.

Gesamtmetall für Differenzierung

Kapitalisten halten Ost-West-Spaltung für notwendig

Für die Beschäftigten in der Metallindustrie auf dem Gebiet der DDR wird es zunehmend schwieriger, ihre Interessen zu diskutieren und umzusetzen. Da ist die IG Metall, deren Tätigkeit sich darauf beschränkt, in den Betrieben Organe des Betriebsverfassungsgesetzes zu installieren, Mitglieder zu werben und Verwaltungsstellen einzurichten, und die zu diesem Zweck versucht, alles, was es an funktionierenden betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretungen gibt, zu liquidieren.

Auf der anderen Seite hat Gesamtmetall sein Geschäftsgebiet mit wesentlich weniger Problemen bereits erweitert und formuliert schon tarifpolitische Vorstellungen:

„... Allerdings werde die Tarifpolitik von Gesamtmetall künftig nicht mehr für Gesamtdeutschland ihre Einheitlichkeit behaupten können, hier sei eine Spaltung notwendig ... Gesamtmetall habe schon immer eine Differenzierung in der Tarifpolitik gefordert. Diese werde nunmehr zur Notwendigkeit ...

Deshalb sei es das auch von der IG Metall geteilte Konzept, grundsätzlich das zur Zeit für die Bundesrepublik geltende Tarifvertragsrecht auf die heutige DDR zu übertragen, jedoch nur als Verpflichtung für die Zukunft. Der tarifrechtliche Besitzstand der Bundesrepublik könne von der DDR erst in Etappen erreicht werden. Es sei ausgeschlossen, z.B. die Regelung für Urlaubsdauer und Urlaubsgeld sofort auf die DDR zu übertragen. Die Tarifvertragsparteien könnten zur Zeit nur für die Zukunft die tarif-

vertragliche Parität vereinbaren ...

Stumpfe: „Von jetzt an gelten in der DDR die Gesetze der Marktwirtschaft, ist der Produktivitätszuwachs der Maßstab für die Lohnerhöhung ... Mit der Lohnerhöhung um 250 DM bzw. 300 DM in der Tarifrunde 1990 haben wir schon den sozialen Nachholbedarf gedeckt ...“

Schlimm daran ist nicht, daß Gesamtmetall dies so sieht. Dagegen umso bedauerlicher, daß die Tarifpartei IG Metall weder dem Weg noch dem Ziel noch Maßstab der Produktivität bisher widersprochen hat. Sie überläßt es so dem Kapitalistenverband zu sagen, was nun Ausgangspunkt der Berechnungen sein soll, und bei Produktivitätssteigerung ist allemal der Kapitalist Herr des Verfahrens. Zum anderen vergibt sie sich die Chance einer grundlegend geänderten Tarifpolitik ausgehend vom jetzigen Zustand. Diese könnte z.B. darin bestehen, daß die tatsächlichen Gesteungskosten der Arbeitskraft den Kapitalisten in Rechnung gestellt werden. Solange und insofern es da Unterschiede zu den westlichen Gebieten gibt, könnten dann auch die Löhne regional differieren. Weiter könnte die IGM einen grundlegenden Mangel ihrer bisherigen Tarifpolitik korrigieren, indem sie darauf achtet, die von der westlichen Wirtschaft beklagte äußerst geringe Lohnspreizung in der DDR zu bewahren. Das könnte dann Impulse dafür geben, auch hier die bestehenden Lohndifferenzen innerhalb der Tarifgebiete einzuschränken.

Handelsblatt, 27. und 28. 9. 1990 — (has)

Faschistische Provokationen gegen Linke



Faschistische Provokationen und Gewalttätigkeiten auf dem Gebiet der DDR häufen sich. Am 22.9. marschierten 150 Skinheads, zum Teil mit Stichwaffen, auf dem Familienfest der PDS in Dresden auf, warfen Steine, zerstörten eine Tonanlage und riefen antisemitische Parolen. Der Dresdner NPD-Kreisvorsitzende lobte die „Kameradenhilfe“ zwischen NPD, Rep, DVU, DSU und Demokratischem Aufbruch. — (evc)

Hausmann für Auflösung des Wochenrhythmus

Der FDP-Wirtschaftsminister und Fanatiker der Marktwirtschaft fordert unter dem Motto „Leistung braucht Zeit und nicht Arbeitszeitverkürzung“ die endgültige Abschaffung des Ladenschlußgesetzes und aller Arbeitszeitschranken. Das „Handelsblatt“ zitiert ihn, „der Aufholprozeß in den neuen Bundesländern werde zwangsläufig verzögert, wenn auch dort um 18.30 Uhr die Bürgersteige hochklappen“. — (alk)

BWK: Herbsttagung der Bundesdelegiertenkonferenz

Die 10. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK tagte am 6./7.10. 1990 in Köln. An der Konferenz beteiligten sich Gäste der PDS, der Volksfront und der VSP. Die Delegierten befaßten sich ausführlich mit dem Wahlprogramm der Linken Liste/PDS und mit der weiteren Zusammenarbeit mit anderen Kräften in Roten Tischen und ähnlichen Zusammenschlüssen. Die Delegierten beschlossen ferner einen Antrag zur Änderung des Statuts. Darin stellt der BWK klar, daß er seine Tätigkeit nicht auf das bisherige Gebiet der

DDR ausdehnen will. Für Westberlin wird eine befristete Regelung vorgesehen. Der Antrag kann erst von der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz im Frühjahr beschlossen werden. Die Beschlüsse und Materialien der Konferenz sind Ende Oktober erhältlich. — (anl)

Reaktion strickt an Kampagne gegen die DKP

Vor drei Wochen wurden erneut Leute von der DKP in Hessen und im Saarland gehaust. Neben dem Vorwurf, einer Militärorganisation anzugehören, wurde einzelnen Spionagetätigkeit vorgeworfen. Die zwei rechten Tageszeitungen „Welt“ und „FAZ“ unterstützen die „Spiegel“-Kampagne: „In Abstimmung zumindest mit Teilen der DKP-Führung“ soll Honecker 1974 mit dem MfS eine Geheimarmee aufgebaut haben. Aus Sicherheitsgründen hätte diese Geheimarmee aber nicht direkt Kontakt mit der DKP gehabt. („Welt“, 1. 10.) Die „FAZ“ hetzt am 5. 10. gegen die PDS, daß sie ihre Parteifinzen nicht in Ordnung hielte und im Westen „jahrelang zwar der tatsächliche und vermeintliche Parteispandensandal erforscht worden ist, aber nicht der Skandal größter Ordnung, daß die Staatspar-

tei SED im Westen eine Kampftruppe DKP aushielt, die im Ernstfall eines Angriffs der Roten Armee und der NVA präzise Sabotage- und Besetzungsaufträge gehabt hätte.“ Die Hetze ist wieder so formuliert, daß juristische Mittel kaum Erfolg haben können. — (jöd)

Aufenthaltsbeschränkung beim Evren-Besuch war rechtswidrig

Mit Urteil vom 1.8.1990 hat der VGH Mannheim einem türkischen Staatsbürger kurdischer Nationalität gegen die Stadt Karlsruhe recht gegeben. Die Stadt hatte ihm beim Staatsbesuch Evrens 1988 „Aufenthaltsbeschränkungen“ erteilt (kein Verlassen Karlsruhes, sich zweimal täglich auf der Polizei melden), weil sein Name in einem Fernschreiben des Bundesinnenministeriums mit einer Liste von Personen vorkam, die für eine Gefährdung der Person Evrens „in Frage kommen“ könnten. Diese Formulierung, so der VGH, sei eine nur „vorsichtig geäußerte Verdächtigung“ seitens des Verfassungsschutzes. Deshalb (und nur deshalb) hätte die Stadt oder das Land vor Erlassen der Verfügung eigene Ermittlungen anstellen müssen, ob von der betreffenden Person wirklich eine politische Gefahr ausgehe. — (wi r)

Nützliche Veranstaltungen mit der Vertreterin der AWO

In der Zeit zwischen dem 17. und dem 28. September fanden in acht Städten der BRD Veranstaltungen mit Nothemba Mlonzi von der African Woman Organisation (AWO) aus Azania/Südafrika statt. Die AWO ist Teil der großen Befreiungsorganisation Pan Africanist Congress of Azania (PAC). Diese Veranstaltungen wurden von BWK, MLPD und örtlichen Bündnissen durchgeführt. Insgesamt nahmen etwa 450 Leute teil, die rund 8000 DM für die Unterstützung des Befreiungskampfes spendeten. Nothemba Mlonzi rief auf allen Veranstaltungen dazu auf, den Befreiungskampf auch weiterhin zu unterstützen, denn noch ist die rassistische Unterdrückung und Ausbeutung der afrikanischen Nation in Südafrika nicht beendet. Der Standpunkt des PAC zu den Auseinandersetzungen zwischen dem ANC und der Inkatha-Bewegung sei, daß sich der Kampf gegen die Kräfte des Gegners, gegen die Siedler und gegen die südafrikanische Armee und Polizei richten müsse. Alle Erfahrung zeige, daß dann auch die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Schwarzen aufhören. — (uld)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

CSU für „verdeckte Ermittler“

Auf Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens bei den im Bundestag liegenden Sicherheitsgesetzen zur Drogenbekämpfung drängt die CSU. Sie forderte insbesondere die FDP auf, ihre Ablehnung gegen die gesetzliche Einführung sogenannter „verdeckter Ermittler“ der Polizei fallen zu lassen. In den Rauschgift-Bekämpfungsgesetzen, die von einer Bundesratsmehrheit mit Unterstützung einiger SPD-regierter Länder eingebracht wurden, wird ein solcher Polizeieinsatz erstmals gesetzlich erlaubt. Bisher war ein Beschluß der Innenministerkonferenz Grundlage.

Wahlgesetz

Nachdem die Grünen, die PDS und die Repts Klage erhoben hatten, erklärte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das ursprünglich beschlossene Wahlgesetz für den 2. Dezember für verfassungswidrig, das „Huckepack“-Verfahren, mit dem die DSU in den Bundestag gehievt werden sollte, sogar für „nichtig“. Eine gesamtdeutsche 5-Prozent-Klausel bedeute eine Benachteiligung der kleineren Parteien in der ehemaligen DDR. Bereits am 5.10. wurde mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD gegen die Grünen/Bündnis '90 und PDS das neue Wahlgesetz verabschiedet, nur für den 2. Dezember. Demnach gibt es eine 5-Prozent-Klausel getrennt für zwei Wahlgebiete, die westlichen Bundesländer und die der ehemaligen DDR. Nur in den dortigen fünf neuen Bundesländern sind Listenverbindungen möglich.

Kommandowirtschaft Ost

Alle bisherigen Leiter der Treuhand-Außenstellen, die für die Verwaltung der ehemals volkseigenen Betriebe zuständig waren, sind von deren Präsident Rohwedder entlassen worden. Birgit Breuel, CDU, einst Wirtschaftsministerin in Niedersachsen, hat den Ersatz beigebracht, allesamt Manager aus dem Westen. Wirtschaftsminister Haussmann kündigte zeitgleich an, daß nun auch alle Vorstände und Geschäftsführungen der ehemaligen Kombinate amtsenthoben werden müßten — aus rund 4000 Bewerbern, allesamt Wirtschaftsexperten aus dem Westen — seien 1000 für „den Einsatz“ ausgewählt worden. Auch Rohwedder wählt Bilder aus dem Militärhandwerk: Die Arbeit der Treuhandstelle habe „etwas Stoßtruppartiges“ — demnächst fallen die Entscheidungen über Konkurse.

Deutsche Mahnung

Bundesfinanzminister Waigel (CSU) begrüßte am vergangenen Wochenende die Entscheidung der britischen Regierung über den Beitritt des britischen Pfunds zum Europäischen Währungssystem (EWS) als Chance, aber auch zusätzlichen Grund für eine EG-weite „Stabilitätspolitik“. Die Bundesregierung „erwartet“, sagte Waigel, „Erfol-

ge in der britischen Anti-Inflationspolitik“, die erlauben würden, die Schwankungsbreite des Pfund-Mittelwerts von derzeit sechs auf die im Rahmen der sogenannten „EG-Währungsschlange“ üblichen 2,25 Prozent zu verringern.

Ärzte gegen Atom

Über 2000 Menschen (statt der erwarteten 1000) kamen zum dreitägigen internationalen Kongreß der „Ärzte gegen den Atomkrieg“ in die Bonner Beethovenhalle. Der Golf-Konflikt wurde zum beherrschenden Thema. 1000 schlossen sich einem nächtlichen Schweigemarsch an. Wichtigste Forderungen waren die friedliche Beilegung des Konflikts, Verhandlungen ohne Vorbedingungen, Abzug der Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen aus der Golf-Region. Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung hatte auf dem Kongreß, ohne Husseins Partei zu ergreifen, von den „schmutzigen Händen“ des Westens gesprochen und dessen „Imperialismus“ scharf kritisiert.

Teuerungsrate steigt

Die Teuerungsrate betrug im September 3 % gegenüber dem Vorjahr, im August lag sie bei 2,8 %. Vor allem Heizöl- und Benzinpreise sind als Folge der Hortungsmaßnahmen der Mineralölkonzerne gestiegen, aber auch einigen Lebensmitteln — frisches Gemüse, Obst und Fisch — sind überdurchschnittlich teurer. Das HWWA-Wirtschaftsinstitut erwartet für das kommende Jahr einen Anstieg der Verbraucherpreise von 4 bis 4,5 % gegenüber ca. 3 % in diesem Jahr. Neben der Gollkrise wären auch überhöhte Lohnabschlüsse bei nachlassender Produktivitätszunahme die Ursache.

Grüne: Desertion!

Nur 14 Stimmen erhielt Udo Knapp auf dem Parteitag der Grünen für seine Vorstellungen vom Ausleben der deutschen Großmachtrolle. Die Mehrheit sprach sich für Entmilitarisierung und gegen Teilnahme an Einsätzen außerhalb des Nato-Gebiets aus, auch unter dem Deckmantel der UNO, die erst „demokratisiert“ werden müsse (Angelika Beer, sicherheitspolitische Sprecherin, „Volkszeitung“ vom 28.9.). Finanzielles Engagement Deutschlands schlossen die Grünen nicht aus, rufen aber zu Wehrdienstverweigerung und Desertion bei Auslandseinsätzen auf.

Was kommt demnächst?

Am 12. Oktober beginnt ein außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden. Ebenfalls am 12. Oktober hält sich Südafrikas Staatschef de Klerk zu einem Staatsbesuch in Großbritannien auf. Am 14. Oktober findet ein a.o. Parteitag der PDS wegen „Umbenennung“ statt. Am 25./26. Oktober beschließt ein a.o. Gewerkschaftstag der IG Medien über neue Satzung. Zum 31. Oktober sind die Einkommenstarife für die Branchen Banken und Versicherungen gekündigt.

Knastrevolten in der BRD für Amnestie

Illusionärer und falscher Weg, unwürdige Haftbedingungen nicht länger ertragen zu müssen

Seit gut zwei Wochen rumort es in vielen Gefängnissen der BRD: Wie zuerst die Gefangenen in der DDR fordern auch zahlreiche Gefangene hier eine Amnestie anlässlich des Anschlusses der DDR an die BRD. Die Aktionen, mit denen dieser Forderung Nachdruck verliehen werden soll, sind vielfältig. Sie reichen von Sitzstreiks, Hungerstreiks, Unterschriftenlisten und Petitionen bis zu Dachbesetzungen und Zerstörungen. Zwischenzeitlich sind jedoch die Aktivitäten in den meisten Knästen anscheinend beendet — gewaltsam durch Polizeieinsätze oder aber „freiwillig“ durch Aufgabe.

In Bayern begannen die Revolten am Wochenende des 30./31.9. mit einem „Mahnfasten“ und kursierenden Unterschriftenlisten in mehreren Gefängnissen. Nachdem in der Nacht zum 31.9. ca. 700 Gefangene in der JVA Bernau für eine Amnestie in ihren Zellen lärmten, weiteten sich die Unruhen auf München-Stadelheim, Landshut, Bayreuth, Kaisheim, Amberg und Traunstein aus. Angehörige teilten mit, daß sich — entgegen anderslautenden Angaben aus dem bayerischen Justizministerium — allein in Bernau 70 % der Gefangenen an Hungerstreiks beteiligt hätten. Am 5.10. sollen, wie das Justizministerium mitteilte, sowohl mehr als 100 Gefangene in Kaisheim und Bayreuth als auch — nachdem noch für kurze Zeit der Knasthof besetzt wurde — 203 Gefangene in Bernau ihre Aktionen beendet haben.

In Köln-Ossendorf besetzten bereits am 24.9. vier Gefangene für eine knappe Stunde ein Dach des Gefängnisses und drohten, sich herunterzustürzen. Knapp eine Woche später kam es zu einer neuen Dachbesetzung; die Unruhen breiteten sich in ganz Ossendorf aus. Die Anstaltsleitung reagierte vom ersten Tag an mit Repressalien, u.a. reduzierte sie die sog. Freistunde für alle Gefangenen von bisher zweimal auf nur noch einmal täglich.

Während in Detmold, Stammheim und Geldern Gefangene Hungerstreiks begannen, beendeten acht Gefangene in Darmstadt/Eberbach eine Dachbesetzung, nachdem sie die Zusage erhalten hatten, daß in der Lokalzeitung ein ausführlicher Bericht erscheinen würde. In Willich-Anrath besetzten am 1.10. 22 Gefangene für eine Stunde das Dach der Gefängnischreinerei, zwei Tage später veranstalteten 26 Gefangene dort einen Sitzstreik im Innenhof des Knastes. In zahlreichen Gefängnissen richteten Gefangene Petitionen für eine Amnestie und Gnadengesuche an die jeweils zuständigen Ministerpräsidenten der Länder und an den Bundespräsidenten.

Eine mehrtägige Dachbesetzung in Rheinbach wurde am 5.10. spätabends durch einen SEK-Einsatz gewaltsam beendet. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft müssen die Dachbesetzer mit zusätzlichen Strafen wegen Gefangenen-

meuterei, Sachbeschädigung und Landfriedensbruch rechnen. Zwangsverlegungen angeblicher „Rädelsführer“ sind nicht auszuschließen. Die Forderungen der Gefangenen, nicht nur nach Amnestie, sondern auch nach einem Gespräch mit Justizminister Krumsiek, nach Rechtsanwälten und einer Pressekonferenz, wurden kompromißlos abgelehnt. Es gebe nichts zu verhandeln, hieß es aus dem Justizministerium. Ebenso wurden den Dachbesetzern — zu Beginn waren es ca. 100 Gefangene, bei der Räumung noch 25 — Decken, Getränke und Essen verweigert. Seit Beginn der Revolte entzieht die Anstaltsleitung willkürlich allen Gefangenen in Rheinbach die sog. Freistunden — ein bewährtes Mittel, um die Gefangenen gegeneinander aufzubringen und so den Zusammenhalt zu zerstören.

In Hamburg begann die zweite Revolte in diesem Jahr am 28.9. Nachdem zuvor 460 Gefangene eine Petition an den Hamburger Senat für eine begrenzte Amnestie unterzeichnet hatten, weigerten sich 40 Gefangene, in ihre Zellen zurückzugehen. Als die von der Anstaltsleitung alarmierten Polizeieinsatzkräfte anrückten, gaben die Gefangenen auf. Am Abend des 1.10. griffen ca. 200 Gefangene in Anstalt VIII zu dieser Form des Protestes: Sie versammelten sich auf dem Hof, um mit einer Sitzdemonstration ihrer Forderung nach Teilamnestie und Verbesserung der Haftbedingungen Nachdruck zu verleihen. Als sie Decken herausholten, griffen Schließer mit Schlagstöcken an. Während zehn Gefangene in dem Durcheinander unbemerkt aufs Dach der Anstalt kletterten konnten, zerstörten andere Einrichtungen der Anstalt. Schließlich stürmten Bereitschaftspolizisten und Sicherheitsbeamte den Knast und prügeln die Gefangenen zum Teil in die Zellen zurück. Die zehn Gefangenen, die neben Teilamnestie auch besseres Essen, bessere Arbeitsbedingungen für Justizbedienstete und ein Gespräch mit Justizsenator Curilla forderten, blieben die Nacht über auf dem Dach. Am nächsten Tag brachen sie dann ihre Aktion ab, nachdem sie die Zusicherung des Strafvollzugsamtes bekamen, daß gegen sie keine Strafanträge gestellt und Journalisten Zutritt in die Anstalt erhalten würden. Seit dem 4.10. sind inzwischen Gefangene aus dem Isolationsstrakt „Berta I“ im Hungerstreik. Auch sie fordern Teilamnestie und menschenwürdige Haftbedingungen.

Am 4.10. weigerten sich in Freiburg ca. 100 und in Mannheim rund 150 Gefangene, nach dem Hofgang in die Zellen zurückzugehen. Die Gefangenen in Freiburg gaben erst auf, als sie einer Pressevertreterin ihre Amnestie-Forderungen vortragen konnten.

Bisher war nicht in Erfahrung zu bringen, welche Repressionen, d.h. Verschärfung der Haftbedingungen, eventuelle Zwangsverlegungen und Einlei-

tung von Ermittlungsverfahren, nach den Revolten in den einzelnen betroffenen Knästen den Gefangenen gegenüber eingesetzt wurden oder noch werden um so zu versuchen, die Gefangenen in die Situation in den Gefängnissen wieder unter Kontrolle zu bringen. Die Lage in den Knästen ist bereits seit einigen Monaten explosiv — zu erinnern ist besonders an die mehrstägigen Aufstände in Hamburg-Fuhlsbüttel im Mai und in Straubing im August.

Tatsächlich steht hinter der Forderung nach einer (Teil-) Amnestie, die nun so viele Gefangene aufstellen, etwas anderes: die nicht mehr zu ertragenden menschenunwürdigen Haftbedingungen, das heißt die unzumutbar mangelhafte ärztliche Versorgung, der ungenießbare nährstoff- und vitaminarme Knastfräb, das ausgeklügelte abgestufte Repressionsinstrumentarium, die Isolationsfolter, die ausbeuterische Zwangsarbeit, die rassistische Diskriminierung ausländischer Gefangener, die Aus- und Absonderung Aids-kranker Gefangener, das „Ruhigstellen“ von Gefangenen mittels sog. Betonspritzen, die gewalttätigen Übergriffe und Mißhandlungen.

Die Amnestie-Forderung greift da allerdings nicht nur zu kurz, sondern sie verdeckt auch das eigentliche Ziel. Unmenschliche Haftbedingungen werden nicht durch eine Amnestie verändert. Gefangene aus Butzbach haben ihre Kritik an dieser Forderung in diesem Sinne so formuliert:

„... Aber wer nur noch Amnestie im Kopf hat, hört auf zu denken. Und vor allem: Er hört auf zu kämpfen. Hört auf, sich gegen den Knast zu wehren ...“

Und das ist die Funktion dieser Amnestie-Kampagne, die seit August plötzlich in eine Entwicklung reingebrochen ist, die ganz andere Momente gehabt hat. Seit Jahresanfang hat es immer wieder und überall die Revolten gegeben, und es gab klare Forderungen gegen die Knäste und das ganze System der Käfighaltung. Und diese Bewegung war und ist nicht mehr totzukriegen, und erst diese Amnestiegedre droht ihr jetzt die Schärfe und die Orientierung zu nehmen. Deshalb sind wir dagegen, daß weiter Illusionen verbreitet und geschürt werden und daß der alte Zustand uns wieder einholt, wo jeder gegen jeden anstellt, weil er darauf spekuliert, daß er selber dabei fein rauskommt und dann: „Laß den Knast für die anderen doch bleiben wie der will!“

Genau das wollen wir nicht mehr. Wir wollen die Solidarität, wie sie sich in den Kämpfen der letzten Monate entwickelt hatte, und wir wollen diese Entwicklung weiterführen ...“

Die Forderung nach Amnestie, nach „Gnade vor Recht“ verschleißt die Kräfte für eine illusionäre und kurzzeitige Idee, statt sie für den Kampf um die Rechte einzusetzen, die gerade Gefangenen hier verweigert werden. — (joh)

PDS zur LL/PDS oder LL/PDS zur PDS?

Dokumentiert: Beschluß des Beirats LL/PDS/PDS beruft Parteitag ein

Die PDS teilt im „Neuen Deutschland“ vom 9. Oktober mit, daß sie am 14. Oktober ihren 1. Parteitag forsetzen wird, — entsprechend der Empfehlung des Beirats der LL/PDS — eine Erklärung zum Selbstverständnis in der

gesamtdeutschen Linken zu erarbeiten, den Namen in Linke Liste/PDS zu ändern und eine Vereinbarung über Landesverbänden im Westen zu treffen. Die westdeutsche LL/PDS hat bisher nichts dazu erklärt. — (alk)

... Die Linke Liste/PDS wie auch die PDS sehen sich daher nun vor die Frage gestellt, ob sie auf eine Kandidatur verzichtet, ob Linke Liste/PDS und PDS jeweils getrennt kandidieren oder aber als eine Partei zu den Wahlen antreten und dadurch auch Stimmen in der BRD für eine linke Opposition im künftigen Parlament gewinnen.

Die Linke Liste/PDS wie die PDS haben — zunächst unabhängig voneinander und schließlich im Beirat — beschlossen, ihr gemeinsames Anliegen fortzusetzen und in diesem Sinne deshalb auch gemeinsam zu den gesamtdeutschen Wahlen als eine Partei anzutreten.

Wir haben uns aus folgenden Gründen zu diesem Schritt entschlossen:

1. Wir wollen an den politischen Inhalten des Bündnisses festhalten. Die Zusammenarbeit der letzten Monate hat erwiesen, daß ein Zusammenkommen verschiedener linker Kräfte aus der DDR und der BRD notwendig und für beide Seiten fruchtbar ist. Von Anfang an ging es uns über eine gemeinsame

Kandidatur hinaus um einen Neubeginn linker Debatten und Politikentwicklung. 2. Wir halten es zudem für sinnvoll, das Gewicht einer Parlamentsvertretung nicht freiwillig durch eine Kandidatur der PDS, beschränkt auf das Gebiet der ehemaligen DDR, zu verringern. Auf Grund der positiven Resonanz auf das Projekt Linke Liste/PDS gehen wir davon aus, daß auch in der ehemaligen BRD viele Menschen für eine starke linke Opposition stimmen werden.

3. Unter den Bedingungen des neuen Wahlgesetzes empfiehlt der Beirat der Linken Liste/PDS nach ausführlicher und kontroverser Diskussion, daß Landesverbände der Linken Liste/PDS zu Landesverbänden der PDS werden und die PDS diese als eigene Landesverbände anerkennt. Der Beirat ist sich bewußt, daß dieser uns durch das Wahlgesetz aufgezwungene Weg von unseren ursprünglichen Vorstellungen abweicht. Er stellt den notwendigen inhaltlichen Diskussionsprozeß verschiedener linker Strömungen Parteistrukturen voran. Die gerade erst begonnenen Diskussionen

berühren auch die Fragen „Bewegung und/oder Partei“ wie auch den jetzt enger werdenden Bezug auf die PDS. Beides erscheint als Problem und muß deshalb Gegenstand von Auseinandersetzungen bleiben.

Trotz veränderter Ausgangsbedingungen wollen wir an den Grundsätzen, wie sie im Wahlprogramm der Linken Liste/PDS verankert sind, festhalten: ...

Die innerhalb weniger Tage zu treffenden Entscheidungen machen es notwendig, wichtige Punkte der Zusammenarbeit in einer Vereinbarung zwischen Linken Liste/PDS und der PDS festzuhalten. Der Beirat schlägt der PDS die umgehende Einberufung eines Parteitages vor, auf dem

— eine Erklärung zum Selbstverständnis der PDS als gesamtdeutscher Linke erarbeitet,

— die Änderung des Namens der PDS in Linke Liste/PDS beschlossen,

— eine Vereinbarung über die Bildung von Landesverbänden der Linken Liste/PDS in den westlichen Bundesländern getroffen wird.

Neuer Lohnrahmen-Tarifvertrag

Was bringt er für untere Lohngruppen?

Ende September wurden die Eingruppierungs- bzw. Einreihungsverhandlungen für die Arbeiter des öffentlichen Dienstes fortgesetzt und mit einer grundsätzlichen Einigung beendet. Am 9. Oktober befindet die Große Tarifkommission der ÖTV über das Ergebnis. Die Verhandlungskommission empfielt einstimmig die Annahme.

Die ausgehandelten Erhöhungen liegen zwischen 34,91 DM und 85,75 DM im untersten Bereich der Lohnskala (je nach Dienstaltersstufe und je nachdem, ob man in der untersten Lohngruppe I hängenbleibt oder in die neu geschaffene Zwischenlohngruppe Ia aufsteigt) und zwischen 219,05 DM und 281,18 DM (je nach Dienstaltersstufe) für die Auserwählten, die in die neue Spitzenlohngruppe IX aufsteigen.

Drastischer kann kaum zum Ausdruck kommen, wie stark dieser Abschluß von der Position der öffentlichen Arbeitgeber bestimmt wird. Ihr Interesse war eine Veränderung des Lohngefüges zugunsten der Facharbeiter und zu Lasten der unteren Lohngruppen.

Im einzelnen wurden folgende Verbesserungen erzielt:

Aufgrund von Veränderungen bezüglich der Dienstaltersstufen (statt 10 jetzt nur noch 8) kommt es zu einer besseren

Grundvergütung in den einzelnen Lohngruppen, unterschiedlich je nach Dienstaltersstufe, wie oben beziffert.

Die Zeit für den Bewährungsaufstieg in die nächste Lohngruppe wurde von 5 Jahren auf 3 Jahre verkürzt. Darüber hinaus erfolgt nach weiteren 4 Jahren ein Zeitaufstieg um eine halbe Lohngruppe in neu eingerichtete a-Zwischenlohngruppen.

An den jetzt vereinbarten, bundesweit geltenden Lohnrahmentarifvertrag werden sich bezirkliche Verhandlungen über diesen Vertrag konkretisierende Lohngruppenverzeichnisse anschließen.

Obwohl das jetzige Verhandlungsergebnis für die bezirklichen Verhandlungen Raum läßt, ist es eine schwere Bürde für die zum 1.1.1991 anstehende allgemeinen Einkommensstarifauseinandersetzung. Das Verhandlungsergebnis hält nämlich fest: „Die Spanne von einer Lohngruppe zur anderen ist nun 4,5 % ab der Lohngruppe I.“ Da diese Spanne nicht zum 31.12.1990 zu kündigen sein wird und deshalb auch nach der allgemeinen Einkommensstarifauseinandersetzung, ist dadurch das Aufstellen und die Durchsetzung von Festgeldforderungen, Mindestbeträgen oder Sozial-Prozent-Forderungen unheimlich erschwert worden. — (kar)

Rassistische Hetze mit Aussicht auf Erfolg CSU für Abschaffung des Asylrechtes

Wahlkampf zu den bayerischen Landtagswahlen am 14. Oktober auf dem Rücken der Flüchtlinge

Die Forderung nach Abschaffung des Grundrechts auf Asyl stellt die CSU erneut in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Die Rep bedanken sich bei ihr für die Übernahme ihrer Forderungen. SPD-Landesvorsitzender Schöfberger schwenkt auf die Lafontaine-Linie um. Die Grünen stellen ökologische Themen in den

Mittelpunkt, verteidigen aber als einzige kandidierende Partei das Asylrecht. Neu: die noch menschenverachtendere Haltung, die zur Unterbringung von Flüchtlingen in fensterlose Bunker führt, gepaart mit offener rassistischer Hetze. Und: die reale Aussicht, das Asylrecht endgültig zu beseitigen.

Stoiber und Streibl gegen „Mißbrauch“

Trotz vielfältiger Warnung, das Thema Asyl sei für den Wahlkampf ungeeignet (u.a. eine Unterschriftensammlung von Christen im Kommunalwahlkampf im Frühjahr), stellt es die CSU wieder in den Mittelpunkt. Auf Plakaten, die vor allem in Ballungszentren wie München zahlreich sind, wirbt sie mit einem Text, der nur die 3 % noch Anerkannten als Asylberechtigte darstellt, alle anderen kosteten Milliarden und brächten Chaos. Mit dem gleichen Text führt die CSU in München eine Unterschriftensammlung durch. Das ist nicht neu, neu ist aber die Zuversicht der CSU, ihre Vorschläge durchzubringen, vor allem durch das Einschwenken der SPD. Neu ist auch, daß sich die Stimmung gegen Asylbewerber beträchtlich verschärft hat (siehe dazu unten).

Vorbereitet wurde das schon lange. Seit Streibl Ministerpräsident ist, spricht er penetrant nur noch von „Wirtschafts-asylanten“; er beschuldigte die Flüchtlinge, sie allein seien schuld an der Wohnungsnot. Die verantwortlichen Minister äußern ganz offen, sich beim Asyl nicht an bestehendes Recht zu halten, so bei der Kürzung der Sozialhilfe. Ein „Justizskandal“ offenbarte im Sommer, daß Ansbacher Asylrichter mit vorgefertigten Urteilen Asylbewerber ablehnen usw. usw.

Innenminister Stoiber, bekannt für rassistische Äußerungen, hat auch jetzt wieder Zeichen gesetzt. In einer Pressekonferenz führte er aus: „Wer nur wegen seiner Zugehörigkeit zu einer rassischen oder religiösen Minderheit verfolgt wird, kann sich nach Ansicht des bayerischen Innenministers nicht auf das im Grundgesetz garantierte Asylrecht berufen. Dies gelte, so Stoiber auf einer Pressekonferenz im September, sowohl

für Roma als auch für andere Minderheiten. Bei all diesen Gruppen handle es sich um „Minderheiten, die unter einen gewissen Verfolgungsdruck geraten sind“. Die Roma würden zwar „von der Bevölkerung massakriert und unmöglich behandelt“, könnten sich aber gleichwohl „nicht auf das Asylrecht stützen“. Der Münchner SPD-Vorsitzende Naumann forderte daraufhin den Rücktritt Stoibers.

Die ganze Anti-Asyl-Hetze paßt gut zu einem Wahlkampf der CSU, in dem die „Deutschlandpolitik“ im Mittelpunkt steht. Und ist nützlich zum Verschleiern der CSU-Verluste z.B. bei den Bauern und anderen „Stammwählern“, von deren Problemen die „Volksgemeinschaft“ ablenken soll.

Rep loben die CSU als „einsichtig“

Die Erfolgsaussichten der Rep werden bei vielen in der Opposition unterschätzt. Der geringe Besuch von CSU-Wahlveranstaltungen und volle Säle bei den Rep müßten da schon zu denken geben. Sie bedanken sich für die Einsicht der CSU beim Asyl und fordern nach wie vor Schnellgerichte an den Grenzen. Und tatsächlich hetzen heute CSU-Kandidaten wortgleich mit den Rep. So H. Wallner, Landtagsabgeordneter der CSU aus Deggendorf, der zum Umgang mit Asylbewerbern meinte: „In Gettos halten, ein schnelles Verfahren und ab.“

SPD-Vorsitzender auf Lafontaine-Kurs

Wortreich griff R. Schöfberger, SPD-Landesvorsitzender, die CSU an. Die verfehlte Aussiedlerpolitik wie auch der „massenhafte Mißbrauch des Asylrechtes“ (!) gehe zu Lasten der CSU. Nach diesen Vorwürfen kommt er mit denselben Vorschlägen wie Lafontaine. Also:

„Asylbewerber aus Staaten, in denen offenkundig keine politische Verfolgung stattfindet, sind unverzüglich abzuweisen.“

Man kann davon ausgehen, daß diese Meinung Schöfbergers in der bayerischen SPD nicht unumstritten ist. Aber der Druck der CSU, die stereotyp die SPD beschuldigt, am „Asylmißbrauch“ schuld zu sein, zeigt eben Wirkung. Und im Wahlkampf wird kaum einer öffentlich Schöfbergers Vorschlag in Frage stellen. Das ist der Kurs einer Partei, die auch am 3.10. mit Schwarz-Rot-Gold die deutsche Einheit an der ehemaligen Grenze zur DDR feierte.

Grüne für Asylrecht

Die Grünen sind die einzige kandidierende Partei, die auf einem Wahlplakat die Erhaltung des Asylrechtes fordert. Erfreulich sind auch die Stellungnahmen der dritte Bürgermeisterin S. Csampai in München, die für „Wirtschaftsflüchtlinge“ Verständnis forderte. Die Mehrheit der Kandidatinnen und Kandidaten der Grünen sind aber spezialisiert auf ökologische Themen, so daß nur einige sich

im Wahlkampf für Asyl einsetzen. Erst wenn sich mehr Grüne wie auch Flüchtlingsinitiativen u.a. offensiv für Einwanderungsregeln einsetzen und sich nicht eng am politischen Asyl orientieren, können sie gegen die Hetze von CSU und Rep angehen.

Flüchtlinge im Bunker

Daß in Ballungszentren wie München mit großem Mangel an Wohnungen die Lage von der CSU künstlich verschärft wird, zeigt sich jetzt wieder deutlich. Flüchtlinge, die in Zelten untergebracht waren, fanden bei beginnender Kälte weder in Turnhallen von Schulen noch in leerstehenden Kasernen Unterkunft. Gauweiler u.a. hetzten Eltern und Schüler auf, der Sportunterricht dürfe nicht ausfallen.

Der Bundesverteidigungsminister verhindert die Unterbringung in leer gewordenen Kasernen aus „rechtlichen Gründen“. Bisheriges Ergebnis trotz massivem Protest: Die Unterbringung von 80 Flüchtlingen in einem „Schutzbunker“ ohne Tageslicht und ohne ausreichende Frischluftzufuhr. — (lsc)



CSU-Wahlkampf in Bayern

Kann CSU-Arroganz gezügelt werden?

Bei den Landtagswahlen am 14. Oktober in Bayern steht wieder einmal die Frage im Mittelpunkt, ob die CSU ihre absolute Mehrheit verteidigen kann. In allen sieben Regierungsbezirken (Wahlkreisen) kandidieren die Parteien CSU, SPD, Grüne, FDP, Rep, ÖDP und Bayernpartei. Durch die Erhöhung der Unterstützungsunterschriften für einen Wahlkreisvorschlag auf wenigstens 500 und im Wahlkreis Oberbayern auf 1000 wurden einige kleinere Parteien nicht zur Wahl zugelassen. Die CSU gibt als Wahlprognose ein Ergebnis von 50 plus X Prozent aus. Ihr Wahllogan „Bayern wählen — CSU wählen“ täuscht eine bayerische Interessengemeinschaft aller Einwohner vor. Dieses Trugbild erhält in der harten Realität immer häufiger Kratzer. Insbesondere die Grünen im bayerischen Landtag haben dazu beigetragen, daß auch die Schattenseiten dieses sonnigen Bayernbildes aufgezeigt werden. Bei dieser Aufgabe mußten sie sich allerhand Grobheiten und Unverschämtheiten von den CSU-Mandatsträgern gefallen lassen. Zu Konsequenzen auf die Gesetzgebung hat es aber nicht gereicht. Dies wird nur möglich, wenn die CSU deutlich an Stimmen verliert und diese Verluste nicht von den faschistoiden Republikanern oder der wirtschaftsliberalen FDP eingefangen werden. Die Republikaner hoffen fest auf die Stimmen aus den hier zahlreich vorhandenen Revanchistenverbänden. Sie treten weiter offen für die Ostkolonisation und die Vollendung des 4. Reiches mit deutschen Herrenmenschen und ausländischen Arbeitssklaven ein. Bei der Asylpolitik erringen sie immer deutlicher die Meinungsführerschaft.

Ein Rückblick auf das Wahlergebnis 1986 macht deutlich, welche Spielräume für konservative Politik bestehen und wahrscheinlich auch zukünftig bestehen werden. Bei den letzten Landtagswahlen erzielte die CSU 55,8 % der Erst- und Zweitstimmen, die SPD 27,5 % und die Grünen 7,5 %. Die Republikaner scheiterten an der 5 %-Sperrklausel und erreichten landesweit 3 %. Die FDP, die in den Jahren von 1978 bis 1982 noch mit zehn Abgeordneten im bayerischen Landtag vertreten war, erreichte wieder nur 3,8 %. Von den insgesamt gewählten 204 Abgeordneten — 105 Stimmkreisabgeordnete und 99 Wahlkreisabgeordnete — erreichte die CSU bei diesen letzten Wahlen vor vier Jahren 128 Sitze und damit einen Sitzanteil von 62,7 %. Auf dieser satten Grundlage hat sich die CSU-Landtagsfraktion zu einer Vereinigung entwickelt, die der CSU-Staatsregierung hörig ist und jegliche parlamentarische Diskussion und Kritik versucht im Keime zu ersticken. Jüngstes Beispiel der Ausschaltung der parlamentarischen Opposition ist das Durchpeitschen eines neuen Polizeiaufgabengesetzes und Verfassungsschutzgesetzes. Selbst Mitglieder der Landtagsopposition gehen — aus praktischer Erfahrung — davon aus, daß mit parlamentarischen Mitteln allein gegen diese Politik der CSU kein Kraut gewachsen ist.

Wie schwierig es ist gegen die Behörden des Freistaats Interessen von breiten Bevölkerungsteilen zur Geltung zu bringen, zeigt das Müll-Volksbegehren, das nur gegen massive Behinderung durch die Staatsregierung durchgesetzt werden konnte. Mit einer Politik der Müllvermeidung, Verbot gesundheitlicher Beeinträchtigungen und Rechte auf eigenständige kommunale Wege dazu will die CSU — nach Aussagen von Ministerpräsident Streibl auf dem Wahlkongreß der CSU am 14. September — nicht leben.

Weitere wichtige Wahlkampfthemen sind der § 218, das Festhalten der Staatsregierung an der Normenkontrollklage und die Kindergarten- und Krippenversorgung in Bayern. Ende Juni demonstrierten 15000 Menschen in München gegen die Politik der Staatsregierung und Ende Juli wandten sich über 20000 Kindergartenrinnen mit einer Petition an den Landtag. 100000 Kindergartenplätze fehlen und die Regierung ist nicht bereit die nötigen Zuschüsse dafür den Kommunen und anderen Trägern bereitzustellen. Eine Erzieherin muß mit einem Endgehalt von 2100 DM brutto auskommen und die Anfangsgehälter von 1800 DM brutto nach einer fünfjährigen Ausbildung und mittlerem Schulabschluß sind völlig unzureichend. Die CSU-Staatsregierung zahlt nicht freiwillig. Mit diesen Aktionen hat die Forderungsdiskussion für die Tarifrunde 1991 — die Tarifverträge laufen zum 31.12. 1990 aus — schon begonnen. — (dlf, eeg)

Keine Ausweitung der Bundeswehraufgaben, sondern Truppenabbau!

Arbeiten statt Krieg spielen/Hans-Günther Schramm Landtagsabgeordneter der Grünen für Entmilitarisierung der BRD

Folgender Artikel stammt von Hans-Günther Schramm (MdL), der wieder als Landtagskandidat aufgestellt wurde. Sozialistische Organisationen treten nicht zur Landtagswahl an, es gibt aber vor allem bei den Grünen Programmenteile sowie Positionen einzelner Kandidatinnen und Kandidaten, die unterstützenswert sind. — (chl)

Deutsche Soldaten am Golf sind in jeder denkbaren oder zumindest bis heute diskutierten Rechts- oder Militärkonstruktion ein glatter Verfassungsbruch. Das gilt auch für den Einsatz als „Blauhelme“, die Eingreiftruppen der UNO. Die Frauen und Männer, die unser Grundgesetz formulierten, standen voll unter dem Einfluß des bis dahin schlimmsten Völkergemetzels aller Zeiten, ausgelöst durch eine Clique nationalistischer, rassistischer und zynischer Menschenverächter. Sie standen unter der Losung von Buchenwald: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Und gerade, weil wir heute von diesen unmittelbaren Eindrücken weiter entfernt sind und Krieg für die meisten von uns kein persönliches Erlebnis mehr ist, gerade deshalb müssen wir alles unterlassen, was diese Erfahrungen relativiert. Der Grundsatz muß bleiben: Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen. Auch nicht für vorgeschobene Menschenrechts- und Völkerrechtsverteidigung oder sonstige als Fassade für wirtschaftliche Interessen aufgebaute Konstrukte.

Es ist ja schon sehr seltsam, daß diese Diskussion jetzt geführt wird. Denn der Truppenaufmarsch der USA und einiger mißlungentruer Vasallen entspricht nicht der UNO-Beschlußlage. Die UNO hat ein striktes Handelsembargo beschlossen, also ein Handeln auf gewaltfreier, politischer und wirtschaftlicher Ebene. Präsident Bush und die westliche Weltwirtschaftswelt fürchten um ihre

Interessen in der Ölregion und haben deshalb im Mittleren Osten nach einer Möglichkeit gesucht, auch hier einen Stützpunkt aufzubauen. Nach der faktischen Beendigung des Ost-West-Konfliktes, nach dem endgültigen Abschied vom Kalten Krieg bereitet die Rüstungslobby sich und uns auf die Nord-Süd-Auseinandersetzung vor. Und wie nicht anders zu erwarten, sehen sie die Lösung nicht im gerechten Teilen und Verteilen, sondern in militärischer Verteidigung des Wohlstandes der Industrieländer. Eines Wohlstandes, der mit der Ausbeutung, Unterdrückung und Armut ganzer Kontinente erschachert wurde.

Zurück zur Verfassungsänderung. Ich gebe ja zu, daß es für mich eine gewisse Verlockung gibt, zu sagen, wenn die Bundeswehr auf die Stärke zurückgeschmolzen wird, (2000 bis 5000), die für eventuelle UNO-Einsätze nötig ist, dann stimme ich einer Verfassungsänderung zu. Aber erstens wird dies ja nicht breit diskutiert, und zweitens bestünde dann schon die Gefahr, daß sich die großdeutsche BRD peu à peu zum neuen Weltpolizisten entwickelt. Also ganz klar: Keine Zustimmung zur Veränderung in Richtung Erweiterung des Bundeswehr-Aktionsradius.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wer sich da ganz besonders weit aus dem Fenster hängt. Erwin Huber, CSU-Generalsekretär, verlangt, daß sich die Bundesregierung nicht länger verweigert, „wenn es abgestimmt mit unseren Partnern im Bündnis zu einem Friedenseinsatz im Golf kommt“.

Dies fordert der „Vordenker“ einer Partei, deren Spitzenpolitiker ganz persönlich beteiligt ist an der zugespitzten Situation am Golf. Der augenblickliche Ministerpräsident Max Streibl hatte in seiner Zeit als Finanzminister den Aufsichtsratsvorsitz von MBB inne. Und in genau diese Zeit fällt die hemmungslose

MBB-Waffenexportpolitik an den Irak, die wesentlich zur gegenwärtigen Krisensituation am Golf beigetragen hat. Ohne die modernen Waffen von MBB und die kriminelle Umgehung des bundesdeutschen Verbots der Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete wäre es zu dieser Situation möglicherweise gar nicht gekommen. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates hatte es Ministerpräsident Streibl in der Hand, die MBB-Exportpolitik maßgeblich zu beeinflussen. Streibl muß sich deshalb heute vorwerfen lassen, die schmutzigen Waffen-Deals des Konzerns mindestens geduldet zu haben. Es steht mithin in der Verantwortung des bayerischen Ministerpräsidenten, wenn der bayerische Rüstungskonzern MBB zu einem der schlimmsten Kriegstreiber in der Welt geworden ist.

Ich fordere Ministerpräsident Streibl und Finanzminister Tandler auf, unverzüglich ihre Aufsichtsratsmandate bei MBB niederzulegen. Das ist das erste, was man von den Mitgliedern der Staatsregierung erwarten muß, angesichts der Tatsache, daß Bayern durch MBB weltweit in Verruf gebracht worden ist.

Bei der Giftgasanlagen-Lieferung in den Irak scheinen ausnahmsweise keine bayerischen Firmen und Politiker beteiligt gewesen zu sein. Die glatten Verletzungen des Außenwirtschafts-Gesetzes unter maßgeblicher Beteiligung des Irak-Spezialisten beim BND, Al Khadi, zeigen deutlich die Notwendigkeit eines strikten Rüstungsexport-Verbotes. Dies ist selbstverständlich am besten durch die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion zu erreichen. Was nicht produziert wird, kann auch nicht exportiert werden. So einfach wäre das.

Heuchlerisch sind da die Zweifel des sicherheitspolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Olaf Feldmann, am Ausreichen der verschärften Strafandrohungen des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG). Seine Partei

war es doch, die nach dem ersten Schock über die Lieferung der Giftgasfabrik nach Rabta in Libyen Aufweichung des Entwurfs forderte.

Der Irak hat beim Giftgasmord an den Kurden in Halabja ja schon bewiesen, wie wenig Skrupel bestehen, Massenvernichtungswaffen einzusetzen.

Spannend ist auch noch die Frage, welche Haltung die SPD in diesen beiden Bereichen Rüstungsexport und Bundeswehreinsatz einnimmt. Beim Rüstungsexport scheint die Ablehnungsfront noch zu stehen. Allerdings würde mich ein Umkippen hier nicht sehr wundern nach Lafontaines Asyl-Äußerungen und dem konkreten Handeln im Saarland, z.B. gegenüber den Roma. Dazu kommen die vereinzelt bereitgestellten Signale zu einer Verfassungsänderung, damit die Bundeswehr bei UNO-Einsätzen mitmarschieren darf. Wenn sich die Sozialdemokraten dafür hergeben und die Zweidrittelmehrheit garantieren, ist die Glaubwürdigkeit dieser Partei endgültig dahin. Jahrzehntlang wurde in der Bundeswehr der Kampfwillie und das Feindbild gegenüber dem östlichen „Reich des Bösen“ gehätschelt. Jetzt ist der „Pappkamerad“ umgefallen und der Bundeswehr wie der gesamten NATO eigentlich der Auftrag und damit der Boden unter den Füßen weggezogen. Deshalb suchen die Offiziere auf der Hardthöhe ein neues Betätigungsfeld. Unerträglich ist für sie der Gedanke, ohne Uniform, Lametta und Befehlsgewalt ins Zivilleben zurückgestoßen zu werden. Unterstützt werden sie dabei von der Rüstungslobby, die gerade in Bayern massiert auftritt. Es ist die Aufgabe von außerparlamentarischer Opposition und Grünen, ihnen die Suppe zu versalzen. Wir wollen die Chance nutzen und fordern die umfassende Entmilitarisierung dieses Landes.

Internationale Umschau



3000 Personen demonstrierten am 16.9.1990 in Madrid gegen die spanische Militärintervention im Persischen Golf. Sie protestierten gegen die Entsendung spanischer Truppen. Auf dem abgebildeten Transparent forderten die Teilnehmer zum Ungehorsam (Insumisión) auf. In der Schlußerklärung riefen die Veranstalter die Marinesoldaten, die auf den Kriegsschiffen zum Golf entsendet worden sind, zur Desertion auf. Von dieser Schlußerklärung distanzierte sich die Izquierda Unida (Vereinigte Linke). Diese im Parlament vertretene Partei hatte aber an der Demonstration teilgenommen. Die Polizei provozierte die Demonstranten, feuerte mit der Behauptung „Aufruhrhandlungen Unkontrollierter“ mit Gummigeschossen auf Teilnehmer und nahm eine Person wegen „Störung der Ordnung“ fest. Quelle: El País, 17.9.1990 — (gba)

USA: Ein Sechstel ist offiziell arm

Das Statistische Amt der USA hat die neueste Statistik über offizielle Armut herausgegeben. Danach werden etwa 31,5 Millionen US-Staatsbürger, das sind etwa 12,8 Prozent der Gesamtbevölkerung, offiziell als „arm“ eingestuft. Als „arm“ gilt in den USA beispielsweise eine vierköpfige Familie mit einem Jahreseinkommen unter 12675 Dollar, das entspricht etwa 1500 DM brutto im Monat. Anfang der achtziger Jahre waren in den USA zeitweise sogar 15,2 Prozent der Bevölkerung offiziell als „arm“ eingestuft.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 29. September 1990 — (rül)

Ungarn: Demonstration von Obdachlosen verboten

Die Polizei der ungarischen Hauptstadt Budapest hat eine Demonstration von Obdachlosen, in der diese gegen die Lage und gegen die Politik der Regierung protestieren wollten, verboten. Eine Begründung für das Verbot wurde nicht gegeben. Nach westlichen Presseberichten soll es in Ungarn inzwischen wieder 10000 Obdachlose geben, die vielfach die Bahnhöfe in den Städten als Unterkunft benutzen. Die Obdachlosen hatten vor dem Südbahnhof der ungarischen Hauptstadt Budapest protestieren wollen, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen und menschenwürdige Quartiere zu verlangen.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 2. Oktober 1990 — (rül)

Polen: Nun Verbot von Abtreibungen?

Der polnische Senat hat eine Gesetzesvorlage angenommen, die erstmals wieder für eine ganze Reihe von Schwangerschaftsabbrüchen Strafverfolgung einführt. Das Gesetz liegt nun dem Sejm vor, der es ebenfalls noch beraten und billigen muß. Ursprünglich hatte ein der Kirche nahestehender Senator selbst bei Todesgefahr für die Schwangere Abtreibung verbieten wollen. Stattdessen sollte der Arzt entscheiden, ob das Leben des Ungeborenen oder das der Schwangeren gerettet werden solle. Selbst bei Schwangerschaft infolge Vergewaltigung drohte der Gesetzentwurf der Schwangeren im Falle einer Abtreibung mit zwei Jahren Haft. Diese Vorlage wurde geändert. Abtreibungen sollen nun prinzipiell strafbar sein, jedoch sind Abtreibungen in bestimmten Fällen von der Strafbefreiung ausgenommen. So sollen Frauen nicht bestraft werden, wenn sie selbst die Abtreibung veranlassen — nicht hingegen die Ärzte, die die Abtreibungen vornehmen. Bei Abtreibungen infolge von Gewalt, Drohung oder Täuschung drohen dagegen fünf Jahre Gefängnis. Der Gesetzentwurf ist auf heftigen Widerstand von feministischen, sozialistischen und anderen fortschrittlichen Organisationen gestoßen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (5.10.) berichtet, der Entwurf habe die öffentlich geäußerte Sorge bestärkt, „Polen drohe die Hinwendung zum Gottesstaat“. — (rül)

Mohawks unter Anklage
Weitere Auseinandersetzungen

Am 26. September haben die Mohawk in Oka, Quebec, sich dem kanadischen Militär ergeben. Viele Mohawk waren durch Mangel an Nahrungsmitteln und warmer Kleidung entkräftet — diesen Mangel hatte die Armee während ihrer Belagerung der zwanzig Krieger und etwa dreißig Frauen und Kinder planmäßig herbeigeführt. Die sich ergebenden Mohawk wurden festgenommen, wobei die Soldaten gewaltsam auch gegen die Frauen und Kinder vorgehen. Einem oder einigen der Belagerten gelang es, sich zunächst der Verhaftung zu entziehen; wenige Tage später wurde der entkommene geistliche Ratgeber der Mohawk Lauren Thompson festgenommen. Die Festgenommenen wurden in ein Armeelager verbracht.

Die Räumungsaktion wurde im Fernsehen übertragen. Mohawks im nahegelegenen Reservat Kahnawake griffen, empört über die Brutalität des Militärs, Soldaten mit Baseballschlägern und Steinen an, die die Mercier-Brücke bei Montréal bewachten. Die Soldaten legten ihre Gewehre auf die Herannahenden an und drohten zu schießen, woraufhin diese sich zurückzogen.

Die Staatsanwaltschaft begann sofort mit der Erhebung von Anklagen gegen die Festgenommenen von Oka. Mit der Übergabe des umstrittenen Gebietes ließ der kanadische Staat sich dagegen Zeit, obwohl mit der Kapitulation seine Bedingung erfüllt war. Kanada hat das Gelände aufgekauft, das — obwohl traditionelles Mohawk-Gebiet — von der Gemeinde Oka für eine Golfplatzverbreiterung beansprucht wurde, und wollte es den Mohawk zur Verfügung stellen, ohne damit deren Besitzanspruch anzuerkennen.

Das Mohawk-Krisen-Komitee, das die Übergabeverhandlungen führte, erhob einen Tag später den Vorwurf, daß die Festgenommenen von der Armee gefoltert würden. Die Armee wies den Vorwurf als unwahr zurück. Die Forderung, unabhängigen Ärzten Zugang zu den in Gewahrsam befindlichen Mohawk zu gewähren, wurde von der Armee mit dem Argument zurückgewiesen, daß die Militärärzte qualifiziert genug seien. Familienangehörige und Sympathisanten der Verhafteten halten eine Mahnwache vor dem Militärstützpunkt. Es werden Spenden für die zu erwartenden Gerichtskosten gesammelt.

Der Vorsitzende der Versammlung der Ersten Nationen, George Erasmus, hat auf einer Konferenz in Toronto weitere Konfrontationen angekündigt für den Fall, daß den Ureinwohnern die geforderte Selbstverwaltung versagt wird. Der Häuptling der Innu von Labrador, Ben Michael, erklärte auf der gleichen Konferenz, Kanada werde nur dann auf die Indianer hören, wenn sie Gewalt anwenden. Er forderte zur Zerstörung von Hochspannungsleitungen und anderen wirtschaftswichtigen Objekten auf.

Anfang Oktober lud die kanadische Regierung nach Ottawa etwa zwanzig Häuptlinge ein, um über Hunderte offener Landansprüche zu diskutieren, vermied jedoch ohne Begründung die Einladung der Vertretungsorgane der Ersten Nationen, die das Mandat für solche Verhandlungen haben.

Quelle: FAZ, 28.9., sowie Radio Canada International bis 8.10.90 — (mif)



Der ungarische Verfassungsgerichtshof hat am 2. Oktober eine Gesetzesvorlage für verfassungswidrig erklärt, die die Rückerstattung alles seit 1947 im Zuge mehrerer Bodenreformen vergesellschafteten Bodens an die früheren Eigentümer vorsah. Schon vor dem Sturz der Regierung Kadar hatten in Ungarn etwa 1,7 Millionen kleine Bauern ihren Boden privat bewirtschaftet, wenngleich die etwa 1300 Genossenschaften und 130 Staatsgüter den Hauptteil der landwirtschaftlichen Produktion des Landes produzierten. Die Gesetzesvorlage hätte, wenn sie in Kraft getreten wäre, ehemaligen Großgrundbesitzern und Nachkommen enorme Besitztümer zurückgegeben. Bild: Getreideernte auf einer ungarischen LPG vor einigen Jahren. — (rül)

Italien: Landesweiter Streiktag

Seit neun Monaten tarifloser Zustand in der Metallindustrie

Zum zweiten Mal in den letzten neun Monaten haben am 5.10. die italienischen Metallgewerkschaften zu einem eintägigen landesweiten Streik aufgerufen. Die Beteiligung war nach ihren Angaben hoch, im Durchschnitt 85 %, in Apulien und Kampanien im Süden bei 95 %. An 14 regionalen Kundgebungen nahmen ca. 150000 teil. Wenige Tage zuvor waren die Tarifverhandlungen erneut ausgesetzt worden. Seit mehr als neun Monaten herrscht damit bei den Löhnen tarifloser Zustand.

Die Gewerkschaften fordern eine durchschnittliche Erhöhung um 240000 Lire in zwei „Scheiben“, 130000 Lire (ca. 175 DM) jetzt und 110000 Lire (ca. 150 DM) ein Jahr später. Federmeccanica, der Verband der privaten Metallunternehmen, bietet 180000 Lire (ca. 240 DM) in vier „Scheiben“. Das Niedrigangebot ist gekoppelt an Forderungen gegenüber den Gewerkschaften: Der bisherige Anstieg der Löhne nach Beschäftigungsjahren soll entfallen, und für die letzten neun tariflosen Monate soll eine Erhöhung nur teilweise nachgezahlt werden. Außerdem heißt es, daß Federmeccanica einen Abschluß mit der Zusage der Gewerkschaften koppeln will, daß im nächsten Jahr jegliche Indexierung der Lohnentwicklung an die Teuerung entfällt — also der Todesstoß für die letzten Elemente der Scala mobile, die Lohnverluste durch Teuerung

ausgleichen sollte. Über die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit weigert sich Federmeccanica überhaupt zu verhandeln, ebenso über mehr Rechte in den Betrieben wie garantierte Einstellung von Frauen und betriebliche Gleichstellungskommissionen.

Die Gewerkschaften stecken in einer schwierigen Lage. Die Teuerung zieht stetig an. Mit jedem Monat, den Federmeccanica einen Tarifabschluß verzögern kann, wachsen die Lohnverluste. Gleichzeitig flacht die Konjunktur deutlich ab. Bei Fiat hat Kurzarbeit begonnen. Offenkundig wollen die Unternehmensverbände die Tarifverhandlungen in eine Geschäfts- und Arbeitsmarktlage hineinziehen, die für die Gewerkschaften ungünstiger wird. Mit einer Fülle von halb- und ganztägigen Streikaktionen haben die Gewerkschaften in den letzten Monaten ein Nachgeben der Kapitalisten nicht erzwingen können, obwohl die Beteiligung an den Aktionen durchweg gut war und wieder höher als in früheren Jahren. Mehrstündige Streiks, also im Grunde Kundgebungen mit beschränktem ökonomischen Druck auf die Unternehmen, reichen offensichtlich nicht aus, das Unternehmerlager zum Einlenken zu zwingen. Die Gewerkschaften werden prüfen müssen, ob nicht nach vielen Jahren erstmals wieder ein länger dauernder Streik ins Auge gefaßt werden muß. — (rok)

Landreform hinausgeschoben

Namibia ist immer noch von Südafrika abhängig

Obleich die SWAPO die Landreform während des Befreiungskampfes und auch während des Wahlkampfes als ein dringendes Problem betrachtet hat, sieht sich die namibische Regierung bis jetzt noch nicht in der Lage, einen Plan für ihr künftiges Vorgehen oder eine Landreform vorzulegen. Ca. 65 Prozent des Landes gehört weißen Farmern — die Eigentümer machen nicht einmal zwei Prozent der namibischen Bevölkerung aus. Ihnen gehört im Durchschnitt knapp 9000 Hektar, während die afrikanischen Farmer etwa 200 Hektar im Durchschnitt besitzen. Diese Landmenge reicht im Schnitt zur Ernährung einer sechs- bis achtköpfigen Familie aus, wenn ausreichend Wasser vorhanden ist und alle Familienmitglieder mitarbeiten. Die kommerziellen weißen Farmer lassen einen Großteil des Landes ungenutzt, ihre extensive Viehwirtschaft ruiniert den Boden.

Bei der Vorlage des ersten Haushaltsentwurfs hat der Landwirtschaftsminister Gert Hanekom zwar angekündigt, daß eine Rückverteilung des Landes stattfinden werde, aber auch mitgeteilt, daß diese Rückverteilung nicht schnell stattfinden könne. Der Haushalt des

Landwirtschaftsministeriums beträgt nicht einmal drei Prozent des Gesamthaushalts und ist damit kaum höher als in Zeiten der südafrikanischen Besetzung — ein Großteil des Haushalts ist für den Wohnungsbau in den Städten, für den Aufbau des Gesundheitswesens im ganzen Land und für die Alphabetisierung vorgesehen. Dabei könnte eine zügig durchgeführte Landreform verschiedene Probleme lösen: Nach Angaben des Arbeitsministeriums sind knapp ein Drittel der Bevölkerung über 18 Jahre arbeitslos — diese Arbeitslosigkeit rührt zum großen Teil daher, daß die Landknappheit viele Leute zur Wanderung in die Städte zwingt, in denen sie sich aber auch nicht ernähren können.

Die namibische Regierung steht bei ihrer Haushaltspolitik vor einer Hauptschwierigkeit: Die Landeswährung ist noch immer der südafrikanische Rand. Geplant ist die Einführung einer eigenen Währung bis Ende 1994. Bis dahin ist aber die Wirtschaft Namibias direkt an die Wirtschaftsentwicklung in Südafrika gekoppelt.

Quellenhinweis: New African, September und Oktober 1990; Market SE 2.8.1990; Citizen, 2.8.1990 — (uld)

Ohne Menschenrechtskonvention

Türkei setzt für kurdische Gebiete die Konvention außer Kraft

Am 23. August hat die türkische Regierung dem Europarat mitgeteilt, daß sie die Menschenrechte in Kurdistan außer Kraft setzt. Die Türkische Regierung nimmt sich dabei ein Beispiel an Großbritannien, das in der Vergangenheit mit einer ähnlichen Erklärung die Aufhebung der Menschenrechte für Irland beim Europarat angezeigt hatte. Mit dieser Erklärung gesteht der türkische Staat offiziell ein, daß in Nordwest-Kurdistan Krieg zwischen der türkischen Armee und der kurdischen Bevölkerung herrscht und daß sich die türkische Kolonialmacht bei diesem Krieg durch kein Völkerrecht beeinträchtigen lassen will. Die außer Kraft gesetzten Artikel der Menschenrechtskonvention umfassen u.a. das Recht Verhafteter auf einen gesetzlichen Richter und rechtliches Gehör, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinsfreiheit sowie auf Beschwerde gegen Verletzungen der Menschenrechte. Damit sind die westeuropäischen Regierungen offiziell unterrichtet, daß in Kurdistan ein grausamer und menschenrechtswidriger Kolonialkrieg tobt.

Ein Untersuchungsbericht des Menschenrechtsvereins von Diyarbakir faßt die Politik der türkischen Kolonialmacht in der kurdischen Provinz Botan so zusammen:

„... In der Region Botan, in der die Guerillabewegung am wirkungsvollsten ist, wird durch Anwendung jeder Art von Gewalt gegen das Volk eine Politik der totalen Entvölkerung verfolgt. Diese Politik zielt darauf ab, eine menschenleere Region ohne Bäume und Häuser zu schaffen, in der weit und breit keine Kühe muhen, keine Honigbienen summen, in der die nackten Berge aus den verbrannten Wäldern hervorragen, in der keine Kinderstimmen zu hören sind. Diese unmenschliche Politik, die grausame Ausmaße erreicht hat, hat ... im Bezirk Sirnak 20 der vormals 38 Dörfer mit 81 Ansiedlungen unter dem Vorwand, daß ihre Bewohner nicht einverstanden waren, Dorfschützer zu werden, vollständig entleert und niedergebrannt und die Dorfbewohner ... zur Migration ... gezwungen ... Unter den Bedingungen des herannahenden Winters sind alleine hunderte Kinder aus der mittleren Altersgruppe gezwungen, mit Krankheiten am Straßenrand, in den Bezirksvorstadtsiedlungen entlang der Straße Siirt-Sirnak in improvisierten Ziegenhaarzelten Unterschlupf zu suchen ...“

Vielen dieser Kinder drohe im kommenden Winter der Tod durch Hunger, Erfrierung oder Krankheiten. Kurdistan-Rundbrief 21/90 — (rül)

Nach dem vorläufigen Endergebnis gingen die Gewinne der FPÖ vor allem auf Kosten der christ-konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die gegenüber 1986 fast neun Prozent verlor und auf nur noch auf 32 % kam. Dagegen konnte die sozialdemokratische SP (Sozialistische Partei) ihren Stimmenanteil mit 43 % halten, ebenso die Grünen, die bei rund 4 % stagnieren.

Wahlkampfeswerpunkt der FPÖ war neben einer demagogischen Kampagne gegen „Parteibuchwirtschaft“ und „Skandale“ der „Altparteien“ eine massive Hetze gegen Ausländer im allgemeinen und Flüchtlinge aus Osteuropa, die jüngster Zeit verstärkt nach Österreich einreisen, im besonderen. Wenige Wochen vor den Wahlen lancierte Haider dann ein weiteres Thema: Auf einer Veranstaltung in München forderte der FPÖ-Vorsitzende Mitte

Rechte gewinnen bei Wahlen in Österreich Haider-Kampagne gegen Neutralität

Österreich: Deutsch-völkische Kampagne im Wahlkampf / 16,6 % für „Nationalliberale“

Der große Gewinner der österreichischen Nationalratswahlen am 7. Oktober heißt Jörg Haider, der mit seiner Freiheitlichen Partei (FPÖ) auf 16,6 % der Stimmen kam. Die FPÖ legte damit gegenüber den letzten Parlamentswahlen im Jahr 1986 um fast 7 % zu. Haider, Vorsitzender

der rechtsgerichteten Partei und Landeshauptmann (Ministerpräsident) des Bundeslandes Kärnten, hatte im Wahlkampf eine Debatte um den österreichischen Staatsvertrag und das darin festgelegte Prinzip der „immerwährenden Neutralität“ Österreichs losgetreten.

September die Revision des mit der Antihitlerkoalition geschlossenen Staatsvertrags. Der darin festgeschriebene Grundsatz der „immerwährenden Neutralität“ Österreichs stelle „hausgemachte Stolpersteine“ auf dem von

den bürgerlichen Parteien gewünschten Weg in die EG dar. Gegenüber der Zeitung „Der Standard“ präzisierte Haider diese Äußerungen einen Tag später noch: Die „Beschränkungen der österreichischen Souveränität“ durch den Staatsvertrag sollten revidiert werden. „Die Chancen für eine Staatsvertragsänderung seien gut, vor allem jetzt, nachdem Deutschland einen neuen Status bekommen habe. Deutschland werde nun ein vollsovereignärer Staat, Österreich „bleibt über“, weil es seine Souveränität mit Zugeständnissen wiederbekommen habe“, zitiert das Blatt den FPÖ-Vorsitzenden.

Was sind die „Stolpersteine“, die Haider im Staatsvertrag ausgemacht hat? In dem im Jahr 1955 mit der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich abgeschlossenen Vertrag sind unter anderem Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten garantiert, die Auflösung nazistischer Organisationen geregelt und Rüstungsbeschränkungen festgeschrieben. Vor allem aber verbietet er eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland. „Hier will einer die Hemmschwellen für einen Anschluß (Österreichs an die BRD) herabsetzen und mit dem EG-Anschluß verbrämen“, interpretierte der SP-Zentralsekretär Cap den Vorstoß Haiders. Wer Politik und Propaganda der Haider-FPÖ in Augenschein nimmt, kann an dieser Absicht kaum zweifeln.

Seit der heute 40jährige Staatsrechtler Haider 1986 den Machtkampf um den Parteivorsitz gegen den sozial-liberal orientierten Norbert Steger für sich entschied, hat er die FPÖ zielstrebig zu einer deutsch-völkisch orientierten Organisation der Rechten umgestaltet. Nach der Steger-Episode knüpfte man in der FPÖ damit an den traditionellen, deutsch-völkischen Kurs der „Freiheitlichen“ an. Es ist kein Zufall, daß die

Mehrheit der Mitglieder der Partei nach dem Anschluß 1938 in die NSDAP ging. Nach dem Amtsantritt Haiders wurde 1986 die Programmatik wieder auf deutschnationalen Kurs gebracht. Haider und seine Seilschaft wechselte ganze Landesparteivorstände aus und ersetzte sie durch jüngere, nationale Kräfte, zum Teil direkt aus faschistischen Organisationen rekrutiert. Haider selbst definiert die Grundsätze der FPÖ am liebsten als „national-freiheitlich“ und meint damit das „Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“, wie er 1986 in einem seiner zahlreichen Interviews für rechtsextreme Zeitschriften ausführte. Folgerichtig erklärt er die österreichische Nation zu einer „ideologischen Mißgeburt“. „Denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache.“ Daß in Sachen Staatszugehörigkeit das letzte Wort für Haider noch nicht gesprochen ist, brachte er schon 1984, in einer Ansprache bei einem Turnfest des österreichischen Turnbunds, in dem sich viele Rechtsextreme tummeln, brutal auf den Punkt: „Dieses Land wird nur dann frei sein, wenn es ein deutsches Land sein wird. Dieses Bekenntnis zum „eigenen Volkstum“ ist für Haider und seine FPÖ „eine Grundvoraussetzung für die Bewahrung und Weiterentwicklung der kulturellen Werte und des historisch-kulturellen Selbstverständnisses jeder ethischen Gemeinschaft und damit auch für uns Österreicher, die der deutschen Volksgemeinschaft angehören“.

Daß der FPÖ-Vorsitzende diese Vokabel verwendet, ist durchaus kein Ausreiter. Denn neben der deutsch-völkischen Bestimmung der österreichischen Staatszugehörigkeit ist die Propaganda für eine „soziale Volksgemeinschaft“ ein weiterer Grundpfeiler der FPÖ-Programmatik. Die dazu entwickelten Vorstellungen stammen ebenfalls direkt aus

dem Fundus der faschistischen Gedankenwelt. Laut Haider hat die FPÖ auf „das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft“ besonderen Wert zu legen. Der Kampf für soziale und politische Interessen soll zugunsten der „organischen“ Gesamtheit des Volkes zurückstehen. „Die Bevölkerung ist wie ein kompliziertes Uhrwerk zu verstehen. Wenn das kleinste Rädchen nicht mehr läuft, kommt das gesamte Werk zum Stehen“, heißt es in Haiders Hausblatt „Kärntner Nachrichten“ dazu.

Die vor den Wahlen geforderte Revision des Staatsvertrages, daran kann es vor diesem Hintergrund kaum einen Zweifel geben, signalisiert, daß für die FPÖ nunmehr der Zeitpunkt gekommen scheint, von der Propaganda, den Gedanken einer deutschen Volksgemeinschaft wachzuhalten, zur Forderung nach ihrer Verwirklichung unter dem Dach des entstehenden 4. Reiches überzugehen.

Vieles spricht dafür, daß die FPÖ mit ihrem Vorstoß eine Vorreiterrolle einnimmt, die ein Terrain absteckt, auf dem sich alsbald auch die ÖVP und Teile der SP tummeln wollen. Haider löste mit seinen Äußerungen zwar eine breite Debatte im bürgerlichen und sozialdemokratischen Lager aus. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ging die Kritik an seinen Vorschlägen aus der Regierungskoalition, die vehement für den EG-Beitritt des Landes eintreten, über die falsche Beteuerung nicht hinaus, der Neutralitätsvertrag stelle dafür kein Hindernis dar.

Denn tatsächlich würde ein EG-Beitritt wesentliche Elemente, wie z.B. die Rüstungsbeschränkungen, im Kern tangieren. Prompt kündigte dann auch der ÖVP-Außenminister Mock für Ende Oktober eine Erklärung der Bundesregierung zu Neutralität und Staatsvertrag an. Das „Profil“ der österreichischen Neutralität „tritt mit dem Abbau des Ost-West-Gegensatzes zurück“. Und auch Bundespräsident Waldheim erklärte, zwar stehe eine Neuverhandlung des Staatsvertrages nicht zur Diskussion, gewisse, die Souveränität beschränkende Artikel könnten jedoch unter Hinweis auf den Deutschland-Vertrag durch eine entsprechende Erklärung als überholt betrachtet werden.

Quellenhinweis: Brigitte Bailer: Die neue Rechte (ohne Ort und Jahreszahl); Dieselbe: Ein deutsches Land. Die rechte Orientierung des Jörg Haider, Wien 1987 „Der Standard“, Ausgaben September 1990; „Neue Zürcher Zeitung“, 27.9.90; „Volksstimme“, 15.9.90; — (jüg)

Ein „nationales Bekenntnis formuliert . . .“

Ich glaube, daß das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft sehr vielen Österreichern etwas bedeutet, die sich ohne Zweifel vorbehaltlos zur Eigenständigkeit der Republik bekennen, die aber kulturpolitisch einfach den größeren historischen und kulturellen Zusammenhang der Österreich auch mit dem gesamten deutschen Volk sehen.

Haider in „Die Aula“, Folge 10/1986

Wir Freiheitlichen haben uns im Parteiprogramm festgelegt, daß Volk und Heimat für uns unverzichtbare Werte darstellen. Wir wollen eine nationale Politik und sind in diesem Sinne daher auch eine nationale Partei. Wir wissen, daß das Bewußtsein der besonderen Wesensart des eigenen Volkes untrennbar mit der Bereitschaft verknüpft ist, das Besondere auch in jedem anderen Volk zu achten. Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Österreicher gehört der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft an. Diese Tatsache bleibt bestehen, auch wenn sie heute in Österreich vielfach verdrängt wird. Selbstverständlich wollen wir, daß Österreich, eingebettet in den deutschen Volks- und Kulturraum, auch in Zukunft dessen Entwicklung eigenständig mitgestaltet. Natürlich sind wir auch überzeugt, daß das Bekenntnis zum eigenen Volkstum eine Grundvoraussetzung für die Bewahrung und Weiterent-

wicklung der kulturellen Werte und des historisch-kulturellen Selbstverständnisses jeder ethischen Gemeinschaft und damit auch für uns Österreicher, die der deutschen Volksgemeinschaft angehören, ist.

Haider in den „Kärntner Nachrichten“, 21. 5. 1987

Diese Grundsätze (der FPÖ-Programmatik) sind in einer Politik der sozialen Volksgemeinschaft zu verwirklichen. Dabei ist auf das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft besonderer Wert zu legen, die eine organische und ethische Gebundenheit des Menschen in verschiedene Gemeinschaften, von der Familie bis zum Volk, zum Ausdruck bringt. Damit grenzen wir uns von materialistischen Ideologien ab, für die der Mensch nur ein einzelhaftes Wesen in einer gesichts- und bindungslosen Gesellschaft darstellt.

Haider in „Die Aula“, Folge 10/1985

Die persönliche Freiheit findet ihre Grenzen dort, wo ethische Grundwerte, die kollektive Freiheit des Volkes, Gemeinschaftsinteresse u.dgl. aber auch absolute Wahrheiten gegenüberstehen. Einem weltanschaulichen Pluralismus sind daher auch Grenzen gesetzt durch kulturelle und völkische Traditionen, Sitte, Brauch und vor allem durch objektive Wahrheiten.

„12 Thesen zur Erneuerung“, Lorenzener Kreises der FPÖ, Oktober 1989

Streit um Privatisierungen nimmt zu

ČSFR: Schwere Versorgungskrise / Reallohnsenkungen / Widerstand zeichnet sich ab

Die bürgerliche Koalitionsregierung der ČSFR betreibt und ein erklecklicher Teil der Intelligenz belobhudelt die „Rückkehr nach Europa“. Die einen versprechen eine intakte (Markt-)Wirtschaft in Kürze; andere, etwa Schriftsteller und Staatspräsident Havel, mögen steigende Buchauflagen als kulturelle Blüte werten. Doch bereits die ersten Schritte auf dem Weg zur Marktwirtschaft sind mit erheblichen Angriffen auf Lohnstandards, Rechte und Versorgungslage der Werktätigen verbunden.

Die Regierungskoalition aus Bürgerforum (OF), Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN) und Christlich-Demokratischer Bewegung hat in der Föderalversammlung, dem Bundesparlament, die Privatisierung von zigttausend Kleinbetrieben, vor allem in Handwerk, Gastronomie und Einzelhandel, durchgesetzt. Alle kleinen Läden u.ä., die nach 1948 verstaatlicht wurden, sollen an ihre alten Besitzer zurückgegeben werden. Dabei fällt auf, daß unter diesen das Interesse recht gering ist, „ihr Privateigentum“ zwecks privaten Betriebens zurückzuerhalten: Viele Betriebe mußten versteigert werden. Das deutet auf Schwierigkeiten der Marktwirtschaftsapologeten hin, glaubhaft darzulegen, daß viele Arbeiten — ihres kooperativen Charakters beraubt und der Konkurrenz preisgegeben — künftig bei vertretbaren Arbeitsbedingungen und mit vertraglichen Folgen geleistet werden könnten. Unter den RGW-Ländern ist die Wirtschaft der ČSFR die am stärksten sozialisierte: Nur 3 % des Wirtschaftsaufkommens wird derzeit von Privaten erbracht.

Anfang Juli trat eine Preisreform in Kraft, die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen um durchschnittlich 25 %. Die Einkommen, die die gesamten achtziger Jahre über — wenn auch leicht —

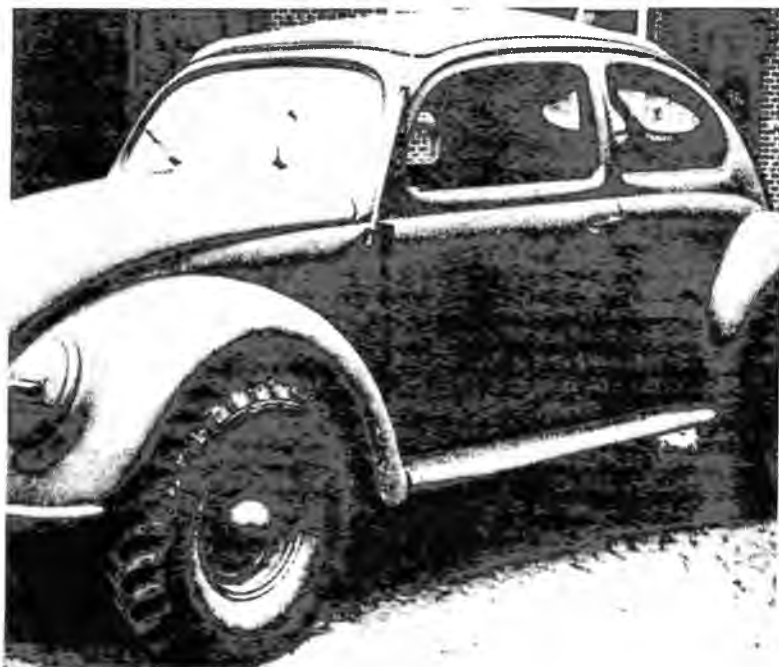
real gestiegen waren, wurden nur um rund 5 % erhöht. Ab Januar 1991 sollen die Preise vollkommen freigegeben werden. Für das nächste Jahr wird mit einer Arbeitslosigkeit von etwa 400 000 bis 750 000 gerechnet (bei rund 7,3 Mio. Werktätigen). Die Arbeitslosen werden in eine unerträgliche materielle Lage geschleudert: Sie besitzen lediglich für sechs Monate einen Anspruch auf nur 60 v.H. des letzten Monatsgehaltes. In den Belegschaften wird kräftig differenziert. So sollen Betriebsdirektoren künftig ein Grundgehalt von 6 400 Kronen plus ggf. Leistungsprämien von rund 3 500 Kronen beziehen — das Durchschnittsgehalt liegt bei 3 400 Kronen. Die Lohnspreizung zwischen Arbeitern und technischen Angestellten, die bislang mit rund 25 % Einkommensunterschied äußerst gering gehalten wurde, wird so in Gang gebracht.

Kein Wunder, daß die Regierung starke Polarisierungen erwartet und sich darauf vorbereitet: Premierminister Calfa (ehem. KPČ, jetzt parteilos) forderte vor einigen Tagen die Bildung eines Krisenstabes. Präsident Havel warnte vor einer bedrohlichen Wirtschaftskrise noch in diesem Jahr, kündigte erhebliche Einschränkungen der Versorgung der Bevölkerung an. Er propagiert als einzigen Ausweg schnellere Privatisierungen, auch in der Großindustrie, noch in diesem Jahr.

Zwei Faktoren erschweren die Situation des Landes derzeit besonders: die um rund 30 % zurückgenommenen Erdöllieferungen der Sowjetunion im Rahmen der Umgestaltung des RGW, die in der letzten Woche zu einer Alarmstimmung in der Energieversorgung führten, sowie die infolge des Wegfalls der DDR erwarteten Handelsverluste von rund einer Milliarde Dollar. Diese lösten in-

nerhalb des Parlaments, auch in der Koalition selbst, verstärkte Skepsis gegenüber einem schnellen Vorgehen aus. In Anbetracht dadurch rasch wachsender Abhängigkeiten von den westlichen Imperialisten, gegenüber denen die Verschuldung bisher in recht engen Grenzen gehalten wurde, bezog sich der Streit im Parlament vornehmlich auf die Frage, welche Möglichkeiten an Kapitalbeteiligungen, Bodenerwerb usw. ausländischen Investoren eingeräumt werden sollten. Bislang ist diesen eine Beteiligung an Betrieben zu über 49 % nach dem Joint-Venture-Gesetz von 1988 nicht gestattet. Die Planung des Finanzministers Klaus sieht hier für das nächste Jahr bei der Umwandlung fast sämtlicher Großbetriebe in Aktiengesellschaften Änderungen vor. Langjährige Verfechter des „dritten Weges“ wie der Wirtschaftsberater Havels, Sik, wenden sich dagegen und forderten die Streuung eines Großteils der Aktien in der Gesellschaft. Sicher wird jedoch auch eine solche Streuung in Anbetracht zunehmender Verarmung großer Teile der Werktätigen nicht verhindern, daß das Eigentum schon in Kürze in wenige Hände gelangt und von dort in diejenigen westlicher Konzerne, so dies erlaubt ist.

Das erkennen die Imperialisten und drängen, vor allem auf freie Betätigung ihrer Banken in der ČSFR. Mittlerweile hat die EG Assoziierungsverträge bezüglich freien Kapital- und Warenverkehrs angeboten und eine Vertretung in der ČSFR eröffnet. Der Regierung muß, da sie hier forciert, unterstellt werden, daß sie den „Weg nach Europa“ auch deshalb möglichst schnell zu beschreiten sucht, um innere Widerstände mit imperialistischer Hilfe niederhalten zu können. Damit aber setzt sie die Gesell-



25 westliche Konzerne haben sich um Anteilseignerschaft an der 1991 entstehenden Skoda AG beworben. VW und Renault/Volvo sollen die besten Aussichten haben. Deutsche Konzerne hatten sich die Skoda-Werke schon einmal, im Zuge der Annexion der ČSR 1938, einverleibt. Bild: VW-Modell von 1941 für den Afrikakrieg.

schaft der Tschechoslowakei einer gefährlichen Zerreißprobe aus. Es ist nach einem erzwungenen Einbruch jedes kooperativen Klassenverhältnisses der Arbeiter und Bauern durch Einführung der Marktkonkurrenz auch zu befürchten, daß zunehmende Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken das Land erschüttern. Denn der Imperialismus kennt keine Planungen des Ausgleichs. Er verschärft die Entwicklungsprobleme des Landes schon jetzt.

Erfreulicherweise sammeln sich Kräfte des Widerstands gegen die zu erwartenden Folgen des Regierungsprogramms in den Gewerkschaften. Anfang Oktober führten Beschäftigte in den von der jetzigen sog. „kleinen Privatisie-

rung“ betroffenen Gewerben Warnstreiks durch, um den Ausverkauf der kleinen Geschäfte usw. an wenige kapitalkräftige Interessenten zu verhindern. Der Gewerkschaftsdachverband legte der Regierung einen Katalog grundlegender Forderungen vor, die insbesondere soziale Absicherungen betreffen, und schloß auch größere Arbeitskämpfe für die nähere Zukunft nicht aus. Als Warnschuß seitens der Regierung ist wohl deren Aufforderung zu werten, daß der Weltgewerkschaftsbund seinen Sitz in Prag in Kürze schließen soll.

Quellen: Kurier (Wien), 15.9.90; div. Presse-schau Ostwirtschaft (Wien); Länderbericht ČSFR, Stat. Bundesamt, 1988; profil, 39/90 — (uga)

Forderungen nach Entmilitarisierung Rüstungs- und Standortkonversion

Vorbehalte und Ablehnung groß / Kritik „neuer militärischer Aufgaben“ ist nötig

Soltau-Fallingb. Im Landkreis gewinnt, im wesentlichen befördert durch die Grünen, das Thema Entmilitarisierung und Rüstungskonversion an Bedeutung. Der Kreis ist einer der am stärksten militärisch genutzten in der BRD. Es befinden sich dort außer den Truppenübungsplätzen Munster Nord und Süd und dem Nato-Schießplatz Bergen große Teile der „Roten Flächen“, auf denen britische Truppen ganzjährig im Rahmen des Soltau-Lüneburg-Abkommens Manöver durchführen.

Als Bedingung, die diese Diskussion um Rüstungs- bzw. Standortkonversion nötig mache, wird der „Entspannungsprozeß“ angeführt. Betont wird insbesondere die Überflüssigkeit der britischen Nato-Truppen. Die Wut der hier lebenden und leidenden Bevölkerung über die militärische Präsenz ist groß. Nur so ist auch erklärlich, daß selbst die alte niedersächsische CDU-Regierung Kritik am Soltau-Lüneburg-Abkommen übt. Linie war, den Unmut auf dieses Zusatzabkommen nach dem Nato-Truppenstatut zu lenken und damit noch den nationalistischen Behauptungen mangelnder bzw. fehlender Souveränität Munition zu verschaffen. Die neue Landesregierung startet jetzt eine erfreuliche Initiative im Bundesrat zur Kündi-

gung des Soltau-Lüneburg-Abkommens. Allerdings handelt es sich dabei auch für Ministerpräsident Schröder um ein „Relikt der Besatzungszeit“.

Wie alle Äußerungen von militärischer Seite zeigen, betrachtet diese (nach dem bisherigen alles andere als „entspannenden“, sondern äußerst aggressiv, aber noch ohne Waffengewalt verlaufenden Annexionsprozeß der DDR) die Bundeswehr keineswegs als überflüssig. Neue Aufgaben werden skizziert. Der Einsatz der Bundesmarine im Mittelmeer im Rahmen der imperialistischen Aggression gegen die arabischen Staaten gibt einen Vorgeschmack. Sicher ist, daß die Kampftruppenschule 2 in Munster kein Stück an Bedeutung verlieren wird, hat sie doch eine zentrale Funktion für Ausbildung und Weiterentwicklung der gepanzerten Kampftruppen in der Bundeswehr. Ebenfalls werden die Nato-Truppenübungsplätze im Kreisgebiet an Gewicht verlieren, eher das Gegenteil wird der Fall sein. Wer also für eine Entmilitarisierung des Landkreises ist, wird nicht um die Kritik der imperialistischen Politik der BRD und die Rolle der Bundeswehr dabei herumkommen.

Die folgenden Meldungen sollen einen Überblick über die Lage im Kreis geben. — (sts, cbn)

Grüne beantragen Bildung einer „Heidekonferenz“

Am 22. März hatte die Fraktion der Grünen im Kreistag einen Antrag zum Thema: Regionale Konversion Soltau-Fallingb.; Einberufung einer „Heidekonferenz“ eingebracht. Gefordert wird darin die ständige Einrichtung eines „regionalen Abrüstungsratschlags“, der den „Prozeß des notwendig gewordenen ‚zivilen Umbaus‘ der Region beratend begleiten soll“. „An der Konferenz sollen Vertreter der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aus dem Kreis, der Wirtschaft und ihrer Verbände, der Gewerkschaften, der Parteien, der Kirchen der Bürgerinitiativen und Umweltverbände teilnehmen. Die Konferenz wird in Abstimmung mit den kommunalen Parlamenten Forderungen für die Region an das Land Niedersachsen und den Bund erarbeiten.“

Auf große Gegenliebe stieß der Vorschlag nicht. Auf der Kreistagssitzung im Juni verwies die SPD auf den bestehenden Wirtschaftsausschuß, der sich um solche Angelegenheiten kümmern müsse. Von der CDU wurde angekündigt, daß er bei ihnen keine Mehrheit finden würde. Und der Munsteraner CDU-Abgeordnete Klossa verbat sich jede Einmischung in die Probleme seines Wohnorts. „Veranstaltungen wie die Vereidigung der Soldaten mit dem Besuch des Bundesverteidigungsministers sind eine erstklassige Werbung für diese Region“, schwärmte er. Und sowieso werde Munster immer Bundeswehrstandort bleiben, „auch wenn die Bundeswehr auf 100 000 Soldaten reduziert werde“.

Der Antrag wurde an die Fraktionen und die zuständige Ausschüsse verwie-

sen. Da „ruht“ er nun. So stand er zwar auf der Tagesordnung der Kreistagssitzung am 10. September, wurde aber nicht behandelt.

1. September: DGB zur Konversionsproblematik

Am Antikriegstag, am 1. September, veranstaltete der DGB-Kreis Celle/Soltau-Fallingb. in Celle eine Podiumsdiskussion zum Thema „Was wird aus den Landkreisen Celle, Soltau-Fallingb. nach dem Truppenabbau bei Bundeswehr und Alliierten?“.

Andrea Hoops, MdL Grüne, forderte Abbau des Militärs bis hin zur Auflösung der Truppenübungsplätze und die ökologische Wiederherstellung. Mit Geld aus dem Rüstungsetat solle in großem Umfang eine andere Wirtschaftsstruktur geschaffen werden und die soziale Absicherung und Umschulungen bezahlt werden. Was zu tun ist, sollen die Gemeinden gemeinsam mit Gewerkschaften, Friedens- und Umweltschutzgruppen beraten. Sie forderte von der Bundeswehr Datenmaterial über den Ist-Zustand, um Planungsgrundlagen zu haben. Dabei stieß sie auf taube Ohren.

Amei Wiegel, MdL SPD, forderte auch, solche Arbeitsgruppen in den Gemeinden zu gründen. Sie ist auch für Abrüstung, aber auch deutlich für den Erhalt der Bundeswehr. Dieter Beetz, Hauptvorstand ÖTV, ist auch für militärischen Abbau und Einrichtung örtlicher Arbeitsgruppen aus Kommunalpolitikern, Gewerkschaften etc.. Er sprach sich gegen jede soziale Schlechterstellung der Zivilbeschäftigten aus.

Martin Hildebrandt, MdL FDP, und der Kommandeur des Verteidigungs-

kreiskommandos Celle, H.-D. Hegers, redeten vom militärischen Umbau der Bundeswehr, da sie künftig einen anderen Auftrag habe (welchen, blieb offen). Deutlich wurde, daß nur in den großen Städten Militär abgezogen wird, daß aber der hiesige größte westeuropäische Truppenübungsplatz so erhalten bleibt und sich hier evtl. noch mehr Militär konzentriert.

Der (noch indirekte) Einsatz der Bundeswehr gegen den Irak war kein Thema. Allerdings forderten Zuhörer mehrfach, die Bundeswehr soweit abzurufen, daß sie gegen Polen und für die Interessen der Ölkonzerne kriegsunfähig sei. Die Grünen Celle verteilten ein Flugblatt „No Germans to the Front“. Es gab viele Klagen über militärische Belastungen im Raum Walsrode, aber auch Stimmen, die die zivilen und militärischen Arbeitsplätze auf jeden Fall aufrechterhalten wollen. Ohne Militär sei sonst in manchen Orten nahezu die ganze Bevölkerung arbeitslos und die Region würde zum Armenhaus.

Kommandeur Hegers redete der Verteilung der militärischen Belastung das Wort. Die Bundeswehr könne nicht immer auf denselben befestigten Straßen üben und fände in der Realität auch keine befestigten Flußfurten. Die befestigten Allerfurten, gegen die die Bevölkerung Sturm lief, seien eine „Schnapsidee“ aus den siebziger Jahren.

Beschäftigte bei Streitkräften fordern Klärung

Über 500 vorwiegend bei Bundeswehr und britischen Stationierungskräften Beschäftigte aus Munster, Fallingb., Bergen, Faßberg und Celle nahmen an



Von Freitagabend, 14.9., bis Montagmorgen wird von Mitgliedern der Bürgerinitiativen aus Schneeverdingen und Amelinghausen die Panzerrampe der Bundesbahn am Camp Reinsehn blockiert. Panzer, mit denen die britische Rheinarmee nach einer erstmaligen vierwöchigen Sommerpause in den „Roten Flächen“ wieder mit Übungen beginnen will, können nicht entladen werden. Mit der Blockade soll der Forderung nach Kündigung des Soltau-Lüneburg-Abkommens Nachdruck verliehen werden. Ungefähr zur gleichen Zeit wird in Fallingb., ca. 40 km entfernt, in einer Medienshow die Einsatzbereitschaft der im Landkreis stationierten 7. Panzerbrigade zur imperialistischen Sicherung der Ölfelder am Golf demonstriert. Sie führt in der folgenden Woche zusätzliche Übungen mit scharfem Schuß auf den Übungsplätzen Bergen und Munster Süd durch. Bei der offiziellen Verabschiedung der Truppe erklärt der britische Verteidigungsminister King, dieses „Spezial-Training“ sei nötig gewesen, um „für den Einsatz im Kriegsfall optimal vorbereitet zu sein“. Von der Bevölkerung im Kreis erwarte er genügend Verständnis für die nächtliche Raststörung, denn: „Hierbei geht es um die Freiheit und Demokratie.“

einer Veranstaltung der ÖTV am 2.10. im Stadthaus Bergen teil. Thema war „Abrüstung ja — Arbeitslosigkeit nein! Rüstungs- und Standortkonversion — Maßnahme zum Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung in strukturschwachen Regionen“. Auf dem Podium saßen das stellvertretende ÖTV-Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Warburg, Alfred Tacke (DGB Landesbezirk), der Präsident der Wehrbereichsverwaltung II, Moser, der Kommandeur des Verteidigungskreiskommandos Celle, Oberstleutnant Hegers, der stellvertretende Landrat des Kreises Celle, Lothar Hirsch (CDU), Amei Wiegel (SPD-MdL), Andrea Hoops (Grünen-MdL) und Martin Hildebrandt (FDP-MdL). Munsters Stadtdirektor Peters hatte eine Teilnahme an der Veranstaltung abgelehnt. Er sehe keinen Anlaß, sich über Konversion Gedanken zu machen.

Bestimmt war der Abend durch massive Forderungen an die Vertreter der Bundeswehr, nicht länger „Sandmann zu spielen“, sondern Informationen über konkrete Zahlen und Maßnahmen rauszurücken. Moser erklärte, daß das erst im zweiten Quartal 1991 möglich sei. Die Bundeswehr würde niemanden entlassen. Zu Lohnabstufungen und Versetzungen könne es aber kommen. Hegers unterstrich: „Über die Notwendigkeit von Truppenübungsplätzen und Armeen brauchen wir nicht zu diskutieren. Streitkräfte werden immer nötig sein.“

Warburg hatte zu Beginn einen Katalog von Forderungen der ÖTV dargestellt, die bundesweit durchzusetzen sind. Dazu gehört u.a.: Truppenreduzierungen sollen zuerst in wirtschaftlichen Ballungszentren vorgenommen werden. Die Beseitigung militärischer Altlasten und Verschrottung militärischen Großgeräts soll den Zivilbeschäftigten übertragen werden. Für die Beschäftigten sind Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme anzubieten. Die eingeschränkten Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen bei den Stationierungsstreitkräften sind aufzuheben. Tarifverträge zur sozialen Absicherung der Arbeitnehmer sind erforderlich.

Auf mächtige Zustimmung der Anwesenden stießen die Vorschläge der ÖTV, der SPD-Vertreterin und der Grünen, Arbeitsgemeinschaften auf kommunaler Ebene aufzubauen, in denen eine Konversion diskutiert und geplant werden könne. Viele Anwesende protestierten lautstark gegen Vorschläge der Grünen, die Truppenübungsplätze zu Naturschutzparks und Fremdenverkehrsanziehungspunkten zu machen. Der FDP-Vertreter betonte die Wirtschaftskraft der Bundeswehr. Ihm lag das Schicksal der von der Bundeswehr abhängigen Unternehmen am Herzen, während die sozialen Auswirkungen auf die Beschäftigten für ihn kein spezielles Thema waren. Konkrete Vorschläge, vor allem von der ÖTV, über alternative Arbeitsplätze wurden zumeist mit Beifall

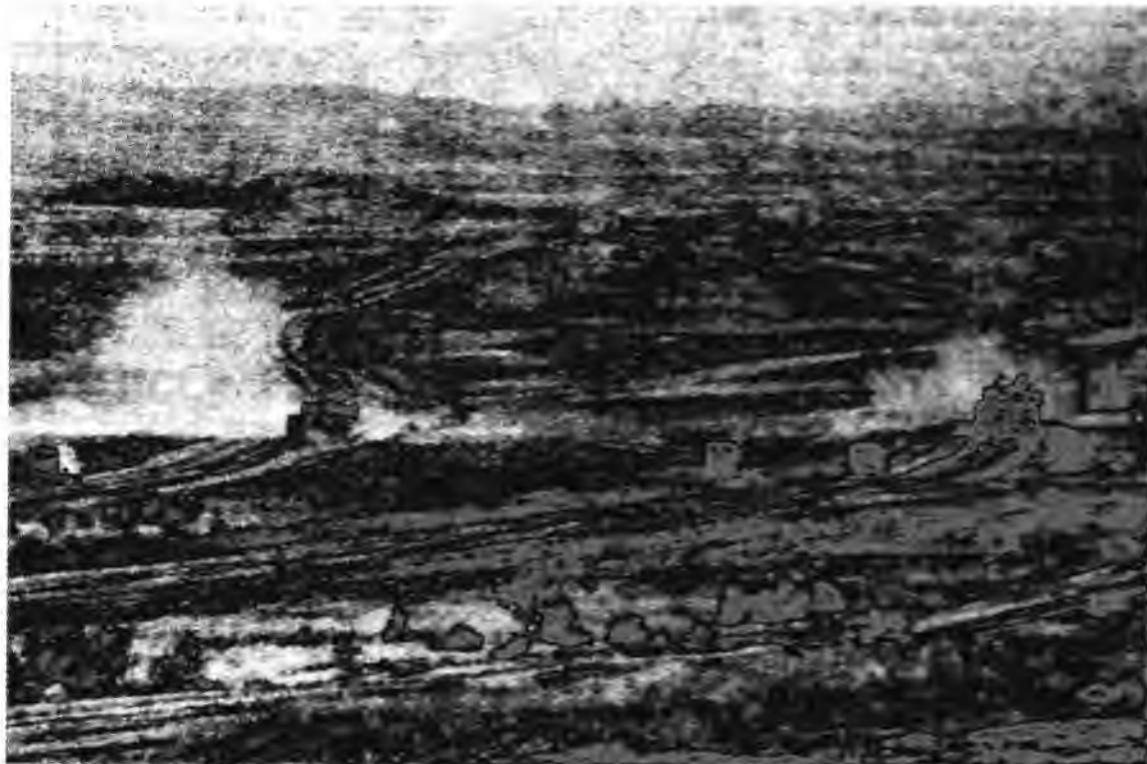
bedacht. Von den Gewerkschaften, der Vertreterin der Grünen und aus dem Saal wurde gefordert, daß der Bund Umstrukturierungen zu bezahlen habe, wobei Andrea Hoops als einzige verlangte, daß diese Zahlungen zu Lasten des Rüstungshaushaltes zu gehen haben.

Glogowski: Streitkräfte in strukturschwachen Gebieten

Anläßlich der Amtseinführung des neuen Regierungspräsidenten in Lüneburg äußerte sich der neue Innenminister Niedersachsens, Glogowski, zu den militärischen Einrichtungen und Aktivitäten im Lande. Klare Worte fielen zum Soltau-Lüneburg-Abkommen: „Mit aller Kraft“ will sich die niedersächsische Landesregierung für dessen Kündigung einsetzen. Die Begründung allerdings läßt einen mutmaßen, ob die SPD jetzt den Rechten den Rang ablaufen will: „Sie (die niedersächsische Landesregierung, d.V.) ist der Auffassung, daß es in Zukunft Sonderrecht für die Alliierten auf deutschem Boden nicht mehr geben darf.“ Von der Forderung nach Kündigung des Soltau-Lüneburg-Abkommens abgesehen, ist hier in der Heide nichts Gutes zu erwarten. So sprach sich Glogowski nicht nur gegen „die kompromißlose Beseitigung aller militärischen Einrichtungen auf niedersächsischem Boden...“, sei es der Bundeswehr oder der Alliierten,“ aus. Er erklärte, „daß es wünschenswert und relativ unproblematisch sein wird, Truppen aus Ballungsräumen abzugeben, wo gegen der Verbleib von Streitkräften in strukturschwachen Gebieten angestrebt werden sollte.“ Da macht der Mann also eine Folge der militärischen Belastungen plötzlich zur Bedingung für die Aufrechterhaltung der Militärpräsenz!

Für BRD-Streitkräfte zukünftig „Vielfalt operativer Optionen“

Am 20.6. erweiterte das Panzermuseum Munster seine Kriegsgüterausstellung um einen Sturmpanzerwagen A 7 V, der von der kaiserlichen Armee im Ersten Weltkrieg eingesetzt worden war. Zu diesem Anlaß äußerte sich als hoher Gast der stellvertretende Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Schulz, zur Zukunft und den Aufgaben der Bundeswehr. Er betonte dabei die Bedeutung der Panzertruppe, die auch für ein kleineres Heer „der Kern“ bleibe. Ergänzt werden müsse sie „durch Kräfte für weitreichende Aufklärung, Luftbeweglichkeit, hohe artilleristische Feuerkraft und die Fähigkeit zum weiträumigen Sperren weniger bedrohter Abschnitte“. Mit der Einverleibung der DDR sieht er die möglichen Aufgaben der Bundeswehr keineswegs schwunden, sondern sich vervielfältigen: „Je mehr die bisherige ‚Frontlage‘ der Bundesrepublik verblasste, desto vielfältiger würden die operativen Optionen, die beweglicher und flexibel einsetzbare Streitkräfte erforderten“ (Böhme Zeitung, 25. 6. 1990)



Nato-Schießplatz Bergen. Mit 31 250 ha größtes westeuropäisches Manövergelände für Übungen gepanzerter Truppen bis zu Brigadestärke. Ende August äußerte sich der Platzkommandant, Oberst Schulze-Büttger, gegenüber Gästen aus den Randgemeinden des Übungsgebietes klar und eindeutig: Auf dem Platz wird weiter scharf geschossen werden. Über mögliche Verringerungen an Übungen gab er nur Vermutungen von sich. Sicherer und leiser als bisher soll es nur zugehen. Daten darüber, wie laut es tatsächlich ist, hat das Bundesverteidigungsministerium bisher nicht herausgerückt, obwohl es nach dem Bundesimmissionsschutz-Gesetz seit 1986 dazu verpflichtet ist. Die niedersächsische Umweltministerin Griefahn drängt jetzt auf Offenlegung.

Reaktionäre gespalten

CDU und Stadtverwaltung schüren „Bürgerprotest“ in Essen

Essen. Erfreulich ist die Spaltung des erst vor wenigen Wochen gebildeten Zusammenschlusses der „Essener Bürgerinitiativen“ gegen Asylrechtsmißbrauch“. Am 24. 9. erklärten die Initiativen von Schonnebeck und Kray ihren Austritt. Anlaß war eine von der Initiative „Essen ist voll“ im Stadtteil Stadtwald eigenmächtig unter dem Namen des Zusammenschlusses geschaltete offene rassistische Zeitungsanzeige.

In der Anzeige wurde die Ausgrenzung von Flüchtlingen gefordert: „Raus aus den Wohngebieten — kein Zuzug in Wohngebiete! Menschenwürdige Unterbringung außerhalb der Wohngebiete! Schnelle, faire Asylverfahren!“ Damit wird Sammelagern in abgelegenen Industriebrachen u.ä., möglichst weit weg von allen Infrastruktureinrichtungen, das Wort geredet. Was kann daran noch „menschewürdig“ sein?

Kampagnenmäßig hat die CDU in Essen in den letzten Wochen diese Stimmung geschürt. Mit einem in offensichtlich hoher Auflage verteilten Flugblatt liefert die CDU-Ratsfraktion die politischen Stichworte für die Hetze, guter Boden für die Faschisten: Auf Versammlungen verbreiteten Rep und NPD völlig ungestört ihre Flugblätter.

Der von ihr mit angestachelte „Bürgerprotest“ dient der CDU nur dazu, die SPD-Landesregierung zu einer immer restriktiveren Asylpolitik zu drängen. Der CDU-Landtagsabgeordnete Britz machte sich auf einer Kundgebung der „Initiativen“ mit 750 Menschen demagogisch zum Sprecher des „Bürgerprotestes“. „Ohne Ihre Hilfe wäre es in Düsseldorf nicht zu einem Umdenken gekommen.“ Schon jetzt hat die Landesregierung beschlossen, Flüchtlinge in Sammelunterkünfte zusammenzupferchen und die Sozialhilfe nicht mehr bar auszuzahlen. Bereits seit Anfang 1990 wurden durch die Einrichtung „Zentraler Anlaufstellen“ die Asylverfahren erheblich beschleunigt.

In ihrer Stellungnahme betont die Kray Initiative, daß es ihr darum gehe, daß in Kray-Leithe überproportional viele Flüchtlinge untergebracht sind. Sie weist damit auf die Verantwortung hin, die die auf Provokation angelegte Unterbringungspolitik der Stadtverwaltungsspitze an der verbreiteten Hetze hat.

Noch in der Stadtratssitzung im August haben SPD (absolute Mehrheit) und Grüne die Verwaltung aufgefordert, für eine menschenwürdige Unterbringung und Behandlung der Flüchtlinge zu sorgen. Sie sprechen sich für eine verbesserte soziale Betreuung und dezentrale Unterbringung aus. Dadurch würde weitgehend auch das Problem gelöst, daß bei Zugrundlegung der Richtlinien des Regierungspräsidenten nur wenige geeignete Flächen für die geplanten

Containerlager da sind. Für kleine Einheiten wären erheblich mehr Flächen da, als für den Bau für Containerlager für 150, 200 oder sogar 400 Flüchtlinge.

Die Verwaltung setzte sich darüber hinweg, die SPD-Ratsfraktion duldet es: Wenige Tage nach dem Ratsbeschluß ließ die von Oberstadtdirektor Busch und Sozialdezernent Herber angeordnete Belegung von Turnhallen mit Flüchtlingen die Emotionen hoch gehen. Zwei Turnhallen wurden von den Sportlern mehrere Tage besetzt. Eine der Turnhallen wird von über 600 Sportlern genutzt, während nur 19 Flüchtlinge untergebracht werden können. Das provokante Vorgehen (kurzfristige telefonische Mitteilung an die Vereine) war zudem nicht rechtens: In einer einstweiligen Verfügung stellt das Verwaltungsgericht fest, daß die Anordnung der Stadt erhebliche formale Mängel habe. Da die Verwaltungsspitze dies wissen mußte, liegt die Vermutung nahe, daß sie bewußt die Auseinandersetzung schürt.

Trotzdem, von einem grundsätzlichen Abrücken von den reaktionären Positionen des „Stadtverbandes“ kann bei den ausgetretenen Initiativen keine Rede sein. Inhaltlich von der CDU übernommen ist auch die demagogische Formulierung: „Politisches Asyl für politisch Verfolgte: Ja! Mißbrauch und Beugung: Nein!“ Damit werden Menschen, die aus Not und Elend geflohen sind, in die Nähe von Kriminellen gerückt, die „Recht mißbrauchen“, wenn sie ihr Recht auf Asyl wahrnehmen. Ausgangspunkt auch der Kray Initiative ist nach wie vor die vermeintliche Bedrohung der „Deutschen“, wenn sie schreibt: „Sofortiges Handeln der Politiker zum Schutz und Wohl der Bürger.“

Antifaschistische Kräfte haben jetzt eine Gegenaktion gegen die rassistische und völkische Hetze gestartet. In mehreren Stadtteilen wurden rund 6000 Flugblätter der Stadtteilgruppe West der Grünen und des Antifa-Forums als Wurfendenungen verbreitet, die DKP befaßte sich in Stadtteilzeitungen mit dem Thema. Die Forderungen in dem vom Antifa-Forum herausgegebenen Flugblatt „Asylrecht ist Menschenrecht“ lauten: „Keine Einschränkung des Asylrechts! Anerkennung der Roma und Sinti als Staatenlose! Bleiberecht! Dezentrale Unterbringung im ganzen Stadtgebiet in kleinen Wohneinheiten! Wirksame soziale Betreuung von Flüchtlingen! Aufhebung des Arbeitsverbots!“

Der Ausländerbeirat beschloß auf einer Sondersitzung, zusammen mit dem Sozialausschuß eine größere Veranstaltung im Rathaus durchzuführen. Gruppierungen, die einen Beitrag gegen die Hetze leisten, sollen dazu eingeladen werden. — (syb)

„Halt's Maul, Deutschland, uns reicht's“

Berlin. Zum Jubelabend am 2. Oktober am Brandenburger Tor fanden sich einige tausend Leute ein, die mit dem Büro für ungewöhnliche Maßnahmen DDR-Fahnen schwenkten, eine soll sogar den Weg durch das Tor geschafft haben, einen Bundesadler auf Mercedesstern mitführten sowie ein riesiges Aerschloch mit der Aufschrift „Zweigeteilt? Niemals!“ Die Feiernden reagierten mit Rempelen. Am 3. Oktober waren es ca. 15.000, die für „Halt's Maul, Deutschland“ demonstrierten. Den Teilnehmern kam es auf einen nicht gewaltsamen Verlauf an. Daß im Anschluß an die Kundgebung ca. 700 die übliche Schlacht wieder auf dem Alexanderplatz bestritten, liegt wohl nicht nur an Sorge um die Entwicklung der DDR, sondern auch an dem Bemühen, einen Absatzmarkt für spezielle westdeutsche Auseinandersetzungsformen zu erschließen. — (chk)

Feierlichkeiten und Proteste am 3. Oktober

Stuttgart. Tagsüber war das Bild der Innenstadt eher geprägt von Protestaktionen gegen die DDR-Annexion. Am Nachmittag fand eine Demonstration von über 500 statt, zu der die „Bunte Jugend gegen Rechts“ aufgerufen hatte. Die Parolen der zumeist Jugendlichen waren durchweg antinationalistisch und antifaschistisch. Außer dem Berichtstatter der „Stuttgarter Zeitung“ hat niemand Steine fliegen sehen. Am Morgen, bei der festlichen Pflanzung einer Kastanie durch Vertreter der Stadt, flogen lediglich Knaller, Eier und ... ? Genau! Kastanien! Unter den Klängen antinationalistischer Lieder und Parolen gruben einige Leute die soeben gepflanzte Kastanie wieder aus, was die anwesenden Damen und Herren von CDU/FDP/SPD etwas fuchtig machte. Ärgerlich war ihnen wohl auch, daß die anderswo von CDUlern gepflanzte Eiche alsbald in abgesägtem Zustand vorgefunden wurde. Beide Bäume genießen jetzt Polizeischutz. — (heb)

Faschisten kandidieren zur Oberbürgermeister-Wahl

Stuttgart. Der NPD-Landesvorsitzende Schützinger, Gemeinderat in Villingen-Schwenningen, hat seine Kandidatur zu den OB-Wahlen am 4. November angekündigt. Er will sich besonders gegen die „Überfremdungspolitik des sattsam bekannten derzeitigen Stelleninhabers“ wenden. Damit kandidiert ein ganzes Spektrum von Faschisten und Rechten, nämlich außerdem Pape (FAP) und Schlierer (Republikaner). Die SPD hatte auf einen eigenen Kandidaten zugunsten des amtierenden OB Rommel (CDU) verzichtet; die Grünen haben mit Rezzo Schlauch einen Kandidaten aufgestellt, der für Linke eher nicht wählbar ist. Am 23. Oktober findet die offizielle Kandidatenvorstellung statt. — (alk)

Innenminister zum Überfall auf Kurdistan-Zentrum

Düsseldorf. Die Fraktion der Grünen im Landtag NRW befragte die Landesregierung nach den rechtlichen Grundlagen des SEK-Überfalls gegen das Kurdistan-Zentrum in Bielefeld am 2. 9. (s. Politische Berichte Nr. 19), und sie kritisierte die unverhältnismäßige Härte des Einsatzes. Am 19. 9. antwortete der Innenminister Schnoor im Landtag: „Die Frage nach der Rechtsgrundlage des Einsatzes ist zuständigkeitshalber von der hierfür verantwortlichen Stelle zu beantworten. Die Leitung des Einsatzes lag nicht bei einer Behörde des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern beim Bundeskriminalamt. Der Polizeipräsident Bielefeld hat nach § 8 Abs. 3 des BKA-Gesetzes das BKA beim Versuch der Festnahme eines mit Haftbefehl des Bundesgerichtshofes wegen des dringenden Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und des Mordes gesuchten Kurden unterstützt.“ Nachdem er die politische Verantwortung abschieben will, verteidigt er dann das brutale Vorgehen des SEK: „Die Durchsuchung ist nicht mit unverhältnismäßiger Härte erfolgt ... bleibt die Feststellung, daß ein SEK-Einsatz in dieser Form aufgrund seiner psychischen Intensität zu einer Art vorübergehenden Schockwirkung führen dürfte. Dies ist beabsichtigt und kann z. B. unter Eigensicherungsaspekten lebensrettend sein. Einem betroffenen Unschuldigen ist dies kaum verständlich und einsehbar zu vermitteln.“ Zur brutalen Behandlung der Kinder, die sich auf den Boden legen mußten, meinte Schnoor lapidar, daß sie, als sie als Kinder erkannt wurden, ja wieder aufstehen durften. (Quelle: Kabinetttvorlage, Sprechzettel Dr. Schnoor 9.1990 — stb)

Luftwaffenschau in Burgdorf

Burgdorf. Mit einer Stimme mehr (CDU, FDP, Freie Burgdorfer gegen SPD und Grüne) beschloß der Burgdorfer Gemeinderat nach heftigen Auseinandersetzungen, der Bundeswehr die Möglichkeit einer Selbstdarstellung in Form einer Waffen-Schau zu geben. Der Rat der Stadt Lehrte hatte kurz zuvor das Ansinnen der Luftwaffe zurückgewiesen. In Burgdorf formierte sich der Widerstand gegen die Schau, getragen vom Antikriegshaus Sievershausen, dem DGB Ortskartell, der SPD, dem Antifaschistischen Arbeitskreis und Vertretern der evangelischen Kirche. Die Gegner der Schau konnten drei Tage einen Informationsstand am Ausstellungsgelände organisieren und verteilen ein Flugblatt, in dem u.a. auf den aggressiven Charakter der Bundeswehr hingewiesen wurde. — (abc)

Rassistische Hetzversammlung von Baukapitalist und CDU

Freiburg. Am 4. 9. protestierten etliche Menschen gegen die von Baukapitalist Brenzinger und der CDU einberufene Hetzversammlung gegen die „unübersehbare Ansammlung von Berbern, Punks und Romas mit allen Begleitscheinungen, das aggressive Betteln dieses Personenkreises“, so Brenzinger an OB Böhme. „Bevor ... bei Bürgerversammlungen zu gezielten Aktionen gegen diesen Personenkreis aufgerufen wird, sollten dringende Sofortmaßnahmen in die Wege geleitet werden.“ Die Rep dazu: Nur „Zeitnot“ hielt die „Bürger“ davon ab, „ihren Forderungen ... auf der Straße den nötigen Nachdruck zu verschaffen und mal richtig ‚Dampf‘ zu machen“. — (ulb)



München. Gegen die Einmischung der BRD am Golf, gegen die Ausweitung des Einsatzbereiches von NATO und Bundeswehr, für eine Lösung der Konflikte des Nahen Ostens im Interesse aller beteiligten Völker dieser Region gegen die Wiedervereinigung protestierten am Vorabend der Vereinigung rd. 400 Menschen. Ein Kabarettgedachte auch gebührend des Todestages (3. 10.) von F.J. Strauß. — (ecg)

Republikanerhetze gegen Asylbewerber im Stadtrat

Die Stadt Stuttgart kommt Rep-Forderungen entgegen

Stuttgart. Die Fraktion der Republikaner nutzt im Gemeinderat jede sich bietende Gelegenheit, um gegen die ausländische Bevölkerung zu hetzen. Es war ein Erfolg des antifaschistischen Widerstands gegen die Rep-Kandidaturen,

daß sich kaum jemand leisten konnte, sich positiv auf die Republikaner zu beziehen. Die Hetzkampagne gegen die Asylbewerber wollen diese jetzt nutzen, um sich und ihre Positionen in der Öffentlichkeit weiter zu etablieren.

In einem Brief an das Regierungspräsidium erklärte der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel am 28. 9., ab dem 1. 10. sei „die Neuaufnahme von Asylbewerbern nicht mehr gewährleistet“. In Baden-Württemberg werden den Kommunen Asylbewerber nach einer bestimmten Aufnahmequote bezogen auf die Einwohnerzahl vom Land zugewiesen. Auf Grundlage von Arbeitsverbot, Residenzpflicht (Asylbewerber dürfen den Kreis nicht verlassen) und dem Zwang zur Unterbringung in Sammelunterkünften hat die Landesregierung in der Vergangenheit die Zuweisungspraxis genutzt, um die Kommunen für eine Verschärfung der Asylgesetze zu mobilisieren. Zwei Wochen vor Rommels Erklärung, die Stadt könne ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, hatten die Republikaner die Stadt aufgefordert, die weitere Aufnahme von Asylbewerbern bis auf weiteres zu verweigern. In dem Rep-Antrag wurde die Stadt darüber hinaus aufgefordert, sich bei Bund und Land für die Einführung eines Straftatbestandes des Asylbetrugs, für die Zurückweisung von Asylbewerbern bereits an der Grenze,

die Einrichtung von grenznahen Grenzgerichten mit Einzelrichtern und für die Abschiebung von Asylbewerbern nach vor Durchführung eines Strafverfahrens einzusetzen. Außerdem verlangten die Rep von der Stadt, Unterbringung nur noch in Sammelunterkünften, Kürzung des Taschengeldes und Verpflichtung zur Zwangsarbeit.

Die „Stuttgarter Zeitung“ nutzte die Erklärung Rommels, um ihm die unzureichende Beachtung des Rep-Antrags vorzuwerfen. Deren Forderungen nach „neuen Lösungen“ und Sammelunterbringung wurden indirekt unterstützt. Während z.B. die Versorgung und Unterbringung Tausender von Aussiedlern innerhalb von kürzester Zeit im vergangenen Jahr durchaus bewältigt werden konnte, wird jetzt der Eindruck erweckt, die weitere Aufnahme von ein paar hundert Flüchtlingen bringe die Stadt geradezu in eine Notstandssituation. Die öffentliche Meinung wird so für Positionen breitgeklopft, wie sie in dem genannten Republikanerantrag ausgeführt werden. Die vielen Flüchtlinge stellen in einem so dicht besiedelten Land wie der BRD ein Umweltproblem dar. Dies

erinnert doch sehr stark an die faschistische Propaganda des „Volkes ohne Raum“ und rücksichtslose Abschiebungen stellen sozusagen eine Maßnahme der „Entsorgung“ dar. Weiter behaupten die Republikaner, „soziale Leistungsdefizite“ bei der Alten-, Kranken- und Kinderversorgung seien nicht etwa das Ergebnis ständiger Kürzungen sozialer Leistungen zugunsten der Förderung von Kapitalinteressen, sondern entstünden durch die Kostenentwicklung bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Sie stützen sich dabei direkt auf die Politik der Landesregierung, die die weitere soziale Diskriminierung der Flüchtlinge ebenfalls mit Kosteneinsparungen begründet.

Am Montag, den 1. 10., trafen sich Vertreter der Stadt Stuttgart mit dem Regierungspräsidenten. Erwartungsgemäß bestand das Regierungspräsidium auf Erfüllung der Aufnahmequote. Den städtischen Vertretern war dies von vornherein klar gewesen. Sie wollten Rommels Erklärung lediglich als „außergewöhnlichen Hilferuf“ verstanden wissen. Das faschistische Fußvolk wird den Ruf verstanden haben. — (rac)

Sind Soldaten potentielle Mörder?

Amtsgericht verurteilt Kriegsdienstgegner zu Geldstrafen

München. Am 22. 11. 1989 spannten Gerti Kiermeier und Christian Wunner vor einem Informationsstand der Bundeswehr in der Münchner Olympiahalle, wo ansonsten die „Greger-Racing-Show“ stattfand, ein Transparent mit der Aufschrift „Soldaten sind potentielle Mörder/Kriegsdienstverweigerer“. Die vier Soldaten, die den Informationsstand betrieben, hatten Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Nachdem Gerti und Christian gegen den Strafbefehl von je 30 Tagessätzen zu 50 DM Widerspruch eingelegt hatten, kam es am 21. 9. 1990 vor dem Münchner Amtsgericht zur Verhandlung.

Der zuständige Richter zeigte zwar Verständnis für das Anliegen der Kriegsdienstgegner. Krieg sei immer eine schlimme Sache, allerdings sei Töten auf Befehl nicht gleich Mord. Und es gehöre „zu den Erziehungsaufgaben der Offiziere ... zum Töten auszubilden“. Den Vorwurf der „Beleidigung“ ließ er aber stehen und reduzierte lediglich das Strafmaß auf jeweils 15 Tagessätze zu 50 DM — genau die Hälfte.

Interessant ist, daß Oberstleutnant Kunhard Graf von Plettenberg, einer der vier Soldaten, die die Anzeige wegen „Beleidigung“ gestellt hatten, im Zeugenaussage zugab, daß z.B. die Bombardierung von Dresden und Hiroshima Massenmord war. Womit eigentlich so-

gar er den Angeklagten indirekt Recht gibt, vor allem weil den Politikern und Generälen doch heutzutage ein wesentlich größeres und noch vernichtenderes Waffenarsenal zur Verfügung steht.

Gerti und Christian werden gegen das Urteil Berufung einlegen und notfalls bis zum Verfassungsgericht gehen. Gerti weist in ihrer persönlichen Erklärung darauf hin, daß die Bundeswehr die jungen Leute mit moderner Technik gewinnen wolle, ohne daß der eigentliche Zweck des Soldatseins, „Städte zu bombardieren, Schiffe zu versenken, Flugzeuge abzuschießen, Menschen zu töten“, angesprochen werde.

Rechtsanwalt Frank Niepel fordert eine öffentliche Auseinandersetzung zu diesem Problem und will erreichen, daß die Justiz solche Erklärungen nicht länger verurteilt: „Ich werde mich darum bemühen, daß Hunderte von Menschen im gesamten Bundesgebiet erklären ‚Soldaten sind potentielle Mörder‘“.

Im Oktober 1989 wurde bereits der Arzt Augst vom Landgericht Frankfurt in dritter Instanz freigesprochen, angeklagt war er wegen der Äußerung „Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder“, die er 1984 während einer Podiumsdiskussion vor Schülern getan hatte. Allerdings wurde der Freispruch mit der konkreten, erhitzten Situation begründet. — (chl, ecg)

Kritik am Gewerkschaftstag

Funktionärsversammlung kritisiert Beschlüsse der IG Chemie

Hamburg. Gut 50 Funktionäre der Verwaltungsstelle Hamburg kamen am 12.9. nach dem Gewerkschaftstag, auf dem der Zusammenschluß mit der Chemiegewerkschaft der DDR beschlossen wurde, zu einer Funktionärsversammlung, auf der über die Ergebnisse berichtet werden sollte. Hermann Rappe hatte dort in einem Beitrag festgehalten:

„Wir fühlen uns nach dem Zusammenbruch der parteikommunistisch und staatlich gelenkten Systeme mehr als bestätigt in der Richtigkeit unserer Positionsbeschreibung und Zielsetzung. Ich denke, es ist nun auch an der Zeit, daß sich die Gewerkschaften klar für die soziale Marktwirtschaft heute und in Zukunft aussprechen, denn sie hat ihre Bewährungsprobe als Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell bestanden.“

An diesen Auffassungen gab es Kritik. Kritisiert wurde u.a., daß die IG Chemie die Politik unterstützt, die sämtliche sozialen Gesetze in der DDR, auch diejenigen, die besser sind als in der BRD, einreißen will. Mit einem Schlag haben die Kapitalisten jetzt geschafft, was sie gegen die Gewerkschaften in der BRD schon immer durchsetzen wollten: unterschiedliche Tarifverträge, die sich an der Wirtschaftsentwicklung der Region orientieren. Die Tarifpolitik auf dem Gebiet der ehemaligen DDR soll anderen Gesetzmäßigkeiten folgen. Das ist

die offizielle Position. Der Verwaltungsvorstand in Hamburg verteidigte dies und kündigte an, daß auch der Entgelttarifvertrag übernommen werden soll — also nicht nur Niedriglöhne in der DDR, sondern auch noch differenzierte Niedriglöhne.

Auch die Auffassung der IG Chemie zur sozialen Marktwirtschaft wurde kritisiert. Ob nicht festgestellt worden sei, daß sich die Widersprüche in der sogenannten sozialen Marktwirtschaft vergrößert hätten, die Armut sich ausgedehne und die Macht der Konzerne steige. Wie könne man dann zu der Auffassung gelangen, daß die soziale Marktwirtschaft das Ende der Geschichte bedeuten soll. Nach ihr könne ja nach Auffassung von Rappe nichts mehr kommen.

Auf die Frage, ob man denn ein Beispiel nennen könne aus der Geschichte der letzten 50 Jahre, wo die Ausdehnung der kapitalistischen Gesellschaft auf ein anderes Land, diesem Land Fortschritt gebracht hätte, wurde nicht geantwortet.

Es gab noch eine Reihe von Argumenten. Die Meinung im Saal war durchaus geteilt. Bei den Sozialdemokraten wenig Begeisterung, aber treue Gefolgschaft mit dünnen Argumenten. Die Auseinandersetzung in der Gewerkschaft lohnt sich also, vor allem dann, wenn sie direkt und ohne argumentative Umwege gesucht wird. — (güt)

Tarifvertrag in der ehemaligen DDR abgeschlossen

ÖTV: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit kein gewerkschaftliches Prinzip mehr?

Westberlin. In der Öffentlichkeit noch recht wenig bekannt ist, daß zwischen dem Dienstherrn einerseits und den Gewerkschaften ÖTV und DAG andererseits ein Tarifvertrag vereinbart wurde, der die Anwendung der im öffentlichen

Dienst gültigen Tarifverträge (z. B. BAT, BMT-G) auf Beschäftigte im Gebiet der ehemaligen DDR ausschließt. Damit gibt es im öffentlichen Dienst regional unterschiedliche Tarifstrukturen. Dies ist eine völlig neue Situation.

Normalerweise veröffentlichen die Gewerkschaften abgeschlossene Tarifverträge zuerst und sorgen so dafür, daß die Inhalte bekannt werden.

So nicht dieses Mal. Über den am 1. August abgeschlossenen Tarifvertrag erfuhren die Mitglieder der ÖTV im Bezirk Berlin erst durch eine Veröffentlichung der Senatsverwaltung für Inneres in der letzten Septemberwoche.

Der Tarifvertrag umfaßt nur einen Paragraphen:

„(1) Die zwischen den Tarifvertragsparteien abgeschlossenen Tarifverträge finden auf Angestellte, Arbeiter und zu ihrer Ausbildung Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (einschließlich Berlin-Ost) auch nach dem Beitritt ... bis auf weiteres keine Anwendung.“

(2) Im Gebiet des vereinigten Berlin gilt Absatz 1 unabhängig von der Gelegenheit der Verwaltung/des Betriebes für Personen, die am 1. September 1990 ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet nach Artikel 3 des Einigungsvertrages (also in der DDR und Ostberlin, d. Verf.) hatten oder nach diesem Zeitpunkt dortin verlegen, so-

fern das Beschäftigungsverhältnis nicht bereits den in Absatz 1 genannten Tarifverträgen unterlegen hat ...“

Mit diesem Tarifvertrag kommen die Gewerkschaften den Forderungen der Bundesregierung nach, die bereits im ersten Staatsvertrag und erneut im sogenannten Einigungsvertrag die Sonderbehandlung verlangt hatte.

Die Auswirkungen sind gravierend. In allen grenznahen Gebieten und in Berlin wird es in den Dienststellen Beschäftigte mit unterschiedlichen Arbeitsbedingungen geben: 42- statt 38,5-Stunden-Woche, 25 statt 29 bzw. 30 Urlaubstage usw. — und das zu einem Entgelt von voraussichtlich nur 50 % des sonst üblichen.

In der Mitgliedschaft der ÖTV hat die Zustimmung der ÖTV zum Tarifvertrag die schärfsten Proteste hervorgerufen. Nicht nur die Tatsache, daß die Mitgliedschaft durch die Geheimhaltung der Verhandlungen aus der Diskussion ausgeschlossen wurde, sondern vor allem das Abgehen von dem gewerkschaftlichen Prinzip, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, stößt auf Widerstand.

So schreibt die Betriebsgruppe der ÖTV an der Technischen Universität: „Mit dieser Haltung beteiligt sich die ÖTV an der durch die Bundesregierung auf fast allen Gebieten praktizierten Diskriminierung der Bewohner der ehemaligen DDR, insbesondere der — von uns zu vertretenden — abhängig Beschäftigten ...“

Der öffentliche Dienst ist zu sparsamer Haushaltsführung verpflichtet. Wie soll verhindert werden, daß zukünftig mit diesem Argument vorrangig billigere Arbeitskräfte aus der ehemaligen DDR eingestellt werden ...

Solidarisches gewerkschaftliches Handeln, zum Beispiel in den nächsten Tarifrunden, wird durch eine solche Politik unmöglich gemacht. Sie spaltet die Gewerkschaften!“

Seit dem 4. Oktober wird über die „zügige — schrittweise — Übernahme des Tarifvertragssystems der Bundesrepublik“ verhandelt. In der gegebenen Situation wäre es dann aber schon sinnvoller, statt Übernahme der Tarifstruktur den Abbau der Einkommenshierarchie und -differenzierung zu fordern. — (har)

VW: Der DDR-Ifa-PKW „moralisch verbunden“

Hannover. Erst verkündete der VW-Konzern, ein eigenes DDR-Fahrzeugmodell zu fertigen. Mit Aussicht auf die verschwindende Souveränität der DDR legte Vorstandsvorsitzender Hahn diese Absicht zu den Akten. Dann sollte in Kooperation mit dem DDR-Fahrzeugkombinat IFA gemeinsam produziert werden. Mit dem Anschluß ist auch das nicht mehr nötig. VW wird eine Konzerntochter „VW-Sachsen“ gründen. Damit muß VW nicht für Sozialplanansprüche ehemaliger IFA-Beschäftigter eintreten, ist nicht an bisherige Tarifstrukturen gebunden. Die „35 000 neuen Arbeitsplätze“, die angeblich geschaffen werden, entpuppen sich als olympiareife Auswahl der IFA-Belegschaft. Die gerade laufenden VW-Tarifverhandlungen bieten die Möglichkeit, diese Probleme mit zu berücksichtigen. — (gka)

Krupp Wohnungsbau: Beschluß eines Ratsausschusses

Essen. Mit den Stimmen von SPD und GAL hat der Ratsausschuß für Stadtentwicklung und -planung auf seiner letzten Sitzung eine Resolution gegen die Wohnungsvergabe-Richtlinien von Krupp Wohnungsbau beschlossen. In den neuen Vergabe-Richtlinien werden u.a. detaillierte Auskünfte über die finanziellen Verhältnisse von Wohnungsbewerbern und Auskünfte des Vorvermieters über den Bewerber verlangt. Der Ausschuß sieht darin einen zu tiefen Eingriff in die Privatsphäre von Wohnungsbewerbern, außerdem diskriminieren die Richtlinien „sozial Schwache“. Die Resolution soll auch in der Arbeitsgemeinschaft der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften erörtert werden. — (wof)

DGB bekräftigt Forderung nach Verbot der Leiharbeit

Düsseldorf. Der DGB Landesbezirk Nordrhein-Westfalen hat seine Forderung nach einem Verbot der Leiharbeit bekräftigt. Die Legalisierung der Arbeitnehmer-Überlassung habe den Boden für einen „unüberschaubaren kriminellen Markt“ bereitet, so DGB-Landesvorsitzender Mahlberg.

Dabei bezieht er sich auf Aussagen der Gewerbeaufsicht, nach deren Angaben schon vor dem 3.10. vor allem auf Baustellen immer mehr illegale Firmen und illegale Leiharbeiter aus dem Gebiet der DDR angetroffen wurden. Obwohl sie oft unter erheblichen Unfall- und Gesundheitsgefahren arbeiten müssen, erhielten sie Stundenlöhne von selten mehr als 6 DM für Arbeiten, für die üblicherweise das Dreifache gezahlt wird. Eingesetzt werden die Leiharbeiter über Subunternehmer, die teilweise von großen Konzernen beauftragt werden. Auf der Bundestags-Baustelle in Bonn waren im September z.B. Starkstromelektriker aus Leipzig beschäftigt, die für 5,85 Mark pro Stunde Aufträge für Siemens und AEG abwickelten.

Landesarbeitsminister Heinemann (SPD) hat sich unter anderem für höhere Bußgelder und eine strafrechtliche Verfolgung besonders schwerer Verstöße gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ausgesprochen. Im Gesetz müsse außerdem geregelt werden, daß Leiharbeiter nicht schlechter bezahlt werden dürfen, als ihre festgestellten Kollegen.

Das Bundesbauministerium wies demgegenüber darauf hin, daß der Einsatz von Leiharbeitern aus dem Gebiet der DDR auch zu dortigen Tarifen völlig legal sei, solange sie sozialversichert sind. — (wof)

IG Metall-Vorstand will zweierlei Mitglieder

Heidelberg. Darauf zielen die Satzungsänderungsanträge zum zweiten a.o. Gewerkschaftstag am 1.11., Satzungsleistungen (Beitragsrückzahlung im Rentenfalle) für ab dem 1.11.1990 ein- und übergetretene Mitglieder zu streichen, die Widerspruchsfrist des Vorstands und der Ortsverwaltungen gegen Neuaufnahmen auf dem Gebiet der DDR von drei auf zwölf Monate zu verlängern und Mitglieder der IGM der DDR nicht en bloc sondern „handverlesen“, nur auf Antrag und erst zum 1.1.1991 zu übernehmen. Gegen diese Absicht wandte sich die erweiterte Ortsverwaltung der IGM-Verwaltungsstelle Heidelberg und verabschiedete am 2.10. im Auftrag der örtlichen Vertreterversammlung zwei Änderungsanträge an den a.o. Gewerkschaftstag sowie eine Empfehlung an die Delegierten aus Heidelberg, die Leistungsstreichung abzulehnen. — (has)

Lohnerhöhung für Pflegekräfte?

Heidelberg. Die Landesregierung Baden-Württemberg hat den Pflegekräften auf Intensivstationen und bei besonders pflegebedürftigen Personen eine Zulage von durchschnittlich 300 DM in Aussicht gestellt. Noch vor den nächsten Tarifverhandlungen will die Landesregierung über eine außerordentliche Anhebung der Altersstufen, von drei bis vier ist die Rede, beraten. Wer diese Zulagen bezahlen soll, ist unklar. Im Auge hat die Landesregierung eigentlich nur ihre Unikliniken, weil dort ca. zehn Prozent der Stellen nicht besetzt sind. Hiervon betroffen sind meistens die Intensivstationen und die sog. Elitestationen für Lebertransplantationen o.ä. Daß gerade dort die Abwanderung besonders hoch ist, bestätigte der Regierungssprecher. Auch die Ausbildungssituation verschlechtert sich an den Unikliniken immer mehr. 1986 wurden noch insgesamt an den Unikliniken 4200 Pflegegeschüler ausgebildet, jetzt sind es gerade noch 1000. — (irs)

Zeitungszustellerinnen fordern Tarifvertrag

Stuttgart. Die Mannheimer Pressevertriebs GmbH (MPV), eine Tochter des „Mannheimer Morgen“, legte gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichts Stuttgart, wonach mit der IG Medien über einen Haustarifvertrag verhandelt werden muß, Widerspruch ein. Die Firma will einen Tarifvertrag mit allen Mitteln verhindern. Die Betriebsratsvorsitzende teilte mit, der Streikaufruf der IG Medien sei sehr gut befolgt worden. Die Firma versuche jetzt, die Beschäftigten zu spalten. Sie habe innerbetriebliche Lohnerhöhungen um 6,7 % angeboten. Die IG Medien hat weitere Kampfmaßnahmen angekündigt, wenn die MPV bis zum 4.10. nicht verhandlungsbereit sei. Quelle: „Kontrapunkt“ — (evc)

Reaktion will Dienstpflicht

Kürzerer Zivildienst: soziale Dienste werden eingeschränkt

Stuttgart. Am 5.10.1990 beschloß die Bundesregierung, die Ersatzdienstzeit der Zivildienstleistenden (ZDL) von 20 auf 15 Monate zu verkürzen. Im Vorgriff auf diesen Beschluß wurden bereits zum 30. September mehr als ein Viertel der bundesweit rund 90 000 ZDL vorzeitig entlassen. In Stuttgart sind danach von 1500 Zivildienstleistenden noch 1000 übrig. Z.B. konnten von den zehn bei der „Aktion Multiple-Sklerose-Erkrankter“ beschäftigten ZDL sechs zum 30.9. ihre Entlassungspapiere entgegennehmen; sie betreuten die rund 250 daheim lebenden Multiple Sklerose Erkrankten in Stuttgart. Beim Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) waren bisher 50 ZDL im Behindertendienst, beim Mobilen Sozialen Hilfsdienst und in der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung tätig, ab 1.10. sind es 18 weniger. Der Stadtverband der Caritas mit bisher 160 ZDL und das Rote Kreuz mit bisher 100 ZDL verlieren etwa ein Viertel. Bei der Stadt wird der Weggang von 38 der 76 ZDL vor allem auf den Pflegestationen in den Altenheimen große Versorgungslücken aufreißen.

Ganze Zweige sozialer Versorgung funktionieren nur durch ZDL, speziell die individuelle Betreuung Schwerstbehinderter und mobile Hilfsdienste. Ohne oder mit erheblich weniger ZDL können viele dieser Dienste zunächst nicht mehr erbracht werden. Der Soziale Dienst des Roten Kreuzes und der ASB in Stuttgart verschickten kürzlich Kündigungs-schreiben an die Angehörigen von Behinderten, weil sie deren häusliche Betreuung nicht mehr gewährleisten können; dasselbe gilt für die Betreuung alter und kranker Menschen.

Statt die gesellschaftliche Versorgung der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen über Einrichtungen mit fest angestelltem, gut ausgebildetem und bezahltem Personal zu sichern, wurden staatlicherseits massenhaft ZDL-Plätze eingerichtet, um alle Kriegsdienstverweigerer sofort einziehen zu können. Der Staat bedient sich der billigen Arbeitskräfte, ohne Ausbildungs- und Nebenkosten, dem Gehorsamsprinzip unterworfen und der Rechte von Lohnabhängigen ledig. Der Bundesvorsitzende des ASB, Ehmer, rechnet mit rund drei Milliarden Mark jährlich, die von den Wohlfahrtsverbänden und den Trägern der Krankenhäuser für zusätzliches Personal ausgegeben werden müßten, wenn jetzt weniger ZDL eingesetzt werden können.

Die Regierungspolitik hat die entstandene Notsituation willentlich herbeigeführt, die jetzt den Boden für die neuerliche breite Diskussion um die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für junge Männer und Frauen hergibt. Neu ist diese Forderung nicht; immer wieder wird sie aufgestellt, wenn die Personalnot im sozialen Bereich besonders

schlimm wird. Die Diskussion darüber läuft quer durch Parteien und Wohlfahrtsverbände: einige Politiker von CDU und SPD haben sich dafür, andere dagegen ausgesprochen, der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Römer, befürwortet die allgemeine Dienstpflicht. Die Zivildienstreferenten des Diakonischen Werkes Hessen und Nassau wandten sich in einer öffentlichen Erklärung strikt dagegen, ebenso die Grünen im Bundestag, die darauf hingewiesen haben, daß es derartige Arbeitsdienstpflichten nur unter Hitler gegeben habe als Teil der Kriegsvorbereitung.

Ein allgemeiner Zwangsdienst ließe das Heer der billigen und entrechteten Arbeitskräfte anschwellen: Zehntausende befänden sich in Zwangsarbeitsverhältnissen — die Gesellschaft wäre weiter militarisiert. Milliarden DM an Lohngebern würden eingespart und für die Expansion frei. Eine so geschaffene, umfangreiche Niedrigstlohnzone bliebe nicht ohne Auswirkungen auf das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst und in anderen Bereichen.

Seitens der Gewerkschaften wird bisher der „Pflichtjahr“-Diskussion nicht entgegengetreten. Die ÖTV Baden-Württemberg sprach sich für ein Gehalt in Höhe des Wehrgelds für Längerdienende (ca. 1 650 DM/Monat) für diejenigen Zivildienstleistenden aus, welche freiwillig ihre Dienstzeit verlängern oder forderte Freistellung vom Wehr- oder Zivildienst für diejenigen, die sich für den Beruf der Kranken- oder Altenpflege entscheiden. Indem die ÖTV die Anrechnung der Pflegeausbildung auf den Zivildienst fordert, bezieht sie sich positiv auf den Arbeitsdienst für die Kriegsdienstverweigerer. Wie kann sie dann gegen die geplante Ausdehnung dieser staatlichen Zwangsmaßnahme auf alle Jugendlichen auftreten?

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband forderte in einem Anfang August an die Bundesregierung übermittelten „Soforthilfeprogramm“ die Einführung eines Zivildienstes auf Zeit analog zum Zeitsoldaten mit höherer Besoldung sowie die Aufwertung des „Freiwilligen Sozialen Jahres“. Diese Vorschläge laufen darauf hinaus, daß der Zivildienst bzw. ehrenamtliche Dienst weiterhin tragende Säule der sozialen Dienste und des Gesundheitswesens bleiben soll.

Nötig ist aber, reguläre Planstellen in einem Umfang zu schaffen, wie sie für die Versorgung, Betreuung und Pflege der kranken und alten Menschen nötig sind. Wenn die Entlohnung für diese Arbeit und die Arbeitsbedingungen rasch und grundlegend verbessert werden, findet sich auch das Personal, um die Planstellen zu besetzen. — (evo)



Hamburg. 40 000 Schüler und Lehrer auf dem Weg zum Hamburger Rathaus. Das hat den Senat am Tag nach der Einheit schon deutlich getroffen. Als von Lehrern angezettelter „Kinderkreuzzug“ diffamierte die Behörde die Aktion, mit der u.a. gegen den Ausfall von 10 000 Stunden Woche um Woche protestiert wurde. Erstmals riefen auch sieben Einzelgewerkschaften des DGB auf. — (mek)



Westberlin. Gegen die Einverleibung der DDR, für ein selbstbestimmtes Leben demonstrierten am 29. September ca. 15000, überwiegend Teilnehmerinnen, vom Westberliner Mehringplatz zum Ostberliner Lustgarten. Schwerpunkt der Demonstration war die ersatzlose Streichung des § 218. — (mam)

Aus Ländern und Gemeinden

Wie weiter mit der antikapitalistischen Linken?

Stuttgart. Stichpunktartig einige Themen aus der Diskussion beim Herbstfest, veranstaltet von der DKP in Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen: Von BWK-Seite wurde darauf hingewiesen, daß der Triumph der Marktwirtschaft angesichts der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung scheinbar ist und die Bourgeoisie weiter nach rechts gehen wird. Von VSP-Seite wurde vorgetragen, daß der Zusammenbruch der stalinistischen Diktaturen das Scheitern des Konzepts „Sozialismus in einem Land“ beweise. Vom KB wurde ein Bogen vom Ende der kriegskommunistischen Politik Lenins bis zum Zusammenbruch des Realsozialismus gespannt. Von der DKP wurde das weltweite Erstarken des Imperialismus betont; eine marxistische Partei bleibe notwendig. Der Genosse vom PDS-Landesvorstand Sachsen hielt eine Kapitalismuskritik nach wie vor für aktuell; ein Mitglied der AG junger GenossInnen bedauerte, daß er BRD-Bürger werden muß; von der kommunistischen Plattform wurde betont, wie wichtig die Verbindung zu Linken in den anderen osteuropäischen Ländern sei. — (alk)

Große Koalition für Nachtragshaushalt

Köln. Mit den Stimmen der Grünen verabschiedete der NRW-Landtag am 20.9. in dritter Lesung einen Nachtragshaushalt von 153 Millionen DM, der unter anderem 387 zusätzliche Stellen vorsieht. Diese Stellen sollen dem „Aufbau der ehemaligen DDR“ dienen und das Interesse an der „Einheit“ durch Karriereförderung aufmöbeln. Die CDU verlangte noch 25 weitere Stellen für Finanzbeamte, damit die Steuereinnahmen endlich auch in der DDR gesichert sind und fand damit die Unterstützung der FDP, aber keine Mehrheit. Dr. Manfred Bausch von der Grünen-Fraktion kritisierte, die DDR-Hilfe sei noch unterdimensioniert. Für ihre DDR-Pläne fand die NRW-Landesregierung einstimmige Unterstützung. — (uld)

Asylbewerber in Berghütte interniert

Traunstein. Das Landratsamt Traunstein hat im September 37 Asylbewerber in den in 1100 Meter Höhe gelegenen Berggasthof Breitenstein einquartiert. Diese Unterkunft ist nur mit berggängigen Fahrzeugen über eine Privatstraße zu erreichen, die keinen regulären Fahrverkehr zulasse, so daß die Flüchtlinge einen fast zweistündigen Fußmarsch vom nächstgelegenen Ort Schleching in den Berggasthof in Kauf nehmen müssen. Diesen und andere Gründe — zum Beispiel nicht ausreichende Wasserversorgung, zu wenig sanitäre Einrichtungen — führt der Landtagsabgeordnete Starzmann (SPD) an, der mit Recht von einer verrückten Entscheidung spricht, und fordert in einem Brief an den Regierungspräsidenten eine Rücknahme dieser Entscheidung. In dem Brief heißt es weiter: „Die 37 Asylbewerber müssen sich in der völligen Abgeschlossenheit der Bergwelt wie in einem Internierungslager vorkommen“. Das war von der CSU wohl gewünscht, damit die Flüchtlinge nicht das Tourismus-Geschäft stören. Auf diesen Protest hin wurde aber eine andere Unterkunft zugesagt. — (lsc)

Gefangene für Amnestie und gegen Sicherungsverwahrung

Freiburg. Über 200 Gefangene der Justizvollzugsanstalt forderten am 4.10. im Anschluß an den Hofgang lautstark eine Amnestie, wie sie in der DDR erlassen worden ist, und protestierten gegen den inhumanen Strafvollzug. Weiterhin forderten sie die Abschaffung der Sicherungsverwahrung („das ist noch ein Gesetz aus der NS-Zeit; in der DDR gab es dies schon lange nicht mehr“), gleiches Recht für Ausländer bei Urlaub und Ausgang, ein Stopp der Abschiebungen, wenn die Familien der Insassen in der BRD bleiben, Einhaltung der gesetzlich verankerten Resozialisierung sowie Angleichung der Lohnauszahlung. Der Anstaltsleiter versprach, daß die Protestaktion keine Folgen haben wird. Pressevertretern wurde ein Gespräch mit der Gefangenenvvertretung untersagt. — (ulb)

ÖTV-Kundgebung für den Erziehungs- und Pflegebereich

Hannover. Für die Beschäftigten in Kindertagesstätten, Heimen, der Sozialarbeit und Behinderteneinrichtungen fordert die ÖTV in den Tarifverhandlungen eine deutliche Anhebung der Einkommen, höhere Eingruppierung, Verbesserung der Ausbildungssituation sowie eine Qualitätsverbesserung in der Betreuungs- und Versorgungssituation durch ausreichend Plätze, kleinere Gruppen, größere Räume, mehr Personal. Für den Kindergartenbereich wird ein Kitagesetz gefordert. Die Kundgebung am 13.10.1990 soll die Auftaktveranstaltung im ÖTV-Bezirk Niedersachsen sein. — (rec)

Im Rathaus droht der Rotstift

Tübingen. Unter dieser Überschrift berichtet die Gemeinderätin der DKP über die Bemühungen der Rathausparteien einschließlich der Grünen (in Tübingen die AL), die finanziellen Folgen der Einverleibung der DDR auf die Bevölkerung abzuwälzen: „Quer durch alle Parteien, von der CDU über UFW, FDP, FL bis zu SPD und AL beugt man sich den ‚Sachzwängen‘ und denkt schon laut über Gebührenerhöhungen nach. Konnte bei den letzten Haushaltsberatungen noch ein Antrag auf Erhebung einer Feuerwehrrabgabe mit großer Mehrheit abgelehnt werden, so werden jetzt schon im Vorfeld der kommenden Haushaltsberatungen neue Gebührenerhöhungen in die Diskussion des Gemeinderats gebracht. Von der AL wurde ein Antrag auf ‚Erhebung einer kostendeckenden Wassergebühr‘ eingebracht, was eine Erhöhung von jetzt DM 2,05/cbm auf ca. DM 2,50/cbm bedeuten würde ... Und nur durch unseren Protest konnte verhindert werden, daß sie bereits im Eilverfahren und in nichtöffentlicher Sitzung durchgezogen wurde ... Auch die CDU will den Kostendeckungsgrad erhöhen — bei den Kindergärten und Ganztageseinrichtungen. ... Die DKP wird auf jeden Fall allen Versuchen, die steigenden finanziellen Lasten der Kommune auf die Bürger und vor allem die Familien abzuwälzen, im Rathaus Widerstand entgegensetzen. Wir werden alle Schritte dazu in die Öffentlichkeit bringen, denn wir beteiligen uns nicht an der großen Rotstift-Koalition im Rathaus!“ Quelle: „Gläsernes Rathaus“, Zeitung der DKP Tübingen, September/Oktober 1990 — (evc)

„Große Koalition“ in Freiburg bestätigt

OB Böhme (SPD) wiedergewählt/Respektables Ergebnis der „Unabhängigen Frauen“

Freiburg. Mit wenig überraschenden Ergebnissen konnte der bisherige Amtsinhaber, OB Rolf Böhme (SPD), die Wahl zum Oberbürgermeister am 23.9. bereits im ersten Wahlgang für sich entscheiden. 53,3 % der Wähler stimmten für ihn, der CDU-Gegenkandidat Guggenberger erhielt 24,3 %, Maria Viethen, Kandidatin der erstmals bei Wahlen in Freiburg angetretenen „Unabhängigen Frauen e.V.“ 20,4 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag mit 49,9 % so niedrig wie nie (1962–1982: zwischen 68 und 72 %).

Böhme, ehemaliger Finanz-Staatssekretär im Kabinett Schmidt, wurde gegen den Widerstand der Jusos vom Kreisverband der SPD nominiert und konnte sich frühzeitig die Unterstützung von FDP und Freien Wählern sichern. Bezogen auf die Sitzverteilung des Gemeinderats (48 Sitze) standen 19 Gemeinderäte hinter ihm (SPD 13, FDP und FWV je 3). Die CDU (14 Sitze) tat sich mit der Nominierung eines Kandidaten schwer: nachdem ein ursprünglich geplanter Deal mit Böhme und der SPD (Vergabe eines Dezernentenpostens an einen CDU-Mann gegen Unterstützung Böhmes) gescheitert war, präsentierte man in letzter Minute einen unbekannten, ortsfremden Verlegenheitskandidaten. Von vornherein war klar, daß er kaum auf die Unterstützung der örtlichen CDU-Elite rechnen konnte, die sich teilweise offen zu einer Wählerinitiative pro Böhme bekannte. Um so deutlicher sprachen sich die Republikaner (3 Sitze) für den CDU-Mann aus.

Nachdem so die Karten eindeutig gemischt waren, kündigten die „Unabhängigen Frauen Freiburg e.V.“ ihre Kandidatur an. Unterstützt von den Grünen (10 Sitze) und der Linken Liste/Friedensliste (1 Sitz) traten sie ohne geschlossenes Programm auf der Grundlage von kommunalpolitischen Vorstellungen, wie sie von diesen beiden Parteien entwickelt worden waren, ergänzt um feministische Forderungen und als erklärtermaßen linke Alternative zum Amtsinhaber an.

In der Folge ließ Böhme nur noch Plakate kleben, in denen er mit Frauen zu sehen war, demonstrierte Radikalökologie („Kernkraftwerke abschalten!“) und präsentierte sich als Förderer der Sozialmieter wie der alternativen Kultur.

Nachdem die Frauen-Kandidatin, Rechtsanwältin mit Hausbesetzervergangenheit, bekanntgegeben worden war, begann das rechtsliberale Monopolblatt, die „Badische Zeitung“, ihr Schreckensbild zu malen von einem auf den dritten Rang abgeschlagenen CDU-Kandidaten und einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem „bewährten Mann der Mitte“ und der unbekannten Frau von links. Eine Woche vor dem Wahltermin „enthüllte“ sie Verhandlungen des konservativen Kandidaten mit den Rep über deren Unterstützung, die bereits Monate zuvor stattgefunden hatten. Daß der CDU-Kandidat fast

wörtlich das Wahlprogramm der Rep wiederholte, blieb unerwähnt und daß die CDU-Spitze diese Koalitions-Gespräche ihres Kandidaten mit den Rep ausdrücklich billigte, ohne Kritik. So gesehen sind die 24 CDU-Prozente eher viel. Jedenfalls drücken sie keineswegs das „Desaster der CDU“ aus, als das SPD-Spitzenpolitiker sie bundesweit verkaufen wollten.

Das Hauptziel der Unabhängigen Frauen, so viele Stimmen zu erhalten, daß Böhme in einen zweiten Wahlgang hätte gezwungen werden können, schien angesichts des Wählerpotentials der Grünen in Freiburg und der extrem niedrigen Wahlbeteiligung erreichbar. Allerdings spielt hier der interessiert in die Semesterferien plazierte Wahltermin eine große Rolle: ca. 25000 Studenten bei knapp 67000 Wählern. Man schätzt die Anhängerschaft der Grünen unter Freiburgs Studenten auf weit über 30 %!

Fest steht, daß die Kandidatur der Unabhängigen Frauen nicht geeignet war, in nennenswertem Umfang den Teil der jetzigen und vor allem der früheren sozialdemokratischen Wähler zu gewinnen, die wenig verdienen und hart arbeiten müssen. Die parlamentarische Opposition in Freiburg kann bislang

kein Programm aufweisen, das geeignet wäre, deren soziale Interessen wirksam zu vertreten. Auch der Wahlkampf der Unabhängigen Frauen litt an diesem Mangel.

Insofern ist bei dieser OB-Wahl nichts entschieden worden. Der örtliche Widerstand hat es weiter mit einem Verwaltungsschef zu tun, der seine politischen Eingebungen am liebsten beim Plausch mit Leuten wie Lothar Späth (CDU-Regierungschef) und Edzard Reuter (SPD-Konzernchef) holt. Seine demokratische Legitimation ist nach dieser Wahl aber eher geringer: gälte für OB-Wahlen das gleiche Stimmenquorum wie bei einem Bürgerentscheid, so hätten Böhme fast 5000 Stimmen gefehlt, während die Kongreßzentrums-Gegner vor drei Jahren nur ganz knapp daran gescheitert waren.

Die Unabhängigen Frauen haben angekündigt, weiter kommunalpolitisch aktiv zu bleiben. Soll mehr daraus werden als ein einmaliger Wahlschreck für die heimliche Freiburger Große Koalition, dann müßte der feministische Beitrag, den diese Strömung zur Vielfalt des Widerstands in der Stadt leisten kann, in der Erarbeitung eines gemeinsamen, tragfähigen Programms der linken Opposition münden. — (kuh)



OB-Kandidatin der „Unabhängigen Frauen e.V.“, Maria Viethen

Kindertagesheimen droht Qualitätssenkung

Behörde läßt Hausarbeiterinnen auf Wirtschaftlichkeit überprüfen

Hamburg. Es gibt in der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung einen neuen Versuch, das Haus- und Reinigungspersonal in der „Vereinigung städtischer Kindertagesheime“ auf seine Wirtschaftlichkeit überprüfen zu lassen. Es ist der dritte Versuch dieser Art. Bei den letzten beiden Untersuchungen kam heraus: 1979 mußten mehr Stunden für Küchen- und Hausreinigung bereitgestellt werden. 1985 blieb der Stellenbestand beim alten. Und 1990 wittert die Behörde erneut eine Chance, Lohngehalt zu kürzen. Der Betrieb der „Vereinigung“ ist einer sogenannten Mitgliederversammlung, die als Aufsichtsrat fungiert, unterstellt. Diese Mitgliederversammlung, der die Schul- und Jugendsenatorin Raab sowie diverse Herren aus dem Senatsamt, dem Rechnungshof und der Finanzbehörde angehören, beschloß auf ihrer letzten Sitzung die Beauftragung einer Unternehmensberatungsfirma mit dem Prüfauftrag. Das Geld dazu beschaffte sie sich mit dem vorher gefaßten Beschluß, die Arbeitszeitverkürzung vom 1. April 1990 im Hausarbeiterinnenbereich nicht durch die Einstellung von neuen

Beschäftigten auszugleichen. Das erbringt eine Summe von ca. 250000 DM, die der Senat eigentlich der „Vereinigung“ zahlen sollte. Just diese 250000 DM wurden dann beim nächsten Tagesordnungspunkt für den Prüfauftrag bewilligt. Der Beschluß der Mitgliederversammlung, der das Senatsziel nach Kostensenkung im Personalbereich vorantreiben soll, stößt bei der Geschäftsführung des Betriebes „Vereinigung“ auf wenig Unterstützung. Die Geschäftsführung erfährt den Druck von Beschäftigten und Eltern in puncto Kindertagesheimqualität und möchte Auseinandersetzungen unbeschadet überstehen. Deshalb möchte die Geschäftsführung keine Vorgaben machen, was zu prüfen sei. Was genau geprüft werden soll, darauf möchte sich die Geschäftsführung der „Vereinigung“ nicht festlegen. Sie hofft, wie sie es auf der Betriebsversammlung zu verkaufen suchte, daß, wenn nichts genaues vorgegeben wird, auch nichts genaues, sprich nachteiliges für die betroffenen Arbeiterinnen, herauskommen wird. Die rund 800 betroffenen Hausarbeiterinnen sehen das allerdings ganz anders, und bereiten

mit Unterstützung der übrigen Belegschaft die Abwehr erneuter Rationalisierungsversuche vor. Sie bereiten eine Argumentation für eine in die Kindertagesheime integrierte Hausreinigung und gegen Privatisierung vor. Ausgewertet werden dazu die Erfahrungen der Arbeiterinnen in den Hamburger Krankenhäusern sowie ein Konzept des Bremer Senates, daß ausdrücklich die staatliche Aufgabe der Reinigung von öffentlichen Gebäuden vorsieht. Außerdem gilt es auch, die inzwischen sehr schwierigen Arbeitsbedingungen im Haus- und Reinigungsbereich der Kindertagesheime, den hohen Krankenstand und die ständige Arbeitshetze zu benennen und anzugreifen. Die Rationalisierung des Hausbereiches würde sich außerdem unmittelbar auf die Beschäftigten in den Kindergruppen niederschlagen und die Versorgung der Kinder weiter zunehmend verschlechtern. Eine Hausarbeiterin formulierte es treffend auf der Betriebsversammlung: „Dieser Senat ist arbeiterfeindlich, wenn er behauptet, daß wir, die schwer für wenig Geld arbeiten müssen, wieder mal zu teuer sind.“ — (pee)



1981 aus Bonn vertrieben, 1982 aus Kassel ...



... 1989 in Köln noch immer unter Druck.

Widerstand gegen die Verfolgung der Roma und Sinti

Dokumentiert: Ein Beitrag aus der VSP zur Geschichte der Verfolgung der Roma und Sinti in der BRD und zum Widerstand dagegen

Die rassistische Verfolgung der Roma und Sinti in der BRD hat in den letzten Wochen an Umfang und Schärfe ständig zugenommen. Zahlreiche antifaschistische Kräfte bemühen sich darum,

den Widerstand gegen diese rassistische Hetze und Verfolgung zu organisieren. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus Artikeln von Angelika Prömm in der „Sozialistischen Zeitung“ zur

Geschichte dieser Verfolgung und zum Widerstand dagegen. Die Beiträge wurden von uns gekürzt. Sie sind vollständig abgedruckt in der „Sozialistischen Zeitung“ vom 12. Oktober 1990. — (uld)

Nur wenige Sinti und Roma überlebten die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis. Während sie versuchten, herauszufinden, ob es überlebende Familienangehörige gab, während die völlig Mittellosen versuchten, mit Hilfe der kärglichen Fürsorgeleistungen irgendwie ein Überleben zu organisieren (oft waren die Ernährer im KZ ermordet worden), während sie trotz dieser widrigen Bedingungen relativ bald erste Versuche unternahmen, sich mit dem Massenmord auseinanderzusetzen und Schuldige ausfindig zu machen — waren die Behörden schon wieder dabei, Strategien zu ihrer Vertreibung zu entwickeln.

Aberkennung der Staatsbürgerschaft

Neben der Kriminalisierung, auf die weiter unten genauer eingegangen wird, diente die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft oder die Verweigerung ihrer Anerkennung zur Schikanierung von Sinti und Roma und gleichzeitig als Voraussetzung für ihre Vertreibung aus der BRD, denn deutsche Staatsbürger dürfen nicht abgeschoben werden.

Nach Artikel 116 (2) GG sind „frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge (...) auf Antrag wieder einzubürgern.“ Soweit die Gesetzeslage. Romani Rose schreibt dazu:

„Eine der dank behördlicher Diskriminierung und bürokratischer Sturheit bis heute nicht beendeteten Aufgaben der Bürgerrechtsorganisationen ist es immer noch, seit Generationen und vielen Jahren in Deutschland lebenden Sinti und Roma die Zuerkennung ihrer deutschen Staatsbürgerschaft zu verschaffen.“ Zwar bekamen nach 1945 viele die ihnen von den Nazis aberkannte Staatsbürgerschaft zurück. „Doch bei weitem nicht in allen Fällen waren die Behörden zur Rückgabe der Staatsbürgerschaft und Ausstellung deutscher Pässe bereit. Im Gegenteil! Sinti und Roma, die noch unter der Besatzungsmacht deutsche Pässe ausgestellt bekamen, erhielten vielfach anstelle einer ersten Päßverlängerung (...) nach fünf Jahren einen Fremdenpaß ausgehändigt und waren damit „Ausländer“, die theoretisch sogar ausgewiesen werden konnten.“

„Wiedergutmachung“

Ein eigenes Kapitel wäre auch die skandalöse Art der Wiedergutmachungspraxis wert, die „für Sinti und Roma zu einer Art zweiten Verfolgung, zu einer

Neuaufgabe der nationalsozialistischen Rassenideologie“ (R. Rose) wurde. Als „Gutachter“ in Wiedergutmachungsverfahren traten die gleichen Leute auf, die bis 1945 für das Vernichtungsprogramm an Sinti und Roma verantwortlich waren, wie z.B. Eva Justin und Rudolf Uschold (s.u.).

1981 wurde die „Härteregelung“ beschlossen. Von den 20 Millionen DM, die vom Bundesfinanzministerium verteilt werden sollten, wurden von 1981–86 jährlich nur 140000 Mark ausgegeben. Die 20 Millionen reichen so für 130 Jahre aus!

Rassistisches polizeiliches „Zigeunerbild“

Das in Polizei-Fachpublikationen gezeichnete „Zigeunerbild“, aus dem wiederum die polizeiliche Strategie gegenüber Sinti und Roma abgeleitet wird, ist durch und durch rassistisch.

So wußte Kriminalkommissar Dorsch genau, daß der „echte Zigeuner ... weder seßhaft noch arbeitswillig“ sei, „zum Bettel, Diebstahl und Betrug“ neige und „ohne ordentliche Arbeit auf Kosten anderer leben“ will. Gemeinsam mit Hauptkommissar Vaas stellte er 1948/49 minutiös 142 Vergehen zusammen, die „von Zigeunern und nach Zigeunerart umherziehenden Personen am häufigsten übertreten werden“. Dieses Nachschlagewerk wurde bundesweit den Polizeibeamten zur Lektüre empfohlen und sollte den Polizisten im Dienst als Hilfe dienen, garantiert auch jedem Angehörigen der Minderheit irgend ein Vergehen nachweisen zu können, und sei es zur Not nur, daß keine Hundesteuer gezahlt oder Fahrzeuge nicht vorschriftsgemäß beleuchtet waren.

Oberwachmeister Hensch wußte zu vermelden, daß „der Zigeuner“ aufgrund seiner „Charaktereigenschaften“ „genauestens polizeilich überwacht“ werden muß. Diese „bedenkliche Mischung aus Charaktereigenschaften“, sei „schon aus alten Chroniken bekannt ... (und habe) sich bis zum heutigen Tag nicht viel verändert“. Es gibt dabei auch keine Ausnahmen, denn: „wer ein Dutzend von ihnen kennt, der kennt sie alle“. Auch sollten Polizisten keine Hemmungen haben, wenn „sich Zigeuner bei Kontrollen auf ihre Verfolgung (im NS) berufen, um den Polizeibeamten von einem Einschreiten abzuhalten.“ Polizeirat Jüttner drückte 1950 in einer Polizeifachschrift sein Bedauern darüber aus, daß es überhaupt noch Sinti und Roma gab in der Bundesrepublik: „Nach dem Zweiten Weltkrieg sind auch wieder die Zigeuner, von uns nicht

gerade mit Begeisterung begrüßt, auf dem Plan erschienen.“

Strategie:

Kriminalisierung und Vertreibung

Die Kriminalisierung von Sinti und Roma war somit vom ersten Tag der Bundesrepublik an das Ziel polizeilicher Handlungsstrategie.

Wie konnte es auch anders sein: keiner der Hauptverantwortlichen für die Registrierung, Verfolgung und den Völkermord an den Sinti und Roma wurde je zur Rechenschaft gezogen. Selbst der NS-„Rasseforscher“ Robert Ritter, verantwortlich für die systematische Erfassung von Sinti und Roma, die Vorbedingung für ihre systematische Vernichtung, dessen Aufenthaltsort Oskar Rose 1947 über ein Detektivbüro herausfand, wurde trotz jahrelanger Bemühungen seitens der verfolgten Minderheit nie für seine Mitverantwortung am faschistischen Massenmord belangt. Eva Justin arbeitete sogar bis 1964 beim Gesundheitsamt in Frankfurt, wo sie Gutachten über Gesundheitsschäden, die Menschen im KZ erlitten hatten, erstellte. Nicht nur, daß niemand belangt wurde, viele der damals Verantwortlichen arbeiteten gleich nach Kriegsende im gleichen Ressort weiter.

So erstellte der o.g. Kriminalkommissar Dorsch 1936, damals war er Landjäger, in der Reihe „Baden-Württembergische Gesetzessammlung“ die Schrift „Bekämpfung der Zigeuner und Vagabunden“.

Erst 1980 wurde in der Öffentlichkeit aufgedeckt, daß in Baden-Württemberg die „Verfügung des Ministeriums des Innern betreffend das Verbot des Zusammenreisens von Zigeunern in Horden vom 22.1.1905“ und die „Verordnung über das Umherziehen von Zigeunern, Zigeunermischlingen und nach Zigeunerart wandernden Personen vom 11.1.1939“ erst 1976 (!) aufgehoben wurde.

Personelle und ideologische Kontinuität

Joseph Eichberger war bis 1945 im Reichssicherheitshauptamt der Hauptverantwortliche für die „Zigeuner“-Transporte in die Vernichtungslager. Nach '45 wurde er Leiter der „Zigeunerpolizeistelle“ im bayerischen Landeskriminalamt. Diese Behörde hatte sowohl ihren Namen als auch Personal (außer Eichberger auch H. Eller, G. Geyer und A. Wutz, die vormals für die Deportationen von Sinti und Roma aus Bayern zuständig waren) als auch die umfangreichen „Zigeunerakten“ von den Nazis übernommen.

1947 wurde in Bayern das „Zigeuner- und Arbeitsscheuengesetz“ von 1926 von den Alliierten aufgehoben, was die ehemaligen SS-Beamten jedoch nicht hinderte, wie bisher weiterzuarbeiten, sie arbeiteten eben einige Jahre illegal, nämlich bis 1953, als die „Zigeunerpolizeistelle“ in „Landfahrerzentrale“ umbenannt und das aufgehobene „Zigeuner- und Arbeitsscheuengesetz“ mit der „Landfahrerordnung“ im wesentlichen wieder eingesetzt wurde.

Sondergesetze

Die Registrierung, die Existenz besonderer Gesetze für „Zigeuner“ war offensichtlich unvereinbar mit dem Grundgesetz Art. 3 (3) (Verbot der Benachteiligung aufgrund der Abstammung und „Rasse“), zumal in diesem Gesetz ausdrücklich Grundrechte (Freiheit der Person und Freizügigkeit) eingeschränkt wurden. Das „Zigeuner- und Arbeitsscheuengesetz“ wurde in der damaligen juristischen Diskussion als „zigeunerfeindlich“ und „polizeistaatlich“ charakterisiert. Nun wurde aber nicht etwa der rassistische Gehalt des „Zigeuner- und Arbeitsscheuengesetzes“, die Verordnungen von Handlungspraxen überprüft und geändert, sondern es erfolgte nur eine Änderung der Begrifflichkeiten, eine neue Beschreibung der alten Ideologien und Praxen. Der als „rassistisch“ (= rassistisch) erkannte Begriff „Zigeuner“ wurde durch einen sozialen Begriff, „Landfahrer“, ersetzt, ohne daß sich am Bedeutungszusammenhang, an dem, was mit den Begriffen gemeint ist, etwas geändert hätte. Allerdings verbarg der neue Name nur ziemlich notdürftig den weiterhin klassisch rassistischen Gehalt des Gesetzes. Als „Landfahrer“ wurde definiert, „wer aus eingewurzeltem Hang zum Umherziehen oder aus eingewurzelter Abneigung gegen eine Selbsthaftmachung mit Fahrzeugen, insbesondere mit Wohnwagen oder Wohnkarren, oder sonst mit beweglicher Habe im Land umherzieht“ (Hervorhebungen ap). Oberregierungsrat Emmerig, der maßgeblich an der Erstellung der „Landfahrerordnung“ beteiligt war, betonte, sie solle für „jeden Landfahrer, ohne Rücksicht auf den Grad seiner Kriminalität“ gelten. Damit ist unmißverständlich klargestellt, daß das Volk der Roma kriminell ist (Unterschiede gibt es lediglich im Grad der Kriminalität) und eine Sippenhaft intendiert ist. Ob der Kriminalitätsgrad vom „Mischungsgrad“ mit „Zigeunerblut“ abhängig sei, bleibt hier im Ungewissen. Kriminalsekretär Uschold, 1951 „Sachbearbeiter für Zigeunerfragen“ der bayrischen Polizei, sprach aber ungeniert im Nazi-

Jargon weiterhin von „Zigeunern und Zigeunermischlingen“. Er leugnete den Völkermord der Nazis an den Roma, es hätte nur „aus kriminellen und asozialen Gründen rüde Strafsanktionen“ gegeben. Für einen anderen Kriminalen sind 1954 die Opfer gar an ihrem Tode selber schuld: eine „Anzahl zigeunerischer Personen“ sei Opfer von Seuchen geworden, die zum Teil „auf die angeborene Unsauberkeit der Betroffenen selbst zurückzuführen“ seien.

Uschold wollte die Münchner „Landfahrerzentrale“ als Überwachungs- und Kontrollzentrum für die ganze Bundesrepublik ausdehnen, „da sie über das umfangreichste Material und über die meiste Erfahrung“ verfüge. Das Material waren „umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen“ „aus dem vergangenen Jahrzehnt“ also die „rassebiologischen Forschungen“ des „Rassehygienischen Instituts“ unter Leitung von Dr. Ritter.

Ende der 50er Jahre avancierte ein gewisser Hermann Arnold, früher Giftforscher, zu dem „Zigeunerspezialisten“ der BRD. Er war jahrelang Mitglied des Ausschusses für „Zigeunerfragen“ beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, dessen Existenz an sich schon ein Skandal ist. In dem Buch, aus welchem die Zitate stammen (s. Anm. 1) heißt es zu Arnold: „Sein Einfluß auf das Verständnis des ‚Zigeunerproblems‘, aber auch auf die praktische ‚Zigeunerpolitik‘ dürfte nicht zu unterschätzen sein.“ Arnold stand vollkommen in der nazistisch-biologischen Tradition der Rassehygieniker. Für ihn bestanden „grundlegende Unterschiede zwischen den Zigeunern und uns (...), die nicht nur auf Umwelteinflüssen beruhen“. Stattdessen beruhten „die zigeunerischen Verhaltensweisen auf erbbedingten psychischen Dispositionen“. Es sei unwesentlich, „ob wir Zigeuner als urtümliche Sammler und primitive Handwerker betrachten, die wirtschaftlich noch auf einer Kindheitsstufe der Menschheit stehen, oder als eine mutativ entstandene entwicklungsunfähige Spielart der Gattung Mensch.“ (...) Entscheidend ist nur, ob diese Artung als erblich bedingt angesehen werden muß.“ Wie in der NS-Rassenideologie ist das größte Übel die „Rassenmischung“.

Reinrassige und bastardisierte Kriminelle

„Reinrassige Zigeuner“ seien nicht ganz so schlimm, die gäbe es jedoch nicht, weil „auch jeder ‚echte‘ Zigeuner ... bereits bastardisiert“ sei, so Arnold. Er unterschied zwischen „zigeunerischem“ und „deutschem Blutsa-

„teil“, verschiedenen Graden der „Bastardisierung“ von „Vollzigeunern“ bis „1/8 Zigeunermischlingen“. Obwohl er ungeniert auf Material aus der faschistischen Forschung von Ritter und Justin zurückgreift (denen er die Mitverantwortung am Genozid logischerweise abspricht und ihnen attestiert, sie seien „frei von Rassenideologien“) gelingt ihm sein Anliegen, die angeblich hohe Kriminalitätsrate der „Zigeuner“ (und die Bedrohung der „selbsthaften Gemeinschaft“ dadurch) zu beweisen, jedoch nicht. Es ist auch keinem „Forscher“ vor oder nach ihm jemals gelungen. Jedoch gibt es genügend Anhaltspunkte, daß auch heute noch (bzw. wieder) eine Sonderdatei über Sinti und Roma existiert. 1944 wurde erstmals die gesonderte Kriminalstatistik über „Juden und Zigeuner“ abgeschafft, nachdem Himmler festgestellt hatte, daß es beide Volksgruppen innerhalb des Deutschen Reiches und außerhalb der KZ nicht mehr gab. Gelang es bislang noch nie, eine überdurchschnittliche Kriminalitätsrate von Sinti und Roma nachzuweisen, so gibt es doch umgekehrt klare Zahlen über rassistische Verbrechen deutscher Polizisten: Von 1945 bis 1980 wurden mindestens 14 Sinti und Roma erschossen. Wenn man ihren Bevölkerungsanteil (0,1%) hochrechnet, wären das im selben Zeitraum 15000 weitere BundesbürgerInnen.

Es ließen sich zahllose weitere Personen und Schriften aufführen, die die ungebrochene Kontinuität faschistischer Rassehygienik in der BRD belegen, die genannten Beispiele sind keine Einzelfälle. Eine gewisse Änderung gab es erst, als durch die Erfolge der internationalen Roma-Bewegung — 1971 war der 1. Welt-Roma-Kongreß in London, der die Anerkennung der Roma als Volk und die Gewährung von Minderheitenrechten forderte — ab 1978 die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in der BRD erstarkte und Unterstützung durch die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ GfbV erhielt. Dennoch konnten Mitarbeiter eines „Projekt Tziganologie“ an der Universität Gießen es sich 1981 noch leisten, die Zusammenarbeit der GfbV mit dem VDS (Verband Deutscher Sinti) zu bekämpfen mit der Begründung, die Roma seien nicht aus rassischen, sondern „als Träger von Bakterien und Viren, als ‚Schwachsinnige‘, weil sie nicht lesen und schreiben konnten, und als Saboteure der deutschen Sache, weil sie nicht arbeiten wollten“, deportiert und vergast worden — also aus „kriminalpräventiven“ und „hygienischen“ Gründen!

Quellen: Romani Rose, „Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland“ 1987. Zitate aus: „Sinti in der Bundesrepublik. Beiträge zur sozialen Lage einer verfolgten Minderheit“, Bremen 1984.



Rasse — eine unwissenschaftliche Konstruktion

In der Bundesrepublik wurde bis vor wenigen Jahren nur von „Ausländerfeindlichkeit“ gesprochen und der Begriff „Rassismus“ abgelehnt, u.a. mit der Begründung, bei der z.B. türkischen Minderheit und deren Ausgrenzung handle es sich nicht um eine andere Rasse. (Heute ist üblich, von „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ zu sprechen, ohne daß je gesagt wurde, was denn der Unterschied zwischen beiden sei.)

einander. (Genau das, was der faschistische Charakter nicht ertragen kann. Vergl. Theweleit: Männerphantasien.)

Konstruktion

Wenn es auch keine „Rassen“ gibt, so wurden im Nationalsozialismus doch Millionen Juden und Roma in ganz Europa ermordet, allein aufgrund dessen, daß sie zu einer „artfremden Rasse“ definiert wurden. „Wesen“ des Rassismus, der erste Schritt in der rassi-

Die Konstruktion von Rasse verläuft nach einem bestimmten Schema und ist nicht an den Begriff „Rasse“ gebunden. Dieser sowie auch offen sichtbarer Biologismus sind in der BRD weitgehend diskreditiert. (Wobei nicht übersehen werden darf, daß er nie wirklich überwunden wurde und derzeit ein erschreckendes Comeback feiert, gerade in der Wissenschaft, z.B. in der Gentechnikforschung, aber z.T. auch in den ablehnenden Reaktionen darauf.) Wesentliches Element der Rassenkonstruktion ist die von Stuart Hall *Naturalisierung* genannte Praxis.

Naturalisierung

Dabei handelt es sich um die Umwandlung von *Sozialem* in *Natürliches*. Hall untersuchte, wie das Problem Rassismus in den britischen Medien behandelt wurde und stellte fest: „Untergeordnete ethnische Gruppen und Klassen erscheinen nicht als Resultat spezifisch historischer Verhältnisse (Skavenhandel, europäische Kolonisation, aktive Unterentwicklung der ‚unterentwickelten‘ Gesellschaften), sondern als die gegebenen Eigenschaften einer minderwertigen Abstammung. Verhältnisse, die durch ökonomische, soziale, politische und militärische Herrschaft abgesichert waren, wurden in eine von der Natur zugewiesene Standesordnung transformiert und ‚naturalisiert‘“. Die Themen und Bilder drehten sich „um das fixierte Verhältnis von Unterwerfung und Herrschaft“ und um die „Pole natürlich ‚überlegener‘ und natürlich ‚minderwertiger‘ Arten“. „Beides wurde aus der Sprache der Geschichte in die Sprache der Natur verschoben.“

Was bei den Nazis der Begriff „Rasse“ leistete und prinzipiell der Biologismus leistet, nämlich einer Gruppe feststehende, natürliche Eigenschaften zuzuschreiben, die dann auf jedes Mitglied der Gruppe zutreffen (Ausnahmen bestätigen bekanntlich die Regel), leistet heute in der BRD vor allem die „Zugehörigkeit zu einem Kulturkreis“. Es liegt nicht mehr am Blut, es liegt an der Kultur. Bekannt ist Alfred Dreggers Aufteilung der „Ausländer“ nach ver-

schiedenen Graden der „Integrationsfähigkeit“: je „ferner“ der „Kulturkreis“, desto weniger „integrationsfähig“. „Fremder Kulturkreis“ könnte jeweils durch „fremde Rasse“ ersetzt werden, ohne daß sich am Bedeutungszusammenhang etwas änderte.

Es ist logisch, daß kein Begriff vor einer Naturalisierung gefeit ist. In Frankreich beispielsweise erfüllt „Ethnie“ diese rassistische Funktion.

Völker, Nationen, Kulturen

Wenn auch „Rasse“ ein ideologischer Konstrukt ist, das keiner wissenschaftlichen Begründung standhält und einzig dazu dienlich sein kann, Rassismus zu produzieren, so ist andererseits nicht zu bestreiten, daß die Menschen sehr verschieden sind und einer der Unterschiede in der Zugehörigkeit zur jeweiligen Nationalität besteht. Darauf einzugehen, scheint mir aus zwei Gründen notwendig.

1. um der Frage zu begegnen: wenn es keine Rassen gibt, gibt es dann auch keine Völker, keine Nationen? Die Homogenität der Menschheit ist mindestens genauso ein Konstrukt und widerspricht jeglicher praktischen Anschauung.

2. um einer Denkrichtung in der westdeutschen Linken zu begegnen, die, wohl um nicht der „Naturalisierung“ die Tür zu öffnen, die Existenz und reale Bedeutung von Völkern, Nationen, nationaler Kulturen überhaupt leugnet und sich damit nicht nur theoretische Erkenntnismöglichkeiten verbaut, sondern auch den Forderungen und Bedürfnissen der nationalen Minderheiten in der BRD nicht gerecht werden kann. Der Unterschied zwischen „Volk“ oder „Nation“ und „Rasse“ ist genau der zwischen Sozialem und Natürlichem. (Wobei schon erwähnt wurde, daß „Rasse“ durch andere Kategorien ersetzt werden kann, es kommt also auf die Beschreibung der Begriffe an. Gerade Deutschland ist natürlich das Beispiel für eine völkerrassistisch naturalisierte Beschreibung von „Volk“.) Nationen, nationaltypische Kulturen gibt es aufgrund *historischer Prozesse* aufgrund gemeinsam erfahrener Geschichte (auch wenn die verschiedenen Subjekte darin eine unterschiedliche Stellung haben), die natürlich nie abgeschlossen ist, sondern stets weitergeht. Sie sind daher auch nie etwas Stabiles, Gegebenes, sondern einer ständigen Veränderung unterworfen, bis hin zur Auflösung alter und auch Entstehung neuer Nationen. Als wesentliches Merkmal einer Nation muß die *Eigendefinition als Nation* gelten. Gleiches gilt für die einzelnen Individuen, welcher Nationalität sie angehören. (Ob es eine kurdische Nation gibt, kann nicht die Türkei entscheiden. Und ob Bewohner X aus Tunceli ein „Bergtürke“ ist, ein Kurde oder ein Türke, untersteht seinem Selbstbestimmungsrecht.)

Quelle: Stuart Hall: „Die Konstruktion von ‚Rasse‘ in den Medien“, in: Argument 134, Berlin 1982.



Planstellen für viele: Rasse- und Erbforschungsinstitut der Nazis in Köln.

Rassen gibt es nicht

Dies Argument setzt stillschweigend voraus, daß es tatsächlich verschiedene menschliche Rassen gäbe, daß eine Aufteilung der Menschen in unterschiedliche Rassen gerechtfertigt sei. Tatsächlich ist dies ein wissenschaftliches völlig unmögliches Unterfangen. Wo in der Biologie eine Unterscheidung nach Rassen vorgenommen wird, geschieht dies heute v.a. dadurch, daß die *durchschnittliche* Häufigkeit verschiedener Blutgruppen innerhalb eines bestimmten geographischen Gebietes festgestellt wird. Es dient dazu, genetische Veränderungen und Evolutionsprozesse zu studieren. Ob dies sinnvoll ist oder nicht, kann ich nicht beurteilen. Auf jeden Fall hat diese Kategorisierung nichts zu tun mit dem alltäglichen Verständnis von „Rasse“, wie es zu Alltagserklärungen von und Begründungen für Rassismus dient.

Es gibt keine schwarze, rote, gelbe oder weiße Rasse, es gibt weder reine Rassen noch Mischrasen, es gibt keine Abgrenzungsmöglichkeiten voneinander (wer könnte schon nachweisen, ob irgendjemand vielleicht ein „Hundertvierundsechzigstel-Jude ist“?)

„Auf der ganzen Erde gibt es keine einzige Volksgruppe, die sich im Lauf der Jahrtausende ohne Mischung mit anderen Volksgruppen erhalten hätte.“ (Karam Khella) Es gibt nur ein einziges buntes Mischmasch. Chaos und Durch-

stischen Kette ist die *Konstruktion* von „Rassen“. Er greift dabei oft, und soweit möglich, auf physische Unterscheidungsmerkmale wie z.B. Hautfarbe zurück. Es ist gerade eines der Charakteristika des Rassismus, daß er sich nicht an wissenschaftliche Begründungen hält, ob und welche „Rassen“ es gibt oder nicht. Er konstruiert sie, und wenn die Menschengruppe, die als „Rasse“ konstituiert werden soll, nicht von selbst an irgendwelchen erkennbaren Merkmalen festmachbar ist, macht er sie eben künstlich kennbar, z.B. mit einem gelben Stern.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen	
Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.
<input type="checkbox"/> 10 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.	Name:
<input type="checkbox"/> im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).	Straße:
<input type="checkbox"/> im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).	Postleitzahl/Ort:
<input type="checkbox"/> Zahle nach Rechnungserhalt.	Konto-Nr./BLZ:
	(Bank Unterschrift)
Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse	

21/90

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntägig.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226 Tel.: 0221/21 64 42.
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52 DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Küster.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie, AG Medien in der Volksfront, AG Me, des NH Chemische Industrie, AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik, AGB, der AG für Kommunalpolitik, AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesamtelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntägig:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg. Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM Jahresabo: 30 DM

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM Halbjahresabo 26 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Die Sprache der Klasse aufnehmen . . .

„Die Kristalle des Himmels zerbrechen . . .“ — zum Erscheinen einer deutschen Ausgabe der Gefängnispoesie des Revolutionärs Sante Notarnicola

„Die Poesie hat/nur beschränkt Platz/in dieser unserer Zeit/ doch, sie allein/wird ungebündelt geboren/in den Werkstätten und den Zuchthäusern“. Sante Notarnicola, der Schreiber dieser Zeilen eines Gedichtes, das am 16. September 1982 in einer Zelle des Spezialgefängnisses von Trani entstand, ist Kommunist. Der Begriff „Autor“ wäre ihm suspekt, weil er die Eigenschaft in sich trägt, zu „erheben“, aus einem Schreiber einen „Schöpfer“ zu machen. Aus einem Schreiber, dessen Schreibweise jedoch nichts weiter sein will als eine Stimme unter anderen in jenem umfassenden und ununterbrochenen Dialog, der nicht individueller, sondern kollektiver Natur ist, dessen Prozeß des Schreibens nicht auf die Verfestigung, die „Vorstellung“, die „Collage“ von Realität zielt, sondern auf deren Veränderung.

Sante Notarnicola ist Kommunist. Kommunist und „Poet“. „Der Zorn, der den Poeten macht, ist bei der Schilderung dieser Mißstände ganz am Platz, oder auch beim Angriff gegen die, diese Mißstände leugnenden oder beschönigenden Harmoniker im Dienst der herrschenden Klasse; wie wenig er aber für den jedesmaligen Fall beweist, geht schon daraus hervor, daß man in jeder Epoche der ganzen bisheri-

gen Geschichte Stoff genug für ihn findet“, schreibt Friedrich Engels im „Anti-Dühring“.

Und so ist es auch nicht der Zorn, der das bestimmende Element der nun auch in deutscher Ausgabe erscheinenden Poesie Sante Notarnicolas aus einundzwanzigjähriger Haft — davon die meiste Zeit in der Totalisolation von Hochsicherheitstrakten — ausmacht, sondern die Suche. „Eine Suche, die an Einfluß und Glaubwürdigkeit hinzugewinnt, gerade durch die Tatsache, daß er sie fortführt in den langen Jahren der Haft, dem Preis zum Trotz, den die Autorität des Staates gerne bezahlt hätte für seine Verzichtserklärung oder politische Lossagung.“ Die Kontinuität, Ausdauer und Unbeugsamkeit gegen das Nachgeben, die Unterwerfung und damit die Trennung von den eigenen Klassengenossen, die der Herausgeber im Vorwort der italienischen Erstausgabe 1986 so beschreibt, ist kennzeichnend für das Leben des Revolutionärs Notarnicola, zuerst als Rebell, dann als Kommunist.

Seine Autobiographie (1973 unter dem Titel „l'evasione impossibile“ bei Feltrinelli, 1974 in deutscher Übersetzung als „Die Bankräuber aus der Barriera“ bei Trikont erschienen) ist persönliche Geschichte und politi-

sche Bestandsaufnahme. Geboren am 15. Dezember 1938 in Castellaneta in der Provinz Taranto, gleicht seine Kindheit und Jugend mit Elend, Ausgrenzung und Zersetzung der Familien den Erfahrungen tausender Proletarier aus dem Süden. Der Vater verläßt die Familie, die Mutter ist gezwungen, nach Turin zu emigrieren, um die Kinder zu ernähren. Sante verbringt die Kindheit in einem Heim, weit entfernt von Mutter und Geschwistern. 1953 emigriert er als Fünfzehnjähriger selbst nach Turin, arbeitet als ambulanter Blumenverkäufer, in einer Werkstatt als Möbelpolierer, als Hilfsarbeiter an der Bandsäge, erlebt das brutale Gesicht der erbarmungslosen Ausbeutung der Proletarier in den Wohnblocks der Altstadt oder der Peripherie von Rivoli, Chivasso, Venaria, in den hundert und aberhundert „Fabriken und Fabrikchen der FIAT-Stadt, wo gearbeitet, immer nur gearbeitet wird, während die Chefs die Möpse machen“. Die Berührung mit dieser Welt — der Arbeiterwelt — führt ihn zu politischem Bewußtsein, zu ersten Erfahrungen als Mitglied der FGCI, der Jugendorganisation der PCI, schließlich als unterer Funktionär auch in der Partei selbst. Doch die Kraftlosigkeit und der revisionistische Weg, den die PCI — verstärkt

nach den Reden Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der KPDSU — einschlägt, das Wiederauftauchen der Faschisten „aus den Gullis und Höhlen der Altstadt“, die Erschöpfung der politischen Aktion im Werben neuer Mitglieder und dem Verkauf der „Unità“ enttäuschen ihn zutiefst. 1959 — mehr als zehn Jahre bevor in der westeuropäischen Metropole die Frage des bewaffneten Kampfes kollektiv und praktisch thematisiert wird — beginnen Sante und einige andere mit Überfällen auf Banken und Juweliere eine Reihe von „Enteignungsaktionen“, um den Fond für den Aufbau einer Guerilla zu schaffen. Am 25. September 1967 kommt es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, bei der ein Unbeteiligter getötet wird. Wenige Tage später wird Sante in der Nähe von Alessandria verhaftet. Bei der Verkündung der lebenslänglichen Freiheitsstrafe im Herbst 1971 übt Sante zwar Selbstkritik an dem Weg, den er eingeschlagen hat, seine Erklärung ist aber alles andere als ein Rückzug, sondern ein Dokument von Stärke und politischer Reflexion, betont die prinzipielle politische Bedeutung ihrer Aktionen, macht das Recht der Ausgebeuteten geltend, sich mit Gewalt gegen Gewalt zu wehren und schließt mit den Worten: „Ich betone noch einmal, daß ich heute und in Zukunft Kommunist bin, ein Kommunist und Revolutionär in des Wortes wahrster Bedeutung. Das ist der Grund, warum ich heute vor euch stehe. Im Gefängnis konnte mein Bewußtsein reifen. Ich lernte zu begreifen, welche Fehler ich gemacht haben könnte, und mich zu überzeugen, daß kein Gefängnis solche wie mich je zu bekehren vermag“.

In den folgenden 17 Jahren seiner Haft nimmt Sante Notarnicola „die Sprache der Klasse auf“ und wird nicht nur zum Protagonisten der aufflammenden Gefangenenkämpfe und zum Organisator des Widerstandes „der von der Erde Verdammten“, sondern auch zum Symbol von Klassenidentität und Kraft unter härtesten Bedingungen und in einer Zeit „des Ausverkaufs und der Lossagung“. Als „Aufrührer, Terrorist, Unbeugsamer, Unverbesserlicher“ verbringt er



Sante Notarnicola schrieb seine Gefängnispoesie aus 21 Jahren Haft.

mehr als zehn Jahre in Hochsicherheitszellen, bis er 1988 — nach mehr als 21 Jahren und lange nach Begnadigung der damals mit ihm Verurteilten — unter strengen Auflagen in die „Halbfreiheit“ entlassen wird.

„Es geht darum, einen enormen Reichtum zu wahren, der aus gewonnenen Kämpfen und Schlachten besteht, aus gefallen Genossen und Hoffnungen . . . Wir sind Eigentümer dieser wertvollen Ausrüstung, die weiterbestehen und sich in der Klasse vermehren muß. Wir müssen sicherstellen, daß die Sehnsucht und die Erinnerung sich verwandeln in produktive politische Taten für die Klasse, es geht darum, den revolutionären Vorschlag zu erneuern“, schreibt Sante 1986 bei Erscheinen der italienischen Ausgabe einer Sammlung seiner Gedichte aus 19 Gefängnisjahren. Gedichte, die von Liebe, Wut, Angst, Schmerz aber auch von Kraft und Stärke handeln, die politisch und „persönlich“ gleichzeitig sind, die das Instrument „Poesie“ benutzen, um Gefühl, Identität und Sensibilität

eines Menschen zu verteidigen, dessen Leben Tag für Tag mit repressiven, verhafteten und destruktiven Strukturen konfrontiert ist. Eine Poesie, die alles andere ist als literarische Produktion oder Gattung, eine „hymne an die immerwährende Liebe: /für den ausgebeuteten menschen/gefesselt/getreten/ daß er/endlich/in den werkstätten und zuchthäusern/die waffe hebe und die stirn biete“.

Die Sammlung, aus der Teile bereits 1979 von der „Edition Senza Galere“ unter dem Titel „Con quest'anima inquieta“ (Mit dieser ruhelosen Seele) veröffentlicht wurden und die 1986 komplett vom Mailänder Verlag Giuseppe Maj („La nostalgia e la memoria“, Die Sehnsucht und die Erinnerung) herausgegeben wurde, erscheint nun bei der „gruppe 2“ in München als deutsche Erstausgabe. Sie hat — weitab auch von jeder italienischen Besonderheit — nichts von ihrer Aktualität verloren für alle jene, die „es wagen wollen, die Kristalle des Himmels zu zerbrechen“. — (ms)



Vom Knastkampf über das Phantom der „Reform“ zum Gefängnis der achtziger Jahre

Die Klassenaueinandersetzungen, die — besonders vom Ende der sechziger bis in die Mitte der siebziger Jahre — auch eine starke und selbstbewußte Gefangenenerbewegung hervorbrachten, haben das Gesicht der italienischen Gefängnisse entscheidend verändert. Bis dahin bestand das italienische Strafvollzugssystem aus einer unübersichtlichen Anzahl überfüllter Massenknäste, gekennzeichnet durch mittelalterlichen Strafvollzug, 32 Prozent der Gefängnisse sind vor 1700 gebaut, 8 Prozent mehr als 600 Jahre alt, die Zellen doppelt oder dreifach überbelegt, der Lebenslängliche mit dem „kleinen Dieb“, der „Politische“ mit dem „Kriminellen“ zusammengesperrt. Als nach 1968 und infolge des „heißen Herbstes '69“ massenhaft Arbeiter und Studenten, und damit theoretische Vorbildung, Klassenbewußtsein und Kampferfahrung in die Gefängnisse Einzug halten, wird auch der bis dahin spontane Widerstand der Gefangenen nach und nach organisierter Kampf. Tausende Gefangene begreifen sich als Teil des Proletariats, das für seine Befreiung kämpft. Das Niveau der Kämpfe ist hoch, die Klassiker der Revolution zirkulieren in den Zellen. In Mailand, Brescia, Genua, Turin, Syracus, Spoleto, Palermo, Cagliari, Volterra und vielen anderen Gefängnissen kommt es zu schweren Unruhen. 1973 werden 225 Revolten gezählt, noch im Jahr davor waren es nur 82.

Doch nicht nur an Breite hat die Bewegung gewonnen, auch die Inhalte haben sich verändert: Nicht mehr das miserable Essen oder die unhaltbaren sanitären Zustände sind Gegenstand der Kämpfe, sondern der Strafvollzug selbst und die Ideologie, die sich hinter der staatlichen Repression versteckt. Im Mai 1974 schlagen Carabinieri

einen Ausbruchversuch in Alessandria mit einem Blutbad nieder, in Florenz schießen sie auf Häftlinge, die ein Dach besetzt halten und töten einen Häftling. Doch die Hoffnung des Staates, mit den Massakern die Bewegung unter Kontrolle zu bringen, erfüllt sich nicht. Über 200 Aufstände werden folgen. Im Mai 1975 tritt mit Billigung der PCI die „legge Reale“ in Kraft, ein Gesetz der verschärften Repression in den Gefängnissen, mit der „interministeriellen Verordnung“ vom 4. Mai 1977 fällt der Startschuss für die Einführung der Sondergefängnisse und „bracci della morte“ (Todestrakts) für politische Gefangene. Bis Anfang der achtziger Jahre werden in ihnen, um sie herum und von ihnen ausgehend härteste und blutige Kämpfe geführt.

Doch die Gefangenenerbewegung, unaufhaltsam scheinend, gerät unter Kontrolle und kann sich nicht wieder — wirklich massenhaft — entfalten. Weder Polizeigewalt noch Justizterror haben sie besiegt, sondern das Parlament. Am 9. August 1975 verkündet es das „Gesetz über die Reform des Strafvollzugs“. Es tritt zehn Tage später in Kraft und lähmt die Bewegung, indem sie vieles verspricht — und nichts hält. Schon Ende desselben Jahres herrscht in den meisten Gefängnissen wieder Ruhe.

Bis heute entsprechen die wenigsten Haftanstalten den Vorschriften dieser Reform. Aber in den vergangenen zehn Jahren wurde der Sprung zum differenzierten Vollzugs- und Vernichtungsprogramm vollzogen, das sich vom „homogenen Bereich“ bevorzugter Häftlinge über die Muster-Anstalt bis zur klinisch-aseptischen Psychiatrie und den „Abteilungen der maximalen Sicherheit“ à la Stammheim erstreckt.



Titel der italienischen Originalausgabe von 1986

Sante Notarnicola's „La Nostalgia e la Memoria“ (Originalausgabe 1986, Giuseppe Maj Editore, via Sauli, 7 20127 Milano) erscheint unter dem Titel „Die Kristalle des Himmels zerbrechen . . .“ als deutsche Erstausgabe bei: „gruppe 2“, Ottlmairstraße 8, 8000 München 83. Ca. 180 Seiten, DM 13,50

Subskriptionspreis für Einzel- und Buchhandelsbestellungen bis zum 15. November 1990: DM 12,00

Nur Buchhandlungen werden — zu den üblichen Buchhandelskonditionen — auf Rechnung beliefert. Sonstige Bestellungen gegen Vorkasse plus Porto DM 0,80 pro Exemplar.

Gefangene erhalten das Exemplar für DM 5,00 plus Porto DM 0,80

Die Auslieferung erfolgt ab 1. Dezember 1990.

Bestellungen: gruppe 2, Ottlmairstraße 8, 8000 München 83